

ÖVP-Landtagsklub, daß nämlich dieses Stück, das die Rechtsabteilung 10 vorgelegt hat, immer wieder zurückgestellt wird, beendet wird. Ich hoffe, hier „kocht man einiges in der Küche“, daß das also nicht mutwillig passiert, und ich bin schon sehr gespannt, welchen Vorschlag die beiden verantwortlichen Landesräte Dr. Hirschmann und Pörtl hier vorlegen werden. Ich glaube, daß wir mehr und mehr unter Handlungsdruck, ja unter Handlungszwang stehen, denn wenn es so weitergeht mit Kürzungen beim Naturschutz – und das ist ja zu befürchten –, dann wird es mit dem Naturschutz bald – und man kann das ausrechnen, in ein paar Jahren – zu Ende sein.

Noch einen speziellen Punkt möchte ich ansprechen, Herr Landesrat Dr. Hirschmann: Sie haben bei der Olympia-Debatte Gesprächsbereitschaft mit den Naturschutzorganisationen, auch mit den kritischen Naturschutzorganisationen, signalisiert. Umso mehr, muß ich gestehen, verwundert es mich, daß Herr Hofrat Marchner, der, soviel ich weiß, eine federführende Rolle in den Olympia-Bemühungen in unserem Bundesland einnimmt, daß Herr Hofrat Marchner diesen Dialog erst für Mitte Juni anbietet. Ich denke doch, daß man ein Gespräch über Naturschutzaspekte dieses Projektes eigentlich jetzt führen können muß, denn man darf nicht einfach nur Luftblasen in die Welt produzieren, sondern muß auch durchaus schon jetzt in der Lage sein, kritische, auch schwierige Aspekte dieses Projektes zu diskutieren. Daß nicht alle Studien fertig sind und nicht alles Wissen angehäuft ist, das ist ganz selbstverständlich, das erwartet sich niemand. Aber was ich mir erwarte, ist ein geordneter Dialog mit Naturschutz- und Umweltschutzorganisationen, die ich hier in dieser Sache auch tatsächlich vertreten darf, und den Betreibern dieses Projektes Olympia, ansonsten, Herr Landesrat, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Skepsis weiterhin im Steigen begriffen ist und jene Organisationen und Einzelpersonen, die in diesem Bereich engagiert sind, immer mehr zu einem klaren und eindeutigen „Nein“ zu Olympia 2002 in der Steiermark neigen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.34 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Dr. Cortolezis. Ich ersuche ihn um seinen Beitrag.

Abg. Dr. Cortolezis (14.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mir für den Donnerstag nachmittag, wo ich gedacht habe, daß der Umweltbereich diskutiert werden wird, drei Fragen vorgenommen gehabt, das eine war und ist Europäische Union und Umwelt, das zweite die Problematik Luftgüte und thermische Abfallbehandlung und das dritte das Durchstarten im Naturschutz.

Ich glaube aber, daß man auch sehen muß, wann Diskussionen gut geführt werden können, wann die Chancen weniger gut sind und daß uns spannende Fragen auch weiterhin begleiten werden.

Ich werde es daher heute mit dem Buch halten, wo es heißt, „es gibt eine Zeit zum Leben, es gibt eine Zeit zum Sterben, es gibt eine Zeit zum Lieben, es gibt eine Zeit zum Hassen, es gibt eine Zeit zum Reden und es

gibt eine Zeit zum Schweigen“. Daher: Ein anderes Mal wesentlich mehr! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.36 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Der nächste ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (14.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorerst eine kurze Anmerkung zum Bodenschutzbericht. Mir ist bekannt, daß in einem Etappenplan die Aufteilung der Bezirke festgelegt wurde. Aber nachdem ich in einem Bezirk wohne, wo sehr intensiv die Landwirtschaft betrieben wird, möchte ich schon mit Bedauern feststellen, daß der Bezirk Radkersburg in diesem Bodenschutzbericht bis dato keinen Niederschlag gefunden hat.

Ein zweites Kapitel, das mich sehr berührt, ist die Grundwassersituation in der Südsteiermark und natürlich im besonderen in meinem Bezirk, da sich die Lage in den letzten Jahren ja dramatisch verschlechtert hat. Uns allen ist bekannt, daß viele Ursachen zu dieser Entwicklung geführt haben. Ich zähle nur einige punktuell auf. In erster Linie natürlich der verschwenderische Umgang mit dem Lebensmittel Wasser, die intensive Bodenbewirtschaftung, die Bodenversiegelung, der harte Wasserbau, die Klimaänderung, die Eliminierung von Feuchtwiesen, Auwäldern, Teichen, Tümpeln und Hecken. Wir haben das heuer im Winter auch festgestellt, der ein relativ niederschlagsreicher Winter war, daß selbst ergiebige Niederschläge keine wesentliche Anhebung des Grundwasserspiegels in unserer Region bewirkt haben.

Es ist ganz eindeutig erklärbar, denn es ist ganz einfach die Verweildauer des Wassers in der Region zu kurz, um ein Eindringen in den Boden zu ermöglichen. Begonnen von den Drainagen, Regulierungen und kanalisierten Flüssen, fließt das Wasser sehr rasch aus der Region ab.

Wasser ist für uns alle – und ich betone für alle – zumal es hier in unserer Region offensichtlich Meinungsunterschiede gibt, ein Lebensmittel. Und als Vertreter einer betroffenen Region habe ich daher kein Verständnis für Fernwasserleitungen, Tiefbrunnen-Drainagierungen und Regulierungen. Wie dramatisch die tatsächliche Entwicklung bereits ist, zeigt der neuerliche Rückgang des Grundwassers im Bereich der Gemeinde Gosdorf. Ich habe mich in der Vorwoche selbst noch davon überzeugt, dort ist in den letzten Wochen das Wasser wieder um 80 Zentimeter zurückgegangen. Ich halte aber auch nichts von Flutungen alter Bäche und Muraltarme, wie sie immer wieder propagiert werden, wenn sie nicht gemeinsam mit entsprechenden Rückbaumaßnahmen, Umweltverträglichkeitsprüfung für landwirtschaftliche Bewässerungsanlagen und generellem Umdenken verbunden sind. Es wird immer wieder kolportiert, daß der Bau von Murkraftwerken hier eine große Abhilfe schaffen könnte. Das mag richtig sein, ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch auf kommende Konflikte aufmerksam machen, da ich befürchte, daß die letzten Auwälder in diesem Bereich verloren gehen.

Ich muß wohl nicht betonen, daß in diesem Bereich für den Herrn Landesrat Pörtl größter Handlungsbedarf besteht. Handlungsbedarf besteht für mich aber auch in der Abklärung der Kompetenzen im Bereich Abfallwirtschaft, bei allen Problemen, die auch mir bekannt sind. Ich möchte etwas ausholen. Im Zuge der Auseinandersetzung um die Mülldeponie Halbenrain und einer diesbezüglichen Volksbefragung im November 1993 hat die Fachabteilung Ic behauptet, daß bezüglich der Erweiterung der Mülldeponie Halbenrain keine Zuständigkeit gemäß dem Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetz oder dem Steiermärkischen Raumordnungsgesetz mehr gegeben sei. Es ist allseits bekannt, daß es in dieser Frage gegenläufige Ansichten gibt. Ich bin überzeugt davon, und es ist auch die Stimmungslage in unserem Bezirk, daß auch die letzten Aussagen und Begutachtungen in den letzten Wochen zu keiner Klärung in dieser Frage geführt haben. Nur wenige Tage nach der genannten Volksbefragung habe ich hier im Landtag – das ist also mehr als fünf Monate her – einen Antrag eingebracht, gemeinsam mit Kollegen meiner Fraktion, der eine umfassende Abklärung der rechtlichen Situation fordert. Bis heute wurde dieser Antrag nicht behandelt. Bis heute hat Herr Landesrat Pörtl nicht geklärt, ob er in dieser Frage zuständig ist, und da muß ich Sie schon fragen, Herr Landesrat, im Sinne der betroffenen Bevölkerung, halten Sie sich als zuständiger Umweltlandesrat noch politisch für die Belange der Abfallwirtschaft in der Steiermark zuständig?

Können Sie es politisch verantworten, daß diese Rechtssituation bis dato nicht geklärt wurde, und welche politischen Konsequenzen ziehen Sie nun aus dem erwähnten Volksbefragungsergebnis der betroffenen Gemeinden? Immerhin – (Landesrat Pörtl: „Schön!“) Schön sagen Sie, mag sein für Sie schön, aber für uns nicht! (Landesrat Pörtl: „Das hat sich nicht auf Ihre Ausführungen bezogen!“) Danke schön, ist hingenommen. Gut!

Immerhin, und das muß man schon berücksichtigen, haben sich mehr als 90 Prozent der direkt betroffenen Bevölkerung gegen jede Erweiterung ausgesprochen. Ich glaube, und da sind wir uns wohl einig, die Situation ist unhaltbar für die Bevölkerung. Die Situation, Sie sind davon informiert, ist unhaltbar für den Abfallwirtschaftsverband und ist aber auch unhaltbar für den Deponiebetreiber. Ich hoffe und fordere Sie auf, daß Sie umgehend handeln und hier für Klarheit schaffen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (14.43 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte im Rahmen des Umweltschutzes zu einem für mich, so glaube ich, sehr wichtigen Thema Stellung nehmen und dann auch zwei, drei Sätze zum Naturschutz sagen.

Ein sicherlich zentrales Umweltproblem der Zukunft und unserer Gegenwart ist die drohende Klimaveränderung, die uns ja von vielen Wissenschaftlern in vielen Exponaten schon geschildert worden ist. Es war das auch das zentrale Thema 1988 bei der Welt-

Umweltkonferenz in Tokio, wo sich an sich alle Staaten dazu bekannt haben, die Emissionswerte von CO₂ zum Wert 1988 um 20 Prozent zu senken. Nur gibt es mit ganz wenigen Ausnahmen kaum einen Staat – auch Österreich nicht –, der bisher schon entscheidende Schritte dazu getan hat. Und auch unsere jüngste Waldzustandsinventur 1993 zeigt leider auch in der Steiermark wieder ein schlechteres Bild auf, als wir es im Jahr 1991 geliefert bekommen haben. Das von der Fachabteilung Ia betreute Netz besteht aus 44 Immissionsmeßstationen, wovon sechs Meßstationen so ausgerüstet sind, daß sie auch forstrelevante Luftgütemessungen durchführen können. Das heißt, mit diesen Stationen können neben den Schadstoffkonzentrationen auch die meteorologischen Parameter, wie Windrichtung, Windgeschwindigkeit und so weiter, erfaßt werden. Und hier müssen wir leider feststellen, daß wir vor allem im süd- und weststeirischen Raum immer stärkere Immissionsbelastungen aus Slowenien festzustellen haben. Dieses Faktum, obwohl ich weiß, mir auch bewußt ist, daß Slowenien nicht so schnell in die EU kommen wird, wie das vielleicht mit Österreich der Fall sein wird, auch dieses Faktum stellt für mich einfach die Tatsache dar, wie wichtig wir zu diesem Europa dazustoßen müssen, denn Umwelt ist allein in einem Land, vor allem, was die Luftgüte betrifft, nicht lösbar. Hier gibt es nur gesamtösterreichische Lösungsvorschläge. Wenn man nun weiß, daß der Ausstoß von Kohlendioxyd Hauptverursacher unserer Veränderung der klimatischen Situation ist, und wenn wir wissen, wie rasant und wie schnell heute unsere Natur draußen auf extreme Witterung reagiert – wir haben das im Jahr 1992 erlebt, wo wir den ausgesprochen trockenen und heißen Winter hatten –, dann wird es wohl ein Gebot der Stunde sein, sich zu überlegen, was wir auch in Österreich in Zukunft hier an Verbesserungen durchführen können. Wir hatten allein in der Steiermark einen Schadstoffholzanfall von Trockenschäden und Borkenkäferschäden von 500.000 Festmeter. Meine Damen und Herren, das bedeutet einen wirtschaftlichen Verlust von über 100 Millionen Schilling allein in der Steiermark. Und wenn wir wissen, daß wir in Österreich im Jahr 1988 einen Emissionsausstoß von 55 Millionen Tonnen CO₂, im Jahr 1990 57 Millionen Tonnen und im vergangenen Jahr fast 59 Millionen Tonnen hatten, wir aber auf Grund des Tokio-Beschlusses im Jahr 2002 auf 44 Millionen Tonnen herunterreduzieren müssen, dann kann die Lösung nur sein, eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich bin eigentlich sehr zuversichtlich, nachdem in jüngster Zeit auch die sozialdemokratische Fraktion in Wien solchen Plänen endlich zustimmt. Ich glaube, wir sollten nicht Angst haben vor einer Wettbewerbsverzerrung, und wenn wir so etwas einführen, dann müssen auch populistische Aussagen, wie „die Autofahrer werden wieder zur Melkkuh der Nation“ und so weiter, unterbleiben. Wenn wir ein kleines Land, das mit unserer Größe durchaus vergleichbar ist, wie Dänemark anschauen, das eine Besteuerung seiner Energie durchgeführt hat, die beispielgebend ist. Die Dänen haben zwei Steuersysteme auf ihre Energie, die Mehrwertsteuer, so wie wir auch, die Energiesteuer und eine Ökosteuern. Die Energiesteuer ist die höchste und

ist so konzipiert, daß sie für alle Wirtschaftsbetriebe, genauso wie die Mehrwertsteuer, absetzbar ist, also für die Wirtschaft nicht wettbewerbsverzerrend ist. Ich glaube, so ein System sollten wir möglichst rasch in unserem Land einführen. Wenn ich Ihnen nur sage, Dänemark hat eine Gesamtbelastung in Groschen je Kilowattstunde von Ofenheizöl 32 Groschen, Österreich von 6 Groschen, Mehrwertsteuer nicht berechnet; Heizöl: Dänemark 36 Groschen, Österreich 1,8 Groschen; Erdgas, Steinkohle, Braunkohle und Strom ist in Österreich mit Null belastet, in Dänemark im Durchschnitt mit 30 Groschen. Das heißt, der dänische Staat nimmt derzeit jährlich ungefähr 29 Milliarden Schilling an Energiesteuern ein durch die Besteuerung fossiler Brennstoffe, Österreich hat eine Steuereinnahme derzeit von 1,5 Milliarden Schilling. Ich glaube, wenn wir so etwas durchführen würden, hätten wir so manche Finanzmittel auch für Dinge, die wir in Zukunft dringend zu finanzieren haben werden. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, daß wir in der steirischen Forstwirtschaft in immer größere Probleme hineinschlittern mit dem Absatz von Industrieholz. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß unsere heimische Papierindustrie an dem Ankauf unserer Rundhölzer immer weniger interessiert wird, weil die Verwendung des Sägerestholzes wesentlich lukrativer und billiger ist. Und wir müssen ferner feststellen, daß durch Großanlegung von weiten Plantagen in Südeuropa, Portugal, Spanien und Südfrankreich sowie vor allem in Südamerika die Produktion von Zellulose weit billiger geschieht, als wir das hier mit unserem Rundholz durchführen können. Wenn ich Ihnen weiter sage, daß wir in unseren steirischen Wäldern allein derzeit eine Durchforstungsreserve stehen haben von 20 Millionen Festmeter, die nicht genützt werden, und wir jährlich derzeit von der Papierindustrie nur mehr 700.000 Festmeter abgenommen bekommen, dann bedeutet das, daß wir einen dreißigjährigen Ernteabsatz an die Papierindustrie, die uns die Papierindustrie bisher abnahm, im Wald als Reserve stehen haben. Ein gigantisches Energiepotential, das aber nur dann verwertet werden kann, wenn sich die Investitionen im energetischen Verbrauch unserer von der Natur immer wieder hervorgebrachten Naturressourcen auch rechnen. Und die rechnen sich erst dann, wenn wir diese Ökosteuern bekommen. Ich glaube also, und da richte ich den Appell an unsere Steiermärkische Landesregierung, den Herrn Landeshauptmann und die komplette Landesregierung, wir müßten hier mit äußerstem Druck bei der Bundesregierung vorgehen, um diese Steuer möglichst rasch zu bekommen. Eine Bundesländerbesteuerung, das hat uns auch Prof. Lehner gesagt, bringt sicherlich nichts, weil es eine Wettbewerbsverzerrung wirtschaftlich gesehen zwischen den einzelnen Bundesländern bringen würde. So etwas geht nur österreichweit.

Und nun noch zwei Sätze zum Naturschutz. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger ist momentan leider nicht da, aber ich hätte ihm gerne folgendes gesagt. (Abg. Dr. Maitz: „Er steht hinter Ihnen beim Herrn Präsidenten!“) Oh, Entschuldigung! Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Getzinger, Sie haben sehr ausführlich über Naturschutz geredet, und ich erkenne Ihre Sorgen und Bemühungen in diese Richtung voll an, ich akzeptiere auch die Sorge und die Gedanken, so

mancher Gruppierungen, die Sie hier genannt haben, und die Natur in unserer Zukunft. Nur eines – und ich hoffe, Sie sind mit mir da einer Meinung – müßte uns schon klar sein. Das Faktum, daß wir heute mit der Steiermark – und das wird von allen Ländern und von allen Gästen unseres Landes auch anerkannt – eines der schönsten Länder Europas besitzen, das Hauptverdienst für diese Tatsache haben die Menschen, die durch Generationen diese Landschaft bewirtschaftet haben und sie von Vätern zu Söhnen vererbt haben und davon ihr Einkommen heute noch bekommen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich möchte warnen vor Ideen mancher Gruppierungen, die Vorstellungen haben, große Naturparks zu errichten mit generellen Bewirtschaftungsverböten, von großangelegten neuen Urwäldern in Schutzwaldregionen und so weiter, wo das Eigentumsrecht mißachtet werden soll. Und wenn ich nur daran denke an die Naturschutzvorstellungen oder Naturschutzgesetzesvorstellungen, die im Petitions-Ausschuß des Steiermärkischen Landtages eingebracht worden sind von einigen solcher Gruppierungen, die Sie, Herr Abgeordneter Getzinger, genannt haben, wo ich insgesamt 18mal das Wort „Enteignung“ gelesen habe und kein einziges Mal das Wort „Entschädigung“, dann sage ich Ihnen, ohne das Recht auf Eigentum wird es auch keinen sinnvollen Naturschutz in diesem Land geben können. Wir müssen uns im klaren sein, daß die besten Naturschützer diejenigen sind, die ihre Wirtschaften so bewirtschaften – und das war immer das Ziel der Grundeigentümer –, daß sie auch die Natur, die ihnen von ihren Vätern übergeben worden ist, auch wieder an ihre kommenden Generationen weitergeben können. Nur gemeinsam – und nur gemeinsam – mit den Grundeigentümern, der Bauernschaft und mit denen, denen die Natur wirklich am Herzen liegt, werden wir in Zukunft alle Gefahren von unserer Natur abwenden können und unsere Natur unseren Kindern und Kindeskindern so übergeben können, wie wir sie zur Verwaltung übertragen bekommen haben. Das soll unser gemeinsames Ziel sein! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.56 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (14.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich mit der Gesundheit unserer Wässer ein wenig beschäftigen. Kowald hat sich schon mit der Gesundheit der Böden und mit den Pflanzenkläranlagen beschäftigt, weil ja die Wiese beziehungsweise der Acker die beste und die größte und die ausgebreitetste Pflanzenanlage der Bauern ist und er von der Verwertung der Gülle gesprochen hat. Aber Schutz der Gewässer schließt auch ein die Oberflächengewässer, wie die Grundwässer oder das Grundwasser. Und es zeigt sich die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen, ob wir und wie wir Verunreinigungen zu verhindern wissen beziehungsweise ob wir sinnvolle oder unsinnige Maßnahmen setzen, als Bürger, als Land oder sogar als Bund. Der Bund hat uns ein neues Wasserrechtsgesetz beschert mit Immissions- und Emissionsverordnungen mit zum Teil sinnvollen und zum Teil, nach meinem Ermessen,

unsinnigen Grenzwerten. Diese Grenzwerteverordnung, die erste Emissionsverordnung für kommunale Abwässer, liegt vor und gilt in erster Linie für Abwasserentsorgungsanlagen über 50 Einwohnergleichwerten. Die Grenzwerte sind ja reine Annahmen, und Dr. Höfler hat in einem Gespräch erklärt, das sind Werte, die eigentlich nur festgesetzt und ausgehandelt wurden. Aber jetzt gibt es natürlich die zweite Emissionsverordnung für Anlagen unter 50 Einwohnergleichwerten und liegt zur Begutachtung auf und sind, wie gesagt, die vorgesehenen Grenzwerte ebenfalls nur Annahmen und naturwissenschaftlich nicht begrundbar.

Und es ist schlußendlich ein Unterschied zwischen Großanlagen und Kleinanlagen, denn es ist ja auch von der Belastung her ein Unterschied, ob ich 100 Liter pro Sekunde einbringe in einen Bach oder ob es 100 Liter am Tag sind. Es geht um die Verschmutzung, um die Fracht, und hier denke ich doch, ist es notwendig, daß man eine andere Beurteilung setzen sollte.

Die ökologische Abwasserbehandlung, der Verein, hat an den Herrn Landesrat Pörtl einen Brief geschrieben, er möge sich dafür einsetzen, um eine sinnvolle Änderung dieser Grenzwerte zu erreichen. Und ich glaube, es wäre hier wichtig, diese Revision zu erreichen, weil eben hier viel Geld auch seitens des Landes zu sparen wäre. Es wurde ja vertröstet auf das Expertengespräch im Februar, das ist geschehen, und darnach sollte der Minister für Land- und Forstwirtschaft Fischler aufgefordert werden, eben diese Grenzwerte zu überdenken; für Einzelkläranlagen in Streulage, daß man hier etwas die Grenzwerte höher ansetzt oder Erleichterungen schafft. In Deutschland ist das möglich, somit müßte es hier auch in Österreich eine Möglichkeit geben.

Man sollte die Selbstreinigungskraft der Flüsse, der Vorfluter, und gerade im ländlichen Bereich, im Lehmbereich, doch mit einberechnen. Es ist natürlich nicht einfach, ich weiß, daß natürlich die Sachverständigen hier Vorbehalte haben. Aber man muß halt auch diese Sachverständigen absichern, daß sie nicht sofort im Kriminal stehen.

Es hat, wie gesagt, Expertengespräche gegeben, man hat den „Rat der Sachverständigen“ gegründet und eigentlich den besten Mann, den Univ.-Prof. Renner, nicht beigezogen. Das war eigentlich sehr bedauerlich. Es scheint nun ja doch so zu sein, daß sein Wort nunmehr Gewicht bekommen hat. Ich habe mit Dr. Heidinger, dem Zivilingenieur, einmal einen Test gemacht, auf einer Strecke von 1000 Metern Abwasser bei Eintritt in die Vorfluter und danach gemessen. Bei Eintritt: 90 Milligramm, nach rund einem Kilometer 65 Milligramm. Sie sehen daraus, daß es wirklich möglich ist, diese Abbaufähigkeit und diese Ressource zu nützen.

Nur scheint es meiner Meinung nach hier so zu sein, daß man das nicht ins Kalkül nimmt. Wie gesagt, in der betreffenden zweiten Emissionsverordnung wurde leider Gottes, so wie es mir bekannt ist, vielleicht kann ja der Herr Landesrat dann ein bißchen etwas dazusagen, auch nach der Expertentagung noch nichts unternommen. Ich hoffe, daß es demnächst geschieht, wenn noch nicht geschehen, und ich hoffe, daß wir dabei noch Einsparungen in Millionenhöhe und

Milliardenhöhe vielleicht doch noch erreichen werden können, mit eben einer neuen Abwasserphilosophie. Daß hier die Zivilingenieure doch gespaltener Meinung sind, ist mir auch klar. Es ist natürlich irgendwo verständlich, daß diese für Großanlagen plädieren, schließlich und endlich ist es ja für sie auch viel einträglicher, wenn sie Großanlagen planen dürfen und ausführen können als viele kleine, und das macht halt auch mehr Arbeit. Es kann aber nur so sein, daß Großanlagen vereint mit dezentralen Kleinanlagen bis hin zur Pflanzenkläranlage alles in gemeinsamer und aufeinander abgestuften Form verwendet werden. Meine Damen und Herren, es ist natürlich klar, wenn ein Auftrag 30 Millionen Schilling ausmacht, dann sind natürlich 7 Prozent ein bißchen etwas anderes als 7 Prozent von 10 Millionen Schilling. Ich habe Verständnis dafür, aber hier ist es notwendig, daß die Beamtenschaft und natürlich auch im Endeffekt die Zahler, der Bürger, doch ein Wort mitspricht. Daß hier seitens der Beamtenschaft aber auch die Großtechnologie so gefördert wird, das stört mich etwas und ist mir in Wirklichkeit unerklärlich. Wenn die zentrale Kläranlage von Weinitzen mit 2500 Einwohnern eine Ableitung in den Schöckelbach bekommt, der im Sommer trocken fällt und hierfür seitens der Baubezirksleitung Graz-Umgebung, Hofrat Dr. Thenius, ein Einwand kommt, daß hier ökologisch die Geschichte nicht in Ordnung ist, daß man dieses Projekt nicht ausführen soll, und dann kommt aber der Trick 17, und es wird mit einem Devolutionsantrag so am Landeshauptmann vorbei nach Wien delegiert, dort wird es genehmigt, und dann kommt man drauf, daß es ja eigentlich nicht richtig ist und nicht ausgeführt werden sollte. Das ist ein ganz grober Fehler, da glaube ich, muß man feststellen, daß hier einiges nicht in Ordnung ist, wenn Bedienstete der Rechtsabteilung 3 hier zusammen mit den Fachabteilungen III a und III b zusammenspielen, obwohl man weiß, daß es ökologisch nicht in Ordnung ist, und dann wird noch eine ökologisch positive Beurteilung abgegeben, dann kann irgend etwas nicht in Ordnung sein. Ich bin überzeugt, daß die „Kommunalkredit“ dieses Projekt nicht fördern wird, weil es eben ökologisch nicht in Ordnung ist und keine Variantenrechnung vorliegt, und dazu ein im Sommer trocken fallender Bach, der im Einzugsgebiet des Grazer Wasserwerkes ist. Und daß hier Gefahren versteckt sind, ist ja auch nicht so ohne. Ich glaube, es kann nicht der geeignetste Vorfluter sein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erwarte hier, daß hier dieses Projekt nicht zur Ausführung gelangt.

Aber nehmen wir an, wie schaut es denn wirklich aus mit der seit Jahren gepflogenen Abwasserphilosophie der Großtechnologie. Eines war ja schon in der Zeitung zu lesen, der Abwassersaurier Abwasserverband Liebochtal hat sich erhöht von 94 Millionen Schilling auf 224 Millionen Schilling in der Abrechnung. Die Zwangsbeglückung Kanal bis zum letzten Bauern hat hier fröhliche Urständ gefeiert. In Wirklichkeit haben sich dort ja die Bürger dagegen gewehrt, auch gegen diese Wahnsinnskosten. Und im Endeffekt muß man feststellen, der Bürgermeister war überfordert, der Geschäftsführer war überfordert, die Rechtsabteilung 7 war überfordert, die Rechtsabteilung 3 war überfordert. Die Großtechnologie zeigt, „die ich rief, die Geister, werde ich nun nicht

los". Aber das macht nichts, denn zahlen tut es eh der Bürger. Und wenn der Landesrechnungshof eine Prüfung durchführen will, dann gibt es noch die größten Probleme. Aber er hat es ja geschafft, weil nun angeblich dieser Landesrechnungshofbericht ja schon vorliegt. Und es ist bei unserem Abwasserverbänden immer das gleiche Problem, sie sind zu groß, und sie haben explodierende Abgänge, aber das ist Wurst, weil zahlen tut es eh der Bürger. 224 Millionen Schilling, der Fonds zahlt 130 Millionen Schilling, also nur 58 Prozent, 60 Millionen Schilling sind frei zu finanzieren, weil ja nicht alles gefördert werden wird, aber das macht nichts, ist eh Wurst, zahlen tut es eh der Bürger. Der Landesbeitrag ist 29 Millionen Schilling statt 14 Millionen Schilling, um 15 Millionen Schilling mehr, das Land mußte einspringen mit Förderungsmaßnahmen unter dem Motto: ist eh Wurst, zahlen tut es eh der Bürger. Es hat noch zusätzlich einige Dinge gegeben, Haftungen und leider Gottes ja auch eine schlechte Kontrolle durch die Rechtsabteilung 7, die ja bei den Rechnungsabschlüssen auch das hätte finden müssen. Abgänge in Millionenhöhe - zahlen tut es eh der Bürger! Dazu kommt, daß die Bürger selbst nicht wissen, wie sich wirklich alles zusammensetzt. Den Verantwortlichen scheint es gleich zu sein, zahlen tut es eh der Bürger. Es war ein schlechtes Rechnungswesen, Verschreibungen an die Gemeinden ohne Abrechnung, Auftragsvergaben ohne Ausschreibung, Nichtbeachtung von Förderungsrichtlinien, Geldmittel mußten am freien Markt aufgenommen werden, es gibt eine nicht zumutbare Zinsenbelastung, und das alles, weil es ja eh auf den Bürger umgelegt wird.

Es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, notwendig, daß hier diese Abwasserverbände wirklich unter die Lupe genommen werden und wirklich überprüft werden. Aber ich sage Ihnen, ich bin überzeugt, das Ergebnis dieser Überprüfung dieser Abwassersaurier wird das Märchen von den billigen Großanlagen entkräften. Es wird sich herausstellen, daß Großprojekte teurer sind als kleine angepasste und auch billigere Anlagen.

Wir wissen, es gibt immer und überall Möglichkeiten, daß es Probleme gibt. Wir haben bei der Pyhm gesehen, daß Profis tätig waren, und es ist einiges danebengegangen. Aber bei den Abwasserverbänden, besonders im Liebochtal, hat es sich gezeigt, daß hier noch mehr danebengeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man es natürlich auch aus dem Blickwinkel des Zivilingenieurs betrachtet, dann ist das auch eine Lebensstellung, wenn man in so einem Abwasserverband tätig sein kann, und wenn das von 94 Millionen Schilling auf 224 Millionen Schilling hinaufschneidet, dann ist das auch eine Gehaltserhöhung von 6 Millionen Schilling auf rund 15 Millionen Schilling. Der Bürger hat keine Chance, dies zu ändern, meine Damen und Herren, denn gerade diese großen Abwassersaurier töten die Eigeninitiative.

Und daß es auch anders geht, das sehen wir auch, daß im Lande Steiermark vielfach zum Beispiel die Abwassergenossenschaft Breitegg oder auch die Abwassergemeinschaft Kalch, die auch jetzt versucht, das selbst in die Hand zu nehmen. Breitegg hat ausbezahlt den Hausanschluß mit 35.000 Schilling, die Abwassergenossenschaft Kalch hätte 45.000 Schilling.

Aber hier wird immer wieder gerade falsch informiert und bewußt manipuliert, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn gesagt wird, bei uns kostet ein Hausanschluß nur 50.000 Schilling. Das ist der einmalige Beitrag, die restlichen Kosten auf die 200.000 bis 250.000, die ein Hausanschluß bei Großanlagen kostet, wird ja über die Benützungsgebühren zu zahlen sein. Und dazu kommt, daß wir so oder so mit den Großanlagen die Probleme haben, wenn kilometerweit diese Sammler mitten durch das Land ziehen, nebenbei sind sie eine Gratiskanalisation und eine Gratisdrainage für das ganze Land. Unterschätzen Sie ja nicht diese Drainagewirkung.

Und wenn mein Vorredner, Prutsch, von der Absenkung des Grundwasserspiegels gesprochen hat, dann sind das mit die Ursachen, daß es hier solche Absenkungen gibt. Und trotzdem finden wir in unserer Abteilung für die wasserwirtschaftliche Rahmenplanung Befürworter dieser Großtechnologie. Es ist ein Umdenken notwendig, und, lieber Erich Pörtl, du bist ja politischer Referent. Ich bitte dich, hier etwas zu tun, daß das in Zukunft wirklich gesünder, besser und vor allem auch für die Umwelt verträglicher gemacht wird. Wir haben in Krumegg ein 60-Pumpen-Projekt, in Johnsbach für für 40 Haushalte 16 Millionen, St. Anna, 25 Haushalte, 15 Millionen. Kosten, die einfach gigantisch sind und die natürlich eine Eigeninitiative überhaupt nicht mehr zulassen. Der Beitrag, wie wir sparen können für die Zukunft, kann nur der sein, daß der Bürger eine Chance bekommt, mitzuarbeiten im Sinne des Umweltschutzes. Wir müssen die Eigenverantwortung des Bürgers ansprechen. Und ich sage Ihnen, selber machen ist die beste Motivation, wenn der Bürger merkt, daß er sich etwas einsparen kann.

In der Verwaltung brauchen wir den Abbau dieser Zentren. Ich weiß schon, es ist nicht alles so einfach, wie man es vielleicht sagt, aber es ist notwendig, daß man sich darüber Gedanken macht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist auch notwendig, daß ehrliche Vergleiche gemacht werden, wenn Varianten gerechnet werden. Wie ist denn üblich der Trick 17? Da werden irgendwelche Varianten dann gerechnet, die gleich teuer sind. Und wenn es schon gleich teuer ist, dann machen wir gleich die große Lösung, so hat es bis heute immer geheißsen. Meine Damen und Herren, es geht um die tatsächliche Wirtschaftlichkeit. Und ich bin überzeugt, der Bürger wird sich damit identifizieren, wenn er selbst mit dabei ist und wenn er vielmehr merkt, daß es sein eigenes Geld ist. Die beklagten Mißstände, wenn ich noch einmal zusammenfassen darf, sind viel zu lange Kanäle, ein hoher Energie- und Ressourcenverbrauch, ein gewaltiger Wartungsaufwand, dramatischer Chemikalieneinsatz, die Störung des Wasserkreislaufes und natürlich auch die Klärschlammproblematik. Der Schluß: weder Umwelt noch Volkswirtschaft werden befriedigt. Und man muß doch noch einige Dinge dazusagen, um hier generell dieses Umdenken vielleicht ein bißchen in den Vordergrund zu stellen. Nummer eins: Die Natur kennt keinen Abfall, kein Abwasser, oberste Maxime der Abwasserbehandlung muß daher das Bewegen im natürlichen Kreislauf sein, und gewisses Vertrauen in die Selbstreinigung des Wassers ist notwendig.

Die ökologischen Ziele dieser Idealvorstellungen dürfen nicht den kurz- oder mittelfristig erreichbaren

Verbesserungen im Weg stehen. Man muß hier Möglichkeiten suchen, wie man relativ rasch zu einer generellen, flächendeckenden Abwasserentsorgung kommen kann. Ökologisch vertretbare und ökonomisch interessante Aktivitäten der Abwasserentsorgung dürfen natürlich nicht in der Grauzone zwischen Recht und Unrecht verbannt sein. Bund und Land sind beauftragt, oder wir überhaupt, diese Wertvorstellung und gemeinschaftlichen Erfordernisse durch das Gesetz zu realisieren. Und hier möchte ich anmerken, das Abwasserwirtschaftsgesetz muß natürlich da sein. Und es gehört natürlich eine gewisse Courage dazu, wie man Gefundenes, Befundenes verbessert.

Die Abwasserentsorgung ist niemals gegen den Willen der Bevölkerung, sondern nur gemeinsam mit den Betroffenen machbar. Die notwendige Basis für die Eigenkontrolle und die Selbstverantwortung sowie die umsichtigen Rahmenplanungen sind notwendig. Die zentralen Räume verlangen natürlich nach zentralen Lösungen, aber die ländlichen Gebiete brauchen dezentrale Lösungen, eben angepaßt an die örtlichen Gegebenheiten. Förderungen und Gebühren können nicht an der Höhe der Investitionskosten orientiert werden, sondern müssen sozial und verursachergerecht sein.

Dazu kommt: Wissen ist das größte Kapital, auch in der Abwasserfrage, und das ist die Forschung und die Versuchstätigkeit zu intensivieren, gleichzeitig die Information der Betroffenen und Beteiligten zu stärken. Es müssen Ängste abgebaut werden, und Risiken sind natürlich realistisch einzuschätzen. Die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung zu stärken, das saubere Wasser ist ein besonders wertvolles Lebensmittel, ein Wert, der seinen Preis haben muß, aber der Preis muß auch finanzierbar sein für Familien. Und letztendlich ist jede Abwasserdiskussion zum Scheitern verurteilt, wird sie nur aus der Sicht der End-of-Pipe-Perspektive geführt.

Der sorgfältige und vor allem sparsame Umgang mit Wasser, die Mehrfachnutzung, der Verzicht der Verwendung problematischer Stoffe im Haushalt sind wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche, sprich ökologisch und ökonomisch sinnvolle Abwasserbehandlung.

Uns steht bevor die Erneuerung des Kanalgesetzes, des Kanalgebührengesetzes, und das unter der ehrlichen Diskussion zwischen Großanlagen und kleinen Pflanzenkläranlagen. Die Beamten sollen nicht päpstlicher sein als der Papst. Und wenn wir darüber hinaus noch die Klärschlammproblematik lösen können, wird es uns gelingen zu sparen. Zu sparen für die Bevölkerung durch Verringerung der Gesamtkosten, und damit sparen wir bei den Förderungsgeldern, die wir für andere, weitere und bessere Investitionen freimachen können. In diesem Sinne – danke! (Allgemeiner Beifall. – 15.20 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Abgeordneten Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (15.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura, hier eine Hauptrede gehalten hat, ich glaube, sehr tiefgreifend und sehr lang,

möchte ich trotzdem ein paar Worte dazusagen. Ich werde versuchen, mich kurz zu halten, auch zum Kanal.

Als Bürgermeister kann ich Ihnen eines sagen, ich habe keine Angst davor, den Kanal bauen zu müssen, denn 60 oder 70 Prozent haben wir schon in unserem Ort, sondern ich habe davor Angst, zu jenen den Kanal bauen zu müssen, die abgelegen sind in der Landgemeinde – und Sie wissen das, Herr Landesrat –, die werden natürlich sagen: „Bin ich eine schlechtere Kategorie von Mensch, daß ich keinen Kanal bekomme?“ Und ich glaube, und das möchte ich sagen, dann bin ich schon fertig mit dem Kanal, man muß den Kanal so bauen, daß es so billig wie möglich ist, diese Anlage dort zu errichten, die man dort verträgt. Ich persönlich muß sagen, glaube, dort, wo es möglich ist und wo man nicht mit unmöglich vielen Pumpen arbeiten muß, ist sicher die Großkläranlage die bessere dort, wo es nicht möglich ist, wo man sehr viele Pumpen braucht, dort wird es sicher Alternativen geben müssen, denn man kann dem nicht zumuten, der nicht zum Anschließen ist oder sehr abgelegen ist in der Einsiedlung, daß der wesentlich mehr zahlt, um das Vielfache, als der normale Bürger. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ich heute hier sprechen will, ich werde es versuchen, in kurzen Worten, aber trotzdem direkt zu sagen, das ist die Shredder-Anlage mit ihrem Schwelofen in Fehring. Ich bin ja schon vor einem Jahr hier gestanden und habe dieses Problem hier aufgezeigt. Schauen Sie, wir sind im Grenzland. Das Grenzland hat eine Aufwertung erleben können mit dem Thermenland. Das fängt in Radkersburg an, geht über Bad Gleichenberg, wo es noch etwas stockend ist, bis nach Loipersdorf. Und jetzt sollen wir zu dieser Thermenlinie eine Shredder-Anlage bekommen. Ich glaube nicht nur, wenn jemand das liest, ohne daß es ihm etwas sagt, sagt das schon aus, daß das nicht in die Thermenregion paßt. Sondern ich glaube, wenn man weiß, daß das mitten in Wohngebiete hineingebaut wird, rundherum die Ortschaften, in diesem Thermengürtel, dann muß man einfach von vornherein schon wissen, daß wir in keinem Industriegebiet sind und daß man die Industrie nicht dorthin baut, wo man jahrelang nichts gemacht hat oder sehr wenig gemacht hat. Deshalb appelliere ich hier und wirklich ganz besonders an den zuständigen Landesrat, es würde mich wirklich sehr freuen, wenn dieser Akt wieder aus Wien zurückkommt, wie ich wahrscheinlich annehmen werde, denn mir tut es leid, daß er überhaupt in Wien gelandet ist durch diesen Devolutionsantrag, weil eben in den sechs Monaten nicht entschieden wurde – ich will hier keine Anschuldigungen machen –, ich hoffe nur, wenn er hierher zurückkommt, wo er auch hingehört, daß man hier entscheidet, die Gutachten dazu einreicht und mit allen Mitteln, die uns möglich sind, dies in dieser Region verhindert. Denn diese Region hat verdient, jetzt dafür, daß sie hart gearbeitet hat, hat im Fremdenverkehr sich bemüht, dort auch einmal den Verdienst einbringen kann, hier die Landschaft aufrechtzuerhalten, daß das Grenzland eine Zukunft hat. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 15.25 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Ich erteile der Frau Abgeordneten Monika Kaufmann das Wort.

Abg. Kaufmann (15.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ein großer, ja sogar der größte Teil der Natur wird von der Land- und Forstwirtschaft bearbeitet, bewirtschaftet, ist den Bauern sozusagen anvertraut. Die Bauern haben damit eine Schlüsselstelle im Umweltschutz und damit aber auch eine enorme ökologische Verantwortung. Von vielen, leider nicht von allen, wird diese Verantwortung wahrgenommen. Und jeder, der sich auch nur ein bißchen in der Landwirtschaft beschäftigt, weiß, daß diese schwarzen Schafe, die es eben in jeder Berufsgruppe gibt, eigentlich wirtschaftlichen Zwängen unterliegen und zu einem großen Teil auch falsche Förderungen die Schuld tragen, oder die Schuld daran auch falsche Förderungen, falsche Subventionen, die eben falsch eingesetzt werden, haben. Das ist bei uns in Österreich so, und das ist auch in der EU so. Nun wird von den verschiedensten Seiten behauptet, daß in der EU gerade mit der EU-Agrarreform 1992 in Sachen Ökologie ein Umdenken eingesetzt habe. Als Beispiel wird unter anderem auch das Umweltförderungsprogramm für die Landwirtschaft, das Österreich mit der EU vereinbart habe, genannt. 2,4 Milliarden Schilling sollen aus EU-Töpfen unter diesem Titel an die Landwirtschaft kommen, Österreich darf oder kann auch 2,4 Milliarden Schilling unter diesem Titel dazu beitragen, also eine Mitfinanzierung von 50 Prozent ist gegeben.

Ich gebe aber einiges dazu zu bedenken: erstens, daß es sich bei diesen 2,4 Milliarden Schilling um die Höchstgrenze eines Richtbetrages handelt, der – und ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Bericht des EU-Rates – „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel der EU ausbezahlt wird“. Wenn diese reichen, also. Und es klafft jetzt, und es wird im nächsten Jahr genauso sein, zwischen den verfügbaren Mitteln und den notwendigen Mitteln bereits eine Lücke von 50 Milliarden Schilling.

Der zweite Punkt meiner Bedenken, die Prüfung dieses achtzigseitigen österreichischen Umweltprogramms für die Landwirtschaft, findet erst nach einem Beitritt statt. Das heißt, ob diese 80 Seiten von der EU anerkannt werden, ist stark zu bezweifeln – ich zweifle es auch an. Fachleute, auch Experten sprechen jetzt schon davon, daß 90 Prozent davon sicher nicht EU-konform sind. Es ist ein großer Fehler passiert, Landwirtschaftsminister Fischler hat in dieses Programm Maßnahmen verpackt, die während der EU-Agrarverhandlungen abgelehnt wurden. Ich denke da an die Fruchtfolgeförderung, an den HKZ-Zuschlag, an verschiedene Weizenprogramme. Programme, die also während der Verhandlungen abgelehnt wurden, wurden in dieses Umweltprogramm verpackt. Jetzt ist es natürlich schon ein bißchen blauäugig, wenn man annimmt, die EU-Experten würden das nicht lesen oder würden das nicht verstehen. Also, sie werden das sehr wohl verstehen, und darum zweifle ich auch an, daß diese 80 Seiten, also dieses Umweltprogramm, anerkannt wird. Und darf ich vielleicht noch einmal auf die EU, auf das EU-Budget zurückkommen. Wenn man sich das genau anschaut, dann sieht man, daß die Ökologie für die EU eigentlich nur ein billiges Feigenblatt ist oder, wie es ein deutscher Bauer bezeichnet hat, „ein kleines Beiboot, das da herumtuckert, während der

große Tanker in eine ganz andere Richtung fährt!“ Und der große Tanker ist die Finanzierung der EU-Agrarpolitik, und ein paar Zahlen, die hochaktuell sind, zeigen, in welche Richtung dieser große Tanker fährt. Umgerechnet 510 Milliarden Schilling, also 510 Milliarden Schilling, verwendet die EU für eine volkswirtschaftlich unvertretbare und für die Natur und Umwelt unverträgliche Überschußverwertung. Und, ich darf es vielleicht noch einmal sagen, diese 510 Milliarden Schilling sind 52 Prozent des gesamten EU-Haushaltes, also vom gesamten Haushalt. Und in der Summe sind für flankierende Maßnahmen, zu denen eben auch das agrarische Umweltprogramm zählt, ganze 1,5 Prozent vorgesehen. Und ich glaube, wenn man die Zahlen hört, dann erübrigt sich das eigentlich, die Diskussion, ob ein ökologisches Umdenken in der EU stattgefunden hat oder nicht. Und dazu kommt noch, daß bei der Verwertung der sinnlosen umweltbelastenden Überschußproduktion die EU zu 100 Prozent die Kosten übernimmt, für die landwirtschaftlichen Umweltmaßnahmen, wenn das von einem Mitgliedsstaat eingereichte Programm anerkannt wird, aber nur zu 50 Prozent eine Mitfinanzierung gegeben ist. Und wenn man sich, so wie die EU, unbegrenztes wirtschaftliches Wachstum an die Fahnen geschrieben hat, dann weiß man, daß das auf Kosten der Umwelt und zu Lasten der Natur geht und letztendlich auch der Menschen geht. (Beifall bei der SPÖ.)

Für uns Bauern bedeutet das, daß derjenige in der EU seine Produkte verkaufen kann, der zwischen Norwegen und Griechenland – ja, wir haben die gleiche Meinung, das ist bestimmt nichts Schlechtes –, zwischen England und Österreich am schnellsten und am billigsten produziert und dem vor allem die Umwelt und die Natur egal sind. Ich warne davor, den Bauern aus dem Titel „Agrarisches Umweltprogramm“ zu große Hoffnungen zu machen, zu groß wäre sonst die Enttäuschung hinterher. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Nächster Redner ist der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (15.31 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Umweltdebatte war bisher, und es hat bereits im vergangenen Jahr etwas nachgelassen, schaumgebremster und vor allem von den bereits konkreten Maßnahmen her etwas vernünftiger und vor allem aus der Betroffenheit vernünftiger.

Ich möchte aber trotzdem versuchen, zu einigen ganz konkreten Fragen Stellung zu nehmen, und vorausschicken, daß wir Gott sei Dank heute von der Diagnose und ob überhaupt die Diagnose richtig ist weg sind, sondern wir sind Gott sei Dank bei der Therapie. Und ich möchte das nur nebenbei einbringen, auch die Frau Kollegin Kaufmann hat diese Therapie der Europäischen Union selbstverständlich jetzt noch nicht ernst genommen. Es stimmt vollkommen, daß die Agrarpolitik der Europäischen Union jahrzehntelang nicht – nach unserer Auffassung – den richtigen Weg gegangen ist und daher diese Überschußfinanzierung und die ganze Problematik der ökologischen Betroffenheit in den EU-Ländern eine

Rolle spielt, und daher vor allem deshalb dieser Mac-Sharry-Plan und die geänderte EU-Agrarpolitik. Ich stehe aber sicher nicht da, daß vielleicht manche glauben, wir Bauern sind ganz narrisch und wollen in die EU, daß ich das vorwegnehme. Wir haben nur zur Kenntnis zu nehmen, ich glaube, der Bundeskanzler ist ja bei deiner Fraktion, und die haben ja lange gestritten, wer den Antrag unterschreibt, der Mock Alois oder der Franz Vranitzky. Das heißt, es ist ein nationales Anliegen gewesen. Nur eines, wir sind ja schon fast in der Agrardebatte, steht sicher konkret fest, daß 125 Länder im Rahmen der GATT-Vereinbarung festgelegt haben, daß wir ab 1995 in den nächsten sechs Jahren 21 Prozent der Exportmenge und 36 Prozent der Exportförderung zurücknehmen müssen, ein Faktum ist und die EU in ihren Entscheidungen praktisch auch aus wirtschaftlicher und vor allem aus ökologischer Situation diesen anderen Weg gegangen ist. Daher kennen wir das, wenn es außerhalb der EU bessergehe und man einen Garantievertrag für die nächsten zehn Jahre hat. Die Supergurus rennen ja jetzt herum und wissen ja schon ganz genau, wie es in den nächsten zehn Jahren vor sich geht. Die möchte ich gerne beim Krawattl packen und da habhaft machen und wenn es geht, ein Flinslerl einziehen, was sie jetzt gesagt haben und wie es dann in der Endkonsequenz konkret ausgeht. Das ist aber praktisch ein kleiner Ausstieg, weil eben diese Wohlstandslebensweise in Wahrheit dazu geführt hat, daß der Mensch als ein Teil der Natur nach den Jahrhunderten, wo die Natur den Menschen gefährdet hat – ab und zu beim Hochwasser oder bei einem Feuer haben wir noch das Gefühl, daß die Natur den Menschen bedroht –, aber fast überall bedroht der Mensch diese Natur, und daher glaube ich persönlich, daß wir in dieser veränderten Lebenshaltung, in dieser veränderten Verbraucherkultur Gott sei Dank massive Veränderungen selbst ausgelöst haben. Es kann ja nicht wahr sein, daß man immer nur nachdenkt, wie etwas nicht geht. Wir sind längst auf der Strecke, wie etwas geht.

Wenn ich nur ein paar konkrete Zahlen im Bereich der Abfallwirtschaft nenne: Ja bitte, wir sind 1993 bei 150 Kilogramm Gesamtrestmüll in der Steiermark, da ist in Wahrheit jene Menge, die seinerzeit Landesrat Hermann Schaller für das Jahr 2000 prognostiziert hat – längst bereits unterboten. Und ich habe schon einmal gesagt: Damals hat es Zwischenrufe gegeben: „Wenn du es nicht erreichst, trittst du dann zurück?“ Ja, er müßte längst wieder antreten auf Grund dieser Erfolge, die im Grunde damals eingeleitet wurden.

Ich möchte doch einige Gedanken, vor allem was die Wortmeldungen betrifft, noch mit einfließen lassen. Der Abgeordnete Kaufmann hat sich also auf die Frage Boden, Wasser und vor allem auch Kompostwirtschaft konzentriert, und wir haben heute ohne die Eigenkompostierung 35.000 Tonnen Biorestmüll. Das wäre an und für sich auch die Kombination zur ganzen Diskussion der Abfallwirtschaft mit der kalten Inertisierung. Da kennt sich jeder Mensch ganz genau aus, und das heißt die kalte Verbrennung. Und das ist ja unsere Dauerdiskussion, wo manche glauben, das ist eine moderne Verbrennung, einen Dreckhaufen zusammenschmeißen, nachher verrotten zu lassen, nachher zu sortieren und, was übrigbleibt, wieder warm zu verbrennen. Ein bißchen gescheiter kann

man schon sein, daß man den biogenen Bereich vorher herausholt, normal kompostiert, im Rahmen der Sortierung praktisch die stoffliche Verwertung maximalisiert und das vernünftiger in der weiteren Folge auch thermisch verwendet. Ich will da keine Bocksprünge machen, aber feststeht ja, daß wir Gott sei Dank auch die Klimaveränderung für eine thermische Abfallbehandlung längst exakt abgeschlossen haben. Der Herr Kollege Dr. Ebner hat das ja angesprochen. Momentan ist das Stockerlrücken gerade im Gange, jetzt wird es langsam eng, jetzt geht es dann um die Standorte. Und das Halleluja schaue ich mir schon an, wenn wir den Mut aufbringen und der Standort konkretisiert wird, zum Beispiel in der Stadt Graz, mit der Bindung, einen zweiten Standort zu haben im obersteirischen Raum. Wir sind da sicherlich bereit, uns für einen Standort durchzuringen, aber es ist auch selbstverständlich vernünftig, daß wir diesen ökonomischen Bereich und diese Partnerschaft STEWEAG-Stadt Graz in dieser geballten Region der Steiermark eine Chance gibt, damit es da ein vernünftiges gemeinsames Projekt gibt. Natürlich ist die dauernde Frage, wie groß soll ein solches Werk sein, und ich gebe ganz offen zu, fast permanent ändern sich, ich will nicht wieder sagen die Paradigmen, sondern die Fakten. Bitte, heute ist es möglich, daß private gewerbliche und industrielle Betriebe weite Bereiche der Abfälle, zum Beispiel im Verpackungsbereich, aber auch in anderen stofflichen Bereichen, im eigenen Kreislauf verwerten können. Selbstverständlich ist auch die Frage der großmässigen Entwicklung zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete Kowald hat vor allem auch die Wasserfrage angesprochen. Ich will da nicht weiß Gott wie weit ausholen. Nur – und es hat ja einige Diskussionsbeiträge gegeben, vor allem auch, was den Naturraum betrifft – jetzt kommt ja in weiten Bereichen auch der Naturschutz sehr markant drauf, was es wirklich heißt, Boden zu bewirtschaften, mit aller Konsequenz. Ich habe mir einen neuen Begriff da aufgeschrieben – ich finde ihn nicht – irgend so ein Spezialbegriff, ich täte da ganz einfach sagen, „vernünftige Bauern“ wäre auch kein schlechter Begriff. Aber ich komme beim Blättern noch einmal zurück. Ich muß schon ehrlich sagen, da glaube ich zumindest, daß wir auch, was den Boden und auch das Bewirtschaften betrifft, und Gott sei Dank haben wir derzeit eine gemeinsame Auffassung, was die bäuerliche Landwirtschaft betrifft, daß wir diese Umweltfragen lösen können. Die Ergebnisse in unseren sensiblen Gebieten sind gesamtösterreichisch ein Beispiel, daß es machbar ist, wenn die Umweltpolitik und die Agrarpolitik miteinander kooperieren. Ich will da nicht beunruhigen, aber bitte, wir haben eine Wasserverkostung gehabt am Hauptplatz, eine Blindverkostung, nicht mit irgendwelchen Experten, mit der Bevölkerung, genau Südost hat das beste Wasser gehabt. Das ist sicherlich nicht bewertet, was Nitrat betrifft, aber es ist an und für sich sozusagen (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Hat einen guten Geschmack gehabt, weil etwas drinnen ist!“) Ja, der Herr Kollege Vesko ist Experte. Ich habe einmal gehört, daß bei diesen Bauern die Milch am besten ist, wo der Stallgeruch noch ein wenig dabei ist. Das ist aber nicht mehr die Regel. Ich glaube nicht, daß das in der Zukunft sein wird.

Ich glaube aber, daß wir im Rahmen dieser Verbundaktivität, zum Beispiel mit der Kompostwirtschaft, eine praktische Lösung gefunden haben. Vor allem auch, was die Abwasserwirtschaft, sprich plus Klärschlammverwertung, plus thermische Verwertung, betrifft, ist ja praktisch alles ein vernetztes System, und wir mit unserem Klärschlammkonzept im Grunde auch in dieser Hinsicht den Ansatz gefunden haben, der vor allem uns jenes erspart, das, was der Abgeordnete Dr. Ebner angesprochen hat.

Ich bin ebenfalls der Überzeugung, daß wir es ähnlich wie beim Sport machen müssen, daß wir uns selbst ganz schön anständig fordern, aber mit Freude auch diese vernünftigen Wege beschreiten. Ich habe es schon angesprochen, wir haben über meinen Antrag die Beschlüsse für die thermische Abfallbehandlung praktisch in der Regierung und auch im Landtag. Ich möchte es noch einmal wiederholen, daß wir vor allem die Frage der politischen Entscheidung über die thermische Abfallbehandlung nach dem Ergebnis der Raumverträglichkeitsprüfung und Raumverträglichkeitserklärung, diese sicherlich mit der Stadt Graz gemeinsam treffen werden. Ich glaube, da hilft es überhaupt nichts, wenn wir uns da herum-schleichen. Ich bin also nicht überzeugt, daß sozusagen ein permanentes Prüfen sinnvoll ist. Da ist also, glaube ich, entscheidend, einfach einmal Flanke zu zeigen, auch, was den Standort betrifft. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich möchte doch auf ein paar Fragen des Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger eingehen, weil ebenfalls diese thermische Verwertung als sinnvoll angesprochen worden ist. Ich persönlich leide darunter, wenn ich an eine Andienungspflicht denke. Ich lasse gerade derzeit vom Verfassungsdienst die Frage der Vollziehung dieser Andienungspflicht überprüfen. Ich glaube, wir müssen vor allem auch wirtschaftlich Realisten bleiben. Ich glaube, daß selbstverständlich auch die Frage der Ökobilanz und die Akzeptanz generell eine gewisse Rolle spielen werden. Ich habe mich gewundert, daß die Frage der ökologischen Betriebsberatung nicht direkt angesprochen worden ist, aber wir sind ja mitten in der Verhandlung, um die Philosophie „Ökoprotit“ in der Steiermark in einer vernünftigen Form einzubringen. Ich möchte aber bitten, in einer vernünftigen Form. Nicht, daß wir uns Gebäude aufbauen und bestehende Strukturen sozusagen wieder schlank machen und andere zusätzliche Strukturen neu finanzieren. Da geht es, glaube ich, nicht um einen Justamentstandpunkt, sondern da geht es um die Effizienzsteigerung.

Jetzt habe ich das Blatt erwischt. Der Biotopmanager, also da werde ich narrisch, muß ich ganz ehrlich sagen. Ein Biotopmanager, das möchte ich wirklich nicht sein, in keiner Weise. Ich möchte sozusagen einen Bauern haben, der leben kann und der Freude hat mit seinen Wiesen, Feldern, mit seiner Fluren, das ist lebendige Partnerschaft, vor allem auch mit den Menschen, die so etwas suchen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Das glaube ich sicherlich, daß das im Grunde nicht der Weg ist.

Ich muß mich ein bißchen dem Kollegen Prutsch zuwenden, denn ich muß ein bißchen stänkern, es ist ja erlaubt, trotz der knisternden Stimmung. Aber

jedesmal, wenn es ein bißchen trocken wird, bekomme ich ein Fax, daß etwas geschehen soll, punkto Rückhalte und so fort. Und wenn es regnet, dann lache ich innerlich, dann denke ich mir, jetzt erspart sich der Kollege Prutsch wieder ein Fax, daß man wegen der Trockenheit etwas tun muß. Ich glaube aber, wir sollen da schon wirklich realistisch bleiben, und da braucht man gar nicht extra gescheit zu sein und einen Experten haben. Diese Frage, wenn sich die Mur um 1,20 Meter bis 1,50 Meter eintieft und das Grundwasser hinaus-rinnt zur Mur, statt daß normal die Mur als Lebensader der Steiermark von Nord nach Süd das Grundwasser stabil hält beziehungsweise bereichert, diese Frage werden wir als Menschen, wir haben ja auch ein natürliches Hirn, auch noch ausreden können, ob wir nicht über Maßnahmen dieser Eintiefungsfolge in dieser Form der Grundwasserwirtschaft ebenfalls das schaffen. Und ich glaube, daß wir die Auwälder durch solche Maßnahmen schützen und vor allem auch sichern können. Denn wenn das so weitergeht mit der Mureintiefung, ist also der Wasserstand unten, und nachher wissen wir ganz genau, daß die Auwälder blitzartig auf so etwas selbstverständlich reagieren.

Die nächste Frage, die angesprochen worden ist, wegen Halbenrain. Ich habe da keine Handlungsprobleme, das sage ich ganz offen. Ich kann ganz locker zitieren, daß das Bundeskanzleramt – Verfassungsdienst die Meinung, die unsere Abteilung vertreten hat, nach wie vor schriftlich uns bekanntgegeben hat, aber die Meinung des steirischen Verfassungsdienstes im Raum steht, außerhalb dieses österreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes. Ob dieser Paragraph 50 nach diesem Verfahren sticht oder nicht sticht, ist sozusagen eine Rechtsexpertenfrage. Und da ist also eine Volksbefragung – so gerne ich das dort auch nicht hätte –, aber mit der Volksbefragung kann ich nicht die Rechtmäßigkeit solcher Auffassungen plus oder minus sozusagen gewichten. Ich habe also zusätzlich den Hofrat Wielinger gebeten, daß er fundiert darlegt, und ich werde vor allem der Regierung berichten über diese rechtliche Voraussetzung. Und ich möchte nur sagen, der Verfassungsdienst hat auf Grund dieser Entscheidung sehr, sehr lange geprüft, weil ich habe in diesem Raum erklärt, „wir wollen eine Kompetenzfeststellung erreichen“, und es ist der Verfassungsdienst jetzt zur Auffassung gekommen, was ich mündlich höre, daß dies nicht möglich ist und der Verfassungsdienst sich in dieser Frage sehr klar äußern wird. Ich stelle nur nochmals fest, wegen der Aktivität – ich muß noch einmal einen kleinen Deuter machen, nicht, weil ich dich persönlich nicht mag –, aber wegen dem Aktivsein in der Umweltpolitik haut es mich nicht um, was ich an Aktivitäten vom Kollegen Prutsch da höre. Nur, wenn etwas nicht geht, dann taucht er auf mit seinen Aktivitäten, wir schöpfen schon und gehen auch in die Gefahrenzonen, das möchte ich auch ganz ehrlich sagen. Es ist eh nicht lustig, aber klar ist, daß wir bereits eine Säumnisklage haben, weil der Abfallwirtschaftsverband sich das nicht gefallen läßt. Nur, ich sage dazu, warum wir sie haben. Ich habe in der Regierung einen Antrag gestellt und dort keine Mehrheit gekriegt. Also mich erwischt's da sicherlich nicht. Das ist ein politisches Faktum, ich hoffe nur, daß damit nicht irgendwelche Konsequenzen verbunden sind.

Ja, die Frage Energiesteuer. Da brauche ich, glaube ich, überhaupt nichts zusätzlich zu sagen. Ich stelle nur fest, derzeit sind beide Regierungsparteien soweit, und ich habe den letzten Stand der Information der Freiheitlichen Partei nicht, daß es in Richtung Energieabgabe etwas in der zukünftigen Regierungsbildung geben wird. Das ist also in Papieren festgeschrieben. Das wäre im Grunde ein echter Fortschritt, wo ich überhaupt nicht sagen will, wie notwendig und wie entscheidend das ist. Unser lieber Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, ich weiß, wir haben die gleiche Wellenlänge, aber was sollst denn machen, du mußt trotzdem probieren, wenn du irgendwo einen Ansatz findest, wenn es geht, mir eine mitzugeben, das gehört zur demokratischen Übung in dem Haus. Ich stelle nur fest, daß du eine Kleine zurückkriegst, ich habe es dir schon gesagt. Deine Fraktion hat im Bund draußen (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist nicht entscheidend!“) – ich sage das trotzdem, da bin ich ein sturer Pinkell! – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das habe ich schon ein paar Mal gesagt!“) – ich sage es eben wieder, weil das Publikum ändert sich laufend (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist nicht entscheidend!“), daß eben bei der Wasserrechtsgesetznovelle 53 Abänderungsanträge, daß das noch viel schärfer wird, dort gestellt worden sind. Und jetzt habe ich das Wasserrechtsgesetz, das noch viel zu schwach ist, und du sagst – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Dort, wo es sinnvoll ist!“) Sei nicht so heikel, laß das Wasser hinunter über sieben Steine ein wenig drüberkugeln, und nachher wird es gehen. Jetzt tue ich ein bißchen übertreiben. Du bist Gott sei Dank nicht auf der Linie, sondern befaßt dich damit und weißt auch ganz genau, daß der Prof. Renner einer der engsten Mitarbeiter im Bereich der fachlichen Gremien ist. Wir haben überhaupt keine Scheu. Es ist auch der Kollege Korber, der da früher neben mir gesessen ist, jetzt sitzt er hinten und agiert sozusagen in der Frage der Pflanzenkläranlagenphilosophie, nur klar ist, daß wir vor allem mit der reinen Pflanzenkläranlage nachweislich nicht durchkommen und daß wir vor allem mit der kombinierten einen Weg finden, und ich bin überzeugt, und das sage ich auch ganz offen und abschließend zu dem Kapitel, es gibt kein Land in Österreich, das sich mit dieser Thematik so offen und vor allem so kooperativ, auch mit allen Gruppen, befaßt. Ich kenne ja auch meine guten Freunde. Die oberste Wasserrechtsbehörde ist in dieser zweiten Emissionsverordnungsfrage nicht bereit, etwas zu ändern. Ich habe zusätzlich noch einmal den Bundesminister Fischler gebeten, auf Basis der Tagungsergebnisse in der EU diese Entscheidung fachlich nochmals zu überprüfen, damit also diese Anlagen quasi am Stand der Technik sind. Nur steht fest, daß diese kombinierten Anlagen ja eigentlich die Emissionswerte bringen. Das ist eine fachliche Meinung, und wir müssen aufpassen, daß wir diese Linie in Wahrheit nicht abwerten durch eine solche Aktivität, das könnte noch kontraproduktiv werden. Ich bin der Überzeugung, daß das möglich ist. Was die Abgrenzungen betrifft, so haben wir zum Beispiel seit einem halben Jahr ein Merkblatt über die Variantenuntersuchung in der konkreten Umsetzung, und auch die Zivilingenieure sind damit, was vor allem diese Variantenfrage betrifft, gestern konfrontiert worden. Ganz klar ist – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das ist eine ehrliche Gegenüberstellung!“) Ja, das mit der

ehrliehen Gegenüberstellung – die zwei Gruppen streiten, auf der TU haben wir es sehr klar erlebt, da geht es um Interessenpositionen. Nur, die entscheidende Frage ist, wie gelingt uns die Abgrenzung bei den Entsorgungsanlagen, weil 80 Prozent sind in den Kanalsträngen an Kosten drinnen. Das ist, glaube ich, der Bereich, wie es uns gelingt, diese Kanalstranglinien so zu programmieren, daß die günstigste Variante der kleineren Varianten oder Einzelanschlußvarianten und wo der Vorteil einer Abwasserentsorgung, die man heute als zentrale Entsorgung betrachtet. Wir haben in der Steiermark diesen Weg der ländlichen Abwasserentsorgung aktiv und, möchte fast sagen, progressiv in die Hand genommen. Wir haben am 17. und 18. Februar diese Tagung gehabt, wir haben über die Pflanzenkläranlagen ein Rieselaborat, wo uns im Grunde sehr, sehr viele Regionen in Österreich beneiden.

Eine kurze Antwort auf die Frage Devolution: Der Kollege Schleich – wir haben ja schon eine konkrete schriftliche Anfrage gehabt –, wir hoffen, daß wir die Devolution wieder retour bekommen. Was die Shredder-Anlage in Fehring betrifft: Ich glaube vor allem, daß wir Sachverständigengutachten als Grundlage haben, und ich habe auch den Kollegen Strenitz, der für Gesundheit zuständig ist, gebeten, wenn unsere Sachverständigenentscheidung zu treffen ist, daß wir in einer Zusammenarbeit über gutachtliche Voraussetzungen der Entscheidung kooperieren und doch versuchen, diese aus unserer Sicht nicht notwendige Anlage in Fehring genehmigen zu müssen. Das ist ja das Problem, daß da das Bundesabfallwirtschaftsgesetz und das Gewerberecht die Grundlage bedeuten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich herzlichst bedanken für die praktischen Aktivitäten, vor allem auch für die Wortmeldungen, die im Rahmen der umweltpolitischen Maßnahmen unseres Landes passieren, und hoffe vor allem, daß wir mehr in der Tat und nicht so sehr im Reden uns befleißigen. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du auch, Erich?“) Nein! Ich selbst? Was soll ich machen? Mein Werkzeug ist leider in weiten Bereichen mein Mundwerk. Ich täte viel lieber Müll sortieren und kriege keine Schläge.

Ja, das wäre manchmal lustiger, weil oben, der Michael Schmid hat das eh miterlebt, wenn sie das Halleluja singen über die hochgelobte Politik, wenn irgendwo eine Maßnahme anvisiert wird.

Ich möchte aber abschließend vor allem meinen Mitarbeitern wirklich herzlich danken. Durch diese Spitzenmitarbeiter sind wir überhaupt in der Lage, daß wir sozusagen von der totalen Beschießung wirklich herausgekommen sind. Hofrat Rupprecht – ich muß nur schauen, daß ich sie alle erwische –, unser Hofrat Saurer, vor allem auch Grancy und die harte Position in der Abfallwirtschaft mit Hofrat Jägerhuber und wir sind in der Altlastengeschichte vielfach in Zusammenarbeit mit Hofrat Köck im Grunde in dieser Umweltfront aktiv. Wir versuchen vor allem zu kooperieren und vor allem einen vernünftigen, pragmatischen Weg zu bestreiten.

Mit Gurus und vor allem fundamentalistischen Positionen allein werden wir es nicht schaffen. Die Vision gehört selbstverständlich auch in der Umweltpolitik dazu. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.56 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu einer tatsächlichen Beichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger gemeldet. Ich gebe ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.56 Uhr): Ja, Erich, zu den Biotopmanagern muß ich schon etwas sagen. Also, entweder hast mich da mißverstehen wollen oder hast nicht aufgepaßt, oder ihr habt zuviel geschwätzt ihr zwei, weil ich habe euch gesehen, daß ihr während meiner sehr interessanten Rede ein bißchen viel geredet habt.

Um das noch einmal ganz deutlich und unmißverständlich darzustellen: Ich persönlich bin der Ansicht, daß die steirische Kulturlandschaft mit ihren hoch- und höchstwertigen Biotopen bei den Bauern in den besten Händen ist.

Ich glaube, daß die Bauern diejenigen sind im Bereich Naturschutz, auf die wir uns am meisten verlassen können. Und ich bekenne mich und die SPÖ auch, und wir haben das mehrfach betont, zu einer flächendeckenden Landwirtschaft in der Steiermark. Und mir persönlich bricht immer wieder das Herz, wenn ich sehe, daß ein Bauer aufforsten muß oder womöglich überhaupt aufgeben muß. Aus diesem Grund habe ich auch betont, daß dieses zweite Standbein neben dem hoheitlichen Naturschutz, nämlich das zweite Standbein des Vertragsnaturschutzes Biotoperhaltungsprogramm, so wichtig ist, und deshalb muß es auch ausgebaut werden, damit die Bauern, die eben zum Beispiel in den Bergregionen leider zur Zeit noch unentgeltliche Leistung erbringen, für unsere Kulturlandschaft, für den Naturschutz, daß dafür auch eine entsprechende Abgeltung erfolgt.

Zu den Biotopmanagern, um das auch noch einmal klar und deutlich zu sagen. Es gibt nun einmal auch in der Steiermark Biotope, die nicht bewirtschaftbar sind, also etwa ein Sumpf, da wird nichts angebaut. Oder bei der Peggauer Wand stelle ich es mir auch schwer vor, Landwirtschaft zu betreiben, oder in einer Höhle kann man vielleicht Champignons züchten, aber im allgemeinen kommen dort halt seltene Arten von Fledermäusen vor. Derartige Biotope, relativ großflächig mittlerweile, nämlich über 100 Hektar, sind von der Naturschutzjugend und vom Naturschutzbund angekauft worden. Die haben das teilweise machen müssen, damit diese Biotope, die Klenertgründe sind ein anderes Beispiel in Graz, eben gerade noch gerettet werden, vor einer Abholzung, vor einer Vernichtung, vor einer Verbauung, vor einer Versiegelung. Um die Biotope, um diese über 100 Hektar zu betreuen, haben sie einen Biotopbetreuer und, wie es offiziell heißt, einen Biotopmanager anstellen müssen. Also ich tendierte in keiner Weise dazu, zu sagen, daß die Bauern irgend so etwas seien wie Biotopmanager. Das ist ein Begriff, der tatsächlich nur dort in diesem winzigen Bereich des Naturschutzes eine Rolle spielt und eine Berechtigung hat. Ich glaube, daß das eine moderne Ausdrucksweise ist für das, was dieser Mann dort leistet. Aber, wie gesagt, die besten Biotop-schützer, Biotoppfleger in unserem Bundesland sind die Bauern. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.59 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (16.00 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Nach diesen prachtvollen Schilderungen des Erich Pörtl zum Thema „die Welt und der Umweltschutz“ erspare ich mir ein Schlußwort. Ich möchte mich beim Hofrat Dr. Wippel und allen, die im Bereich des Naturschutzes tätig sind, vor allem bei den vielen privaten Gruppierungen sehr herzlich bedanken. Und dem Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger verzeihe ich, daß er jetzt schwätzt, und deswegen werde ich ihm persönlich dann die Fragen beantworten. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 5. Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen in der Regierung!

Ich habe mir heute eine Rede vorbereitet, bin dann sehr nachdenklich geworden, und ich lege sie wieder weg. Aber es ist mir trotzdem ein Anliegen, daß ich darauf hinweise, daß es für unsere Partei, für die Freiheitliche Partei, keine einfache Situation ist, in einen Verdacht zu geraten, wie er gestern am Abend gegen uns geäußert worden ist. Ich stelle – bevor ich auf meine kurzen Ausführungen komme – auch fest, damit kein Mißverständnis aufkommt: Wir gehen auf Distanz zu einer Partei, die uns des Antisemitismus bezichtigt. Wir wollen mit dem Angebot, das ich jetzt machen werde, auch keine neuen Kontakte, keine neuen Kumpeleien einleiten. Es wird wahrscheinlich für meine Partei sehr lange dauern, bis wir diese Situation beendet haben und bis wir mit dieser Situation fertig geworden sind. Ich hätte mir gewünscht, daß sie von seiten der Sozialdemokratie doch eindeutiger klargestellt wird und eindeutiger beseitigt wird.

Aber ich habe natürlich als Obmann einer Partei, die in diesem Lande eine sehr große Verantwortung bekommen hat, mir auch die Frage zu stellen, was gilt mehr. Ist es die Sensibilität meiner Gesinnungsfreunde, um das Ansehen meiner Partei brauche ich mir bei Gott keine Sorgen zu machen, oder ist es doch die Verantwortung für diesen sehr wesentlichen Bereich, für unsere Spitäler. Ich lege daher unsere Emotionen zur Seite und mache dem Spitalsreferenten einen wirklichen Vorschlag. Ich wähle auch bewußt den Zeitpunkt zu Beginn dieser Diskussion, weil jeder sich wahrscheinlich schon vorstellen kann, nach einigen Erfahrungen, wie diese Diskussion auch laufen könnte.

Ich mache dir einen Vorschlag, Kollege Dr. Strenitz, prüfen wir doch gemeinsam, wie wir diesen Landtagsbeschuß, der gefallen ist, zum Positiven beantworten können, und prüfen wir nicht, ob wir ihn beantworten können.

Ich stelle zunächst auch ganz klar und unmißverständlich fest, das Ob ist für mich nicht die Frage, es geht mir um das Wie, und ich bin überzeugt davon, daß wir über dieses Wie sehr sachlich und sehr gut sprechen können. Ich würde wirklich alle ersuchen

– das gilt auch für mich persönlich –, beenden wir die Schaukämpfe, beenden wir die Verunsicherung unserer Patienten, die Verunsicherung der Ärzte, des Pflegepersonals, der vielen Steirer, die – glaube ich – durch diese Diskussion in den letzten Monaten nicht das Gefühl bekommen haben, daß sie hier in unseren Spitälern – und das sind die Spitäler des Landes – bestens betreut werden. Ich würde auch feststellen, daß wir es allemal – und ich möchte sagen verdammt – notwendig haben, zu zeigen und zu beweisen, daß die Lösung von Problemstellungen, die wir hier haben, für uns im Vordergrund steht, und nicht das Parteiinteresse. Die Bevölkerung hat ein Recht auf diesen Beweis.

Und wenn ich gemeint habe, wir sollen prüfen, wie wir es schaffen, dann vielleicht eine persönliche Anmerkung. Wir haben doch – und auch alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen – eine Situation in der Finanzierung des Wohnbaus gehabt. Ein höchst soziales Anliegen. Und wir haben uns also zusammengesetzt, wir haben 2,4 Milliarden Schulden beseitigen können, und wir haben es geschafft, bei einer zusätzlichen Reduktion des Landeszuschusses bei einer Entlastung des Landesbudgets die Bauaktivitäten zu steigern. Und es freut mich, das gebe ich zu, daß der Stolz über diese Leistung sicher auch ausdrückt, daß die Obmänner beider Parteien, der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmannstellvertreter, dazu stehen und daß der Finanzlandesrat auch sehr oft und immer wieder darauf hinweist, daß das die entsprechende Erleichterung für ihn ist. Und ich bin, lieber Dieter Strenitz, auch stolz darauf. Ich traue dir zu, daß du auf Grund deines Wissenstandes und deiner Information es doch auch schaffst, mit diesen 5,8 Prozent und den anderen Vorgaben eine Lösung zu finden. Ich biete dir unsere Hilfe an, aber vielleicht gleich hinzu:

Es ist mir schon sehr wichtig, daß Rahmenbedingungen eingehalten werden müssen. Und ich glaube, wenn wir dieses Angebot machen, dann ist das sicher kein In-die-Knie-Gehen, aber wir stellen diese Bedingungen. Ich möchte nur auf die letzten Zeitungsmeldungen eingehen, ohne in irgendeiner Form etwas zu emotionalisieren. Aber es kann in diesem Land nicht sein – und ich will es bitte nicht mehr hören –, daß wir nicht bauen können, weil wir kein Geld haben. Und ich darf anhand einiger Beispiele erwähnen, was ich mit diesen Bedingungen meine. Wir haben hier eine Zeitungsmeldung, daß die Sanierung und der Zubau der Kinderkrebsklinik heuer auf Grund der finanziellen Situation nicht gemacht werden können. Lieber Dieter, er wurde gerade eingereicht, dieser Zubau bei der Baubehörde. Jeder weiß, daß ich im Baugeschäft tätig bin, und ich will gar nicht auf die Grazer Situation der Baubehörde eingehen. Selbst bei schnellster Erledigung des Bauverfahrens, bei Weiterführung der Detailplanung, bei Ausschreibung, wenn ich diese Dinge Tag und Nacht in Angriff nehme, dann habe ich bestenfalls einen Baubeginn mit Ende des Jahres. Es können also nicht die heurigen Finanzierungsbereiche sein, daß heuer nicht mit dem Baubeginn gerechnet werden kann. Zubau Hautklinik – Bau eines Operationssaales, es liegt am Geld! Bitte: Es liegt nicht am Geld! Ich weiß, daß eure Entscheidung, daß dieser OP-Zubau noch von der Frage

abhängt, ob man das Erdgeschoß mitsaniert oder nicht. Es sind diese Entscheidungen noch nicht gefallen, und es ist bitte nicht das Geld. Aber ich möchte schon mit der Aufzählung aufhören. Eines vielleicht noch, weil auch ein Abgeordneter aus Murau jetzt angeregt zuhört: Stolzalpe. Wir haben in dieser Aufstellung ebenfalls den Hinweis: „Der Bau eines OP-Zentrums der Stolzalpe kann auf Grund der finanziellen Situation der KAGES nicht gemacht werden.“ Ich habe mich auch hier erkundigt. Es liegt kein Bauansuchen in der Gemeinde vor über den OP Stolzalpe. Es liegt nur ein Bauansuchen vor, das aber noch nicht behandelt ist, und das ist der Umbau der Direktionsvilla, und ich nehme an, daß du das nicht als Operationssaal verstanden haben willst. Ich glaube auch, es gibt keinen Sinn, wenn wir hören, daß wir mit den 3 Milliarden, die wir hier den Krankenanstalten zur Verfügung stellen, absolut null Komma null bei der Ausführung von allen Tätigkeiten sind. Es hat auch der Vorstandsdirektor sich anders geäußert. Es gibt keinen Sinn, wenn wir sagen, wir müssen Spitäler zusperren, um zu sparen, wenn wir noch im November im Landtag gehört haben, daß das Zusperrn der Spitäler null Komma null Prozent Einsparung bringt.

Und ich bitte noch eines: Ich habe das sehr ernst genommen und habe mich darüber eigentlich sehr gefreut, als ich von dir hörte, Herr Landesrat, im Vorjahr zur Budgetrede, wie du zu einem Regierungsbeschluß stehst, der so lautet, daß wir alle versuchen müssen, in unseren Bereichen zu sparen. Das war der Vorschlag unseres geschätzten Kollegen Ressel. Du hast damals uns auch wissen lassen, daß der Vorstand der Krankenanstalten den Auftrag bekommt, hier daran zu arbeiten, und hast auch wörtlich gesagt, wir werden die Sache ernst nehmen. Ich lade dich ein, nehmen wir sie bitte ernst, sprechen wir nicht von Ruinen, die wir haben, sondern ich würde mir wünschen und würde mir vorstellen: Beseitigen wir diese Ruinen!

Um nicht jetzt in diesen Bedingungen, in diesen Vorstellungen, zu verharren, sondern vielmehr an die Sache herangehen zu müssen, mache ich einen Einstiegsvorschlag. Wir haben diese 5,8 Prozent Steigerung als unabdingbare Forderung des Landtages im Raum. Und wir haben auf der anderen Seite eine Berechnung, die von der Krankenanstaltengesellschaft sicherlich höchst verantwortungsvoll gemacht wurde, mit 9,8 Prozent. Für mich sind diese 5,8 Prozent ein Limit, eine Mauer, sie darf nicht überschritten werden. Aber ich weiß bei den 9,8 Prozent, daß sie zu einem Zeitpunkt erstellt worden sind, wo zum Beispiel die Entwicklung auf dem Kreditsektor 8 Prozent Verzinsung gehabt hat. Wir sind also heute in einer Situation, wo wir unter 6 Prozent Zinsen haben. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, das ist kein Vorwurf, ich bin selbst Techniker. Ich habe für zwei große Baustellen in der Steiermark die Kostenschätzung gemacht, das war die Handelskammer und die Grazer Oper. Und die Grazer Oper ist eines der stolzen Beispiele des Landes, wie man damit auskommt. Auch ich hätte diese Ansätze, die zu dem Zeitpunkt mir bekannt waren, genommen. Das ist kein Vorwurf, daß zu hohe Ansätze genommen worden sind. Aber sie haben sich geändert, die Kreditbedingungen, sie sind sicher um 2 Prozent gesunken.

Der Baukostenindex ist damals in der Nähe von 5 Prozent gelegen, heute sind wir etwa bei 3,5 bis 3,6 Prozent. Und wenn es um eine Bauinvestition in der Größenordnung von doch an die 10 Milliarden Schilling geht, dann glaube ich, daß diese Baukostenentwicklung einen Einfluß auf die gesamte Erhöhung haben wird.

Wir können natürlich auch darüber reden, daß die angenommene Bauzeit von ursprünglich zehn Jahren – sie wurde um zwei Jahre verlängert – bis auf einen für Spitalsbauten vernünftigen Zeitraum gestreckt wird. Ich weiß, und ich habe mich hier auch persönlich überzeugt, daß das 15 Jahre und nicht darüber sind. Weil in 15 Jahren in etwa die Neugestaltung dieses Spitals beginnt. Die Wiener haben in ihrem AKH zur Zeit 5,8 Milliarden Renovierungskosten vor dem Einziehen, diese Baustelle war zu lang. Aber wir haben einige Jahre Möglichkeit, wo wir bestimmt auch eine gewisse Möglichkeit einer geringeren Kostenerhöhung haben.

Wir können über Bereiche nachdenken, ob wir zum Beispiel eine Wäscherei bauen müssen. Wir können das fremd vergeben und vieles andere mehr, was hier offen und ehrlich und ohne Gesichtverlust gemacht werden kann. Ich spreche es einmal direkt aus, weil das sind auch politische Dimensionen, an diese Dinge herangehen zu können und nicht die Tür zuschlagen zu müssen. Und wir müssen darüber gemeinsam reden, wie es im Falle eines leistungsbezogenen Finanzierungssystem ausschaut, auch das kann Einflüsse haben. Und vor allem glaube ich, daß wir ja als steirisches Bundesland in diesem Nationalrat, in diesen Gremien auch vertreten sind und daß wir einmal unsere Freunde, die uns da draußen vertreten, eben genauer darüber informieren und diese Einflüsse geltend machen. Es geht um das Arbeitszeitgesetz, wo es, glaube ich, richtig wäre mit einer Novelle, in einer Bundesgesetznovelle, jene Bereiche, die zu 100 Prozent der öffentlichen Hand gehören, ebenfalls mit denselben Möglichkeiten auszustatten wie die öffentliche Hand selbst. Das sind also auch einige 100 Millionen. Wir werden über diese Details sicher noch viel reden.

Ich sehe eine Chance natürlich und eine ganz besondere Chance auch darin, daß der Herr Vizekanzler jetzt den Vorschlag gemacht hat, eine Diskussionsebene zu schaffen. Das ist die Diskussionsebene zur Bildung einer Gesellschaft, wo Land und Bund in dem Klinikbereich verhandeln können. Auf dieser Diskussionsebene werden wir dann die Möglichkeit haben, die vom Landtag beschlossenen Vorgaben zu realisieren. Kommt es zur Trennung zwischen der Klinik und den Landeskrankenhäusern, wie schauen die Folgekosten aus; auch darüber sind entsprechende Gespräche zu führen. Ich bin auch überzeugt davon, daß das unseren investiven Bereich in keiner Weise behindert und daß wir die Gelder, die wir haben, die wir vom Bund bekommen können, in dieser Steiermark und in den steirischen Spitälern sinnvoll einsetzen werden können.

Und wir sollten natürlich auch darüber reden, wie wir gegenüber der Bevölkerung eine ehrliche Strukturreform, einen Krankenanstaltenplan vertreten. Es gibt für mich wenig Sinn, wenn wir jetzt diesen Krankenanstaltenplan, der in bezug auf die Reduktion

der Betten mit Sicherheit eine große Richtigkeit hat, aber sich in einer doch sehr ungewissen Form darstellt. Ich würde meinen, daß wir jetzt eine Möglichkeit haben, diese Bereiche auch detailliert, ehrlich und offen auszusprechen und auch der Bevölkerung zu sagen, welch hoher Einsatz, welch hohe Mittel für die Spitäler erforderlich sind.

Ich komme zum Schluß: Herr Spitalsreferent, es ist eine Botschaft von mir. Ich grenze die Botschaft nochmals ein. Wir reden über das Wie und nicht über das Ob. Aber ich glaube, daß wir heute eine Chance haben, und wir sollten diese Chance nutzen. Wir sollten in den nächsten Stunden zeigen, daß dieser steirische Landtag auch in dem Thema Spital in der Lage ist, emotionslos zu diskutieren, und bereit ist, Lösungen zu suchen. Ich würde mir wünschen, wenn diese Chance genutzt wird. Ich befürchte, es ist die letzte Chance. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 16.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (16.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Worte des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schmid haben mich eigentlich sehr nachdenklich gestimmt, weil ich glaube, daß vor allem wir von seiten der ÖVP auch immer wieder für die Zusammenarbeit bereit sind. Und, Herr Landesrat, selbstverständlich sind wir für die Zusammenarbeit, aber ich glaube auch, daß zu einer guten Zusammenarbeit immer zwei gehören. Und wir haben in den letzten Jahren, beginnend bei der Ausgliederung der Steiermärkischen Krankenanstalten Ges. m. b. H., versucht, im Sinne unserer Spitäler, im Sinne der Versorgung unserer Patienten in unserem Land etwas zustande zu bringen, das auch langfristig die finanzielle Absicherung garantiert. Und eigentlich seit diesem Zeitpunkt, seit dieser Ausgliederung 1986, haben wir permanent die Diskussion über die Finanzierbarkeit unserer Spitäler, obwohl es in der Zwischenzeit eine Reihe von neuen Diskussionen gibt.

Ich denke hier vor allem daran an diese lange Diskussion „ambulant vor stationär“ und die neuen Visionen, möglichst die Vorsorge zu erhöhen, damit wir hinten bei der Reparatur nicht so viel Geld brauchen. Und, meine Damen und Herren, bei der derzeit geführten Spitalsdiskussion um die steirischen Spitäler – und sie ist sehr heftig geführt worden – geht es wirklich um die Absicherung unserer Spitalsfinanzierung und -versorgung. Im Buch „Die Gesundheitsfalle“ steht: „Trotz beispielloser Erfolge der Medizin droht Gesundheit zum Wunschtraum zu verkommen, der medizinisch-technische Komplex ist nicht mehr finanzierbar.“

Aber sind wir trotz der explodierenden Kosten – und der Landeszuschuß für die steirischen Spitäler erhöhte sich 1989 um 200 Prozent – wirklich gesünder geworden? Diese Tatsache, meine Damen und Herren, und ein politisches Klima, wo wirklich von seiten der Sozialdemokratischen Partei nichts unversucht bleibt, die Bevölkerung in der Frage Gesundheit und Spitalpolitik zu verunsichern. Diese Diskussion hat uns

dramatisch vor Augen geführt, in welches Dilemma uns diese Diskussion geführt hat.

Diese Diskussion wird nicht nur in der Steiermark geführt, sondern in ganz Österreich. Und hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid über die seit 20 Jahren geführte Reform der Spitalsfinanzierung, nämlich Einführung einer leistungsorientierten Spitalsfinanzierung, auch angeschnitten. Es ist nur leider auch so, daß hier der Bund eine hohe Säumigkeit hat. Neun Gesundheitsminister in den letzten Jahren, immer wieder Versprechungen, daß diese Reform endlich verwirklicht wird, die wir so dringend, vor allem auch in den Bundesländern, brauchen, und wiederum eine Verzögerung in die nächste Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, hier gehen uns Millionenbeträge verloren. Aber wir brauchen, um eine Veränderung durchführen zu können, auch Reformfreudigkeit. Und die scheint so zu sein, daß es in Österreich einen Gesundheitsminister gibt, und das ist der Vizebürgermeister und Stadtrat Mayr in Wien, zu Lasten aller Bundesländer. Aber wir müssen uns der finanziellen Realität stellen und dürfen keine ungedeckten Schecks für die Zukunft ausstellen. Die Wahrheit sagen, auch wenn es weh tut.

Herr Landesrat, ich sage Ihnen, wir brauchen einen Gesundheitspolitiker mit Mut, Kreativität, Konsequenz, mit Visionen, Durchschlagskraft und vor allem Gestaltungswillen.

Merkmale, die leider bei Ihnen bis jetzt nicht zu treffen!

Ich möchte auch anhand einiger sachlicher Dinge beweisen, daß wir – und vor allem Sie, Herr Landesrat – doch zum Teil auch die Hausaufgaben nicht erledigen. Ich zitiere hier einen Artikel der „Kleinen Zeitung“ vom 13. November 1993, „Landesrat Dr. Streñitz: Die Kritik des Rechnungshofes an den Ambulanzgebühren treffen mich gar nicht, da dem Landesrat die Angelegenheit von der Regierungsmehrheit entzogen und dem laufenden Geschäft zugewiesen worden sei. Ich fühle mich nicht verantwortlich, die Herren des Vorstandes werden es zu klären haben.“

Diese Aussage, Herr Landesrat, ist unrichtig. Erstens, auf Grund der Geschäftsverteilung der Steiermärkischen Landesregierung sind Sie, Herr Landesrat, für diesen Geschäftsbereich zuständig, oder anders ausgedrückt: Ihnen, Herr Landesrat, obliegt die Genehmigung der zwischen den Versicherungsträgern und der KAGES abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarungen über die Ambulanzgebühren. Zweitens, die in den vertraglichen Vereinbarungen aufgenommenen Limitierungen von Ambulanzgebühren hätten von Ihnen, Herr Landesrat, nicht genehmigt werden dürfen. Sie waren daher zweimal zuständig, einmal als Landesrat, und bis 1992 waren Sie auch Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Und in einem Artikel in der „Neuen Zeit“ vom 13. November 1993 zitiere ich Sie: „Die von den Kassen bezahlten Ambulanzgebühren, die der Landesrechnungshof als zu niedrig scharf kritisiert hat, machen nur 4 Prozent der Gesamteinnahmen der KAGES aus.“ Herr Landesrat, es sind 4,9 Prozent, und diese 4,9 Prozent machen, aufgerechnet auf das Jahr 1993, 40 Millionen Schilling.

40 Millionen Schilling, wo Sie erklären, daß Sie keine Zuständigkeit haben. Und in diesem Zusammenhang wehrt sich auch Herr Dr. Moser von der Krankenanstalten Ges. m. b. H., der auch in einem Zeitungsartikel meint zum Vorwurf, daß sich das Deckungsverhältnis von Ambulanzkosten und Gebühren verschlechtert habe, meint Dr. Moser, daß es gerade umgekehrt sei. Das Ergebnis wurde in der Zeit der KAGES von 53 auf 55 Prozent erhöht. Tatsache ist – und das ist eine eigene Unterlage der Krankenanstalten Ges. m. b. H., daß sich der Deckungsgrad vom Jahre 1986, dort betrug er 53 Prozent, verschlechtert hat auf 47,5 Prozent im Jahre 1992.

Meine Damen und Herren, über diesen Bericht wird sicherlich noch sehr ausführlich zu reden sein. Und Sie werden, Herr Landesrat, auch dafür die Verantwortung übernehmen müssen.

Es geschieht auch durch verschiedene Pressemeldungen immer wieder und laufend eine Verunsicherung des Personals. Es wird davon geredet, daß es Personalstops gibt. Und ich sage Ihnen, Herr Landesrat, ich habe es erlebt, wie wir wirklich darum gerungen haben, in unseren Spitälern mehr Personal zu bekommen. Und ich möchte es auch nicht verabsäumen, von dieser Stelle aus den jetzigen Landtagspräsidenten und damaligen Landesrat für Personalangelegenheiten Franz Hasiba zu danken und der gesamten Regierung und auch dem Zentralbetriebsrat, die es ermöglicht haben, von 1986 bis 1994 2300 Personen mehr einzustellen in unseren steirischen Spitälern. Ein herzliches Dankeschön dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben das so dringend gebraucht, und ich meine daher, daß es unverantwortlich ist, wenn man ständig darauf hinweist „wenn wir das Geld nicht bekommen, wird es einen Personalstop geben“. Ich glaube, daß auch hier eine verantwortungsvolle Politik gefragt ist.

Und, Herr Landesrat, es wird an Ihnen liegen, vor allem auch in der Organisation unserer Spitäler einiges weiterzubringen. Es wurde auch angeschnitten der Spitalsplan. Inzwischen ist er außer Kraft getreten. 1991 verordnet, Ende 1993 außer Kraft getreten. Landesrat Ressel war es 1992, der verlangt hat, Sutter & Sutter sollte sich damit auseinandersetzen, weil es einfach zukünftig nicht möglich ist, überall alles anzubieten. Wir haben dann in stundenlangen Verhandlungen darüber diskutiert, wie die zukünftige Aufgabenstellung unserer Spitäler aussehen sollte. Es hat sehr konstruktive Gespräche gegeben. Allerdings einschränkend, daß Sie der Mut verlassen hat, Herr Landesrat, letzten Endes auch die Entscheidung zu treffen, was, wann, wo und in welchem Haus passiert. Sie wollen das dem Vorstand der KAGES überlassen. Ich habe Ihnen damals auch erklärt, daß ich der Meinung bin, daß das eine Zielvorgabe ist, die die Politik zu stellen hat. Und es sollte auch nicht so sein, daß landschaftliche Spitäler der Spitzenmedizin und umgekehrt gegenübergestellt werden. Wir brauchen in der Steiermark Spitzenmedizin, und wir brauchen unsere Basisversorgung. Dazu bekenne ich mich auch. Wir müssen nur klar definieren und diese unterschiedliche Aufgabenstellungen auch aufweisen.

Meine Damen und Herren, es ist ein großes Stück Arbeit, das wir in Zusammenhang mit unserer

Gesundheits- und Spitalspolitik noch vor uns haben. Und es wird nur dann gehen, wenn alle zusammenarbeiten. Aber ich habe leider den Verdacht, oder, positiv herum gesagt, ich hoffe, Herr Landesrat, daß Sie auch bereit sind für diese Zusammenarbeit im Sinne unserer Patienten, im Sinne unseres Personals, im Sinne der Gesundheitsversorgung unseres Landes. Aber es ist bezeichnend, daß auch ein Teil Ihrer Verunsicherungsstrategie ist, die offensichtliche Haltung bei der Frage der Landeshaftung und bei der Frage Landeshaftung für jene 230 Millionen Schilling, die die Krankenanstaltengesellschaft per 31. Dezember 1994 nach den Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes zurückgestellt haben muß, daß ich mich nicht erinnern kann, daß Sie, Herr Landesrat, diesen Antrag gestellt hätten. Sie haben den Antrag nicht gestellt, und ich fordere Sie von dieser Stelle aus auf, im Sinne unserer zukünftigen Spitalsversorgung auch alles daranzusetzen, daß es auch weitergehen kann.

Nicht die anderen immer schuldig machen, sondern selber Verantwortung übernehmen! Und in diesem Sinne, Herr Landesrat, könnte auch eine gute Zusammenarbeit stattfinden. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Strenitz (16.31 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schmid hat mich veranlaßt, mit einer Tradition zu brechen, die darin üblicherweise bestand, daß das zuständige Regierungsmitglied erst am Ende der jeweiligen Budgetgruppe zu Wort kam. Sie erlauben mir, daß ich jetzt schon das Wort ergreife, ich schicke auch voraus, daß ich die Ehre und Auszeichnung habe, über 24 Jahre diesem Hohen Haus angehören zu dürfen. Und ich gestehe, daß ich wenige Kapitel in Erinnerung habe in den vergangenen Jahren, die mit derartiger Aufmerksamkeit bedacht wurden und, um mit Max Weber zu sprechen, auch mit derartiger politischer Leidenschaft diskutiert wurden, wie eben das Kapitel Gesundheit und Spitäler. Ich registriere sehr erfreut, daß die Tonart – und ich sage das jetzt mit allem Respekt – des Herrn Landesrates Schmid in dieser seiner Wortmeldung eine sehr ruhige und sehr angenehme war. Und ich bekenne auch das uneingeschränkte Ja der Sozialdemokratischen Partei zur Zusammenarbeit überhaupt, und gerade in dieser Frage, die die Steirerinnen und Steirer und vor allem das Elementare der Gesundheit und die Patienten so sehr berührt. Und dennoch glaube ich, daß bei allem gutem Willen zur Zusammenarbeit und gerade deshalb natürlich auch die Positionen klar zutage liegen müssen.

Die eine Position, und ich darf das interpretieren, hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid deponiert, das ist die Position jener, die meinen, aus welchen Gründen immer, aus Sorge um das Wohl der Landesfinanzen den Zuschuß und die finanziellen Möglichkeiten für die Spitäler mit einem Prozentsatz 5,8 limitieren zu müssen, ich sage das völlig wertfrei. Und die Meinung

jener – und das ist in diesem Fall die sozialdemokratische Fraktion des Hauses –, die aus Überzeugung heraus und auch auf Grund von Unterlagen der Meinung ist, daß mit diesem Prozentsatz nicht das gemacht werden kann, was wir brauchen im Interesse der Menschen dieses Landes. Sie wissen, daß dieser Prozentsatz – und der Herr Landesfinanzreferent hat es in seiner Einbegleitungsrede gesagt – weit unter vergleichbaren anderen Werten liegt, während wir eine Steigerung – aber im Vergleich zu anderen Prozentsätzen noch immer maßvolle Steigerung von diesmal 9,8 Prozent vorgesehen hätten, uns gewünscht hätten, weil wir meinen, daß man eben nur da diese Investitionen setzen kann, die wir in unseren Spitälern und im Gesundheitswesen überhaupt brauchen. Und weil der Herr Landesrat Schmid gemeint hat, er habe ein Angebot gemacht, ich respektiere das. So bitte ich aber nicht zu vergessen, daß ich schon vor geraumer Zeit in der Öffentlichkeit gesagt habe „ja, um Gottes willen, verbeißen wir uns nicht an Prozenten!“ ich habe damals gesagt, verbeißen wir uns nicht an 5,8, verbeißen wir uns nicht an den 9,8, sondern sind wir uns über folgendes bewußt: Was wir brauchen, ist ein Prozentsatz, der umfaßt den normalen Verbraucherpreisindex 3,1 Prozent im vergangenen Jahr, den Baukostenindex in etwa 4,9 bis 5 Prozent, ich habe die Indexreihen seit 1990, den medizinischen Index, die Steigerung der Lebenserwartung, das immer bessere Können der Medizin und den Nachholbedarf, und das ist eben mit Sicherheit mit 5,8 nicht gedeckt, wäre im konkreten Anlaß 9,8 gewesen und wird sich je nach Maßgabe der Entwicklung der anderen Indizes nach oben oder nach unten verschieben. Und selbstverständlich – ich sage das auch ohne Emotion, weil es dem Hohen Haus glaube ich so besser zusteht – respektieren wir den Beschluß einer Mehrheit, aber ich bitte um Verständnis dafür, daß es die in diesem Fall Überstimmten natürlich auch als demokratisches Recht und demokratische Pflicht ansehen, nach Maßgabe aller parlamentarischen, demokratischen und auch Verhandlungsmöglichkeiten um eine Änderung dieser Situation zu werben und dafür einzutreten.

Ich bitte schon auch zu sehen, daß ein Festhalten an diesen 5,8 allein zu keiner Lösung führt. Denn, es hat der Kollege Bacher jetzt gesprochen, „wo haben Sie den Antrag gestellt 230 Millionen Abfertigungsgarantie?“ wir haben ihn gestellt in Form eines Antrages im Finanz-Ausschuß, und er hat leider Gottes nicht die Mehrheit gefunden. Es ist in diesem Angebot die Kreditermächtigung zwar formal drinnen, aber ich bitte um Verständnis, daß nach allen Unterlagen des Vorstandes mit einem Prozentsatz von 5,8 dieser Kredit nicht genommen werden kann. Ich sage auch, das Schreiben, das der Vizekanzler Busek uns geschickt hat, ist ein Schreiben, in dem er ein Verhandlungskomitee über die Gestion der laufenden Gebärungen der Universitätskliniken einsetzen will, aber Busek schreibt ausdrücklich und wörtlich, daß bereits in Gang gesetzte Diskussionsrunden, wie etwa die Investitionsprogramme und deren Finanzierung, damit nicht geschmälert werden sollen. Busek besteht auf den von uns gemeinsam erarbeiteten Plan LKH 2000.

Meine Damen und Herren, ich habe in den letzten Wochen und Monaten nicht aus eigener Erfindung, sondern Unterlagen der KAGES zitierend, die Folgen

dieses Sparkurses auf den Tisch gelegt. Es ist der Wirtschaftsplan für das laufende Jahr am vergangenen Montag vom Vorstand beschlossen worden. Es tut mir leid, es sagen zu müssen, aber es ist nachweisbar, daß bei einem Gesamtminus der Investitionen, je nachdem in der einen oder in der schärferen Variante, entweder 847 Millionen oder 1,1 Milliarden nicht investiert werden können und daß auf Grund dieser weniger gegebenen Finanzmöglichkeiten selbstverständlich, ich zitiere hier wörtlich, „Bauinvestitionen nur mehr einen Bruchteil des Vorgesehenen ausmachen können, die Planungen der Kliniken zu stoppen sind“, und das ist schon auch – ich bitte um Entschuldigung – ein bißchen ein Irrtum. Es steht im Wirtschaftsplan, daß zu stoppen sind die Planungen der Internen und der Kinderklinik, und zwar die Polierplanungen, aus finanziellen Gründen, aber auch aus Systemgründen. Weil noch immer der Beschluß im Raume steht, die Kliniken zum Bund. Und dann ist die Grundsatzfrage, was wollen wir: ein Klinikum mit 1700 Betten oder ein Klinikum mit 1000 Betten? Und jeder Plan ist auf Sand geplant, jeder Ziegel, der ohne Klärung dieser Voraussetzung investiert wäre, wäre ungerechtfertigt investiert, das ist der Grund, warum diese Pläne zu stoppen sind.

Meine Damen und Herren, Sie werden selbstverständlich auch – und ich sage auch das mit allem Respekt, mit allem gebotenem demokratischem Respekt – das Szenario rechtzeitig vorgestellt bekommen, daß sich ergibt aus der Obergrenze der Limitierung 5,8 Prozent. Ich will dem gar nicht weit vorgehen, es gibt Überlegungen des Vorstandes, ich habe sie schwarz auf weiß, vom 15. März, die besagen, daß vieles nicht gehen wird, sehr vieles nicht gehen wird, was wir uns alle wünschen. Es steht in dieser Studie, daß das LKH 2000 bestenfalls in 20 Jahren mit diesem Limit machbar ist. Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid selbst hat vom Bautechnischen eingeräumt, daß die Erstreckung auf 15 Jahre das äußerste Limit wäre, aber die Insider der KAGES sagen, 20 Jahre sind eigentlich zu nieder geschätzt, wahrscheinlich sind es 25 bis 27 Jahre, dann wären wir genau dort, wo die Wiener mit dem AKH Wien gelandet sind. Und auch in dieser Studie des Vorstandes, die ja bitte nicht nur mir als Gesellschafterversammlung und Eigentümerversammlung offiziell vorgelegt wurde, sondern die auch dem Aufsichtsrat in dieser Form bekanntgegeben wurde und sich auch im Protokoll der letzten Aufsichtsratssitzung findet, können Sie nachlesen, daß rund zwei Drittel aller Häuser der Peripherie in irgendeiner Weise durch diese Obergrenze betroffen wären; entweder dadurch, daß Investitionen überhaupt nicht mehr möglich sind oder nur in geringerem Maße möglich sind oder sich zeitlich verschieben. Und auch das ist noch zu sagen: Aus dieser Studie ist leider zu entnehmen, daß es ab 1995 zu einem Personalstop kommen müßte.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Allerletzten. Ich habe trotz der heftigen Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate, ihrer Schärfe und gelegentlichen Höflichkeiten, mit vielen von Ihnen ein gutes Gesprächsklima hier und wo immer es sein mag. Und ich weiß, daß nicht alle ganz glücklich sind über den Weg, den wir gehen, und den Kurs, den wir einschlagen. Das ist etwas, was sich durch alle Parteien hinwegzieht und über alle Grenzen. Es hat

jeder sein Spital, es hat jeder seine Bürger, es hat jeder seine Bürgerinitiativen, seine Unterschriftenaktionen, seine Anträge, und viele sind persönlich zu mir gekommen und haben gesagt, dieses Spital und jenes brauchen wir.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich glaube, es ist selbstverständlich, wenn man auch auf Grund einer Vorstandsberechnung in fünf Jahren fast 5 Milliarden weniger investieren kann, daß das zwangsläufig Folgen auf fast alle Häuser haben wird und sich auswirken muß. Und ich appelliere an Sie, stimmen Sie bitte nicht, aus welchem Kalkül immer, Ihre eigenen Anliegen nieder. Es sind die Anliegen der Steirerinnen und Steirer, unserer Patienten, für die wir zuallererst die Aufgabe haben zu arbeiten. Ansonsten bedanke ich mich sehr herzlich für den freundlichen und sachlichen Ton, in dem diese Diskussion bis jetzt geführt wurde. (Beifall bei der SPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Hirschmann (16.42 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Ich möchte unmittelbar auf den Kollegen Dr. Strenitz einige Bemerkungen machen. Ich glaube, es war sehr schön und auch richtig, daß Landesrat Dipl.-Ing. Schmid diese Debatte so eröffnet hat, wie er sie eröffnet hat. Wir haben auch darüber gesprochen, weil wir beide, Dieter, du hast es zuletzt angesprochen, wie wahrscheinlich eine überwältigende Mehrheit dieses Hohen Hauses der Meinung ist, daß wir für dieses Land eine gemeinsame Aufgabe haben, trotz aller unterschiedlichen parteilichen Standpunkte, und es in den letzten Monaten nie einen Zweifel daran gegeben hat, von keiner Fraktion in diesem Hause oder in der Regierung, daß die Spitäler zu den vordringlichsten Aufgabenstellungen der steirischen Politik gehören und daß sie uns allen gemeinsam das gleiche Anliegen sind.

Ich möchte zweitens, meine Damen und Herren, daran erinnern, und deswegen sitzen wir ja heute hier und hat diese Veranstaltung sozusagen nicht vor Weihnachten stattgefunden, daß wir uns einfach gedacht haben, damals, nachdem in einem ersten Anlauf eine Einigung nicht möglich war, daß es angesichts der dramatischen Appelle des Landesfinanzreferenten, die wir ohne jeden falschen Unterton verstanden, aufgenommen haben, durchaus an der Zeit wäre, uns intensiver mit diesen bestimmt sehr schwierigen Fragen auseinanderzusetzen.

Ich möchte, Herr Landesrat Ing. Ressel, Ihnen – und ich hoffe, es versteht niemand falsch – ganz ausdrücklich dafür danken, daß Sie das so gesagt haben und daß Sie uns alle auch aufgerüttelt haben, denn Sie sind ja am meisten mit diesen Dingen von uns allen befaßt, und aufgezeigt haben, daß wir in vielfacher Hinsicht einen notwendigen, aber verkraftbaren Handlungsbedarf – wie das so schön heißt – haben.

Und deswegen sind die Vorgänge der letzten Monate, wo es im Rationalisierungsausschuß des Landtages die Bemühungen – und wie ich noch immer hoffe, über die Parteigrenzen hinweg – gegeben hat,

sich diesen Fragen intensiver zu widmen, auch, glaube ich, einige Ergebnisse herausgekommen, wo man über jedes Detail streiten kann, das ist überhaupt keine Frage, aber wo man unter dem Strich sagen muß, wir haben erkannt, daß wir einfach mit unserem Landesbudget in den nächsten Jahren einige neue Akzentsetzungen und Weichenstellungen vornehmen müssen. Und wir werden in wenigen Wochen vermutlicherweise uns im Landtag beschäftigen müssen mit neuen Finanzierungsaufgaben in Zusammenhang mit einem EU-Beitritt.

Und ich habe gerade vorhin mit dem Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger gesprochen über die notwendige Frage, daß wir auch im Land Steiermark zusätzliche Abgaben werden einführen müssen, um in diesem Zusammenhang notwendige Geldmittel zur Verfügung stellen zu können. Und da meine ich eben, daß zunächst diese Hausaufgabe, zu sagen, schauen wir unser Budget an und probieren und üben wir uns in das Unvermeidbare der nächsten Jahre ein, daß wir halt gewisse Dinge, an die wir uns gut und gerne gewöhnt haben, ein bißchen zurechtstutzen müssen, um für andere Notwendigkeiten neue Möglichkeiten zu haben, um das eben bewerkstelligen zu können.

Und jetzt konkret, meine verehrten Damen und Herren, zu den von Dr. Dieter Strenitz auch angesprochenen Dingen. Ich glaube, der Ausgangspunkt war für uns alle auch hier relativ eindeutig und klar. Wir haben in den letzten Jahren – und das möchte ich einfach schon noch einmal unterstreichen – von seiten des Landes her Zuschußsteigerungen zum Spitalbudget gehabt, die wir in dieser Größendimension, die immer um die 20 Prozent waren, einfach weiterhin nicht verkraften können, wollen wir nicht das Ganze gefährden. Und deswegen, und niemand möchte das in Abrede stellen, lieber Kollege Dr. Strenitz, du warst auch bei uns im Sommer mit deinem Team und hast die Arbeit des KAGES-Vorstandes vorgestellt, daß hier nicht auch eine intensive Arbeit vorgenommen wurde. Überhaupt keine Frage! Trotzdem ist neben dieser wichtigen Geschichte eine Reihe von anderen Aufgaben in diesem Zusammenhang zu erfüllen. Und da bleibt für uns die Frage selbstverständlich offen, die ist und bleibt auch heute offen, wie kann es dem Land Steiermark gelingen, uns allen gelingen, andere Kostenträger, die ja auch mitzuzahlen haben, dazu zu bewegen, daß sie einfach ein bißchen mehr zahlen, legitimerweise. Wir wollen da niemandem den Ball zuschieben. Und wir wollen niemanden unsere Lasten sozusagen leichtfertig hinüberschieben, aber hier hat sich einfach, lieber Dieter, du weißt das ganz genau, in den letzten Jahren, ein derart massives Ungleichgewicht zu Lasten des Landes Steiermark entwickelt, wo wir sagen können, aus einer Gesamtverantwortung für alle Spitäler zusammen, können wir das weiterhin so einfach nicht akzeptieren.

Das Zweite: Ich habe dir das mehrfach in persönlichen Gesprächen gesagt und mehrfach mit dem Herrn Dekan, der da hinten auch sitzt, und einer Reihe von Professoren, Mittelstandsvertretern, Studentenvertretern oder was immer auch. Mir persönlich erscheint die Frage der Investitionskosten für die Spitäler nicht das Hauptproblem in den nächsten Jahren, das könnten wir auftreiben. Da könnten wir uns wahrscheinlich relativ rasch einigen. Die Kern-

frage sind und bleiben die Folgekosten. Wir alle wissen, daß das das eigentliche Problem ist, und da sind wir wahrscheinlich in der Grundansicht auch nicht auseinander, aber ich persönlich bin doch der Meinung, daß man, bevor man ein so großes Gesamtbauvorhaben durchziehen will, zumindest in etwa eine Ahnung haben muß, nicht, wie hoch die Folgekosten über den Daumen gepeilt sind, das wissen wir, sondern etwas nähere Berechnungen in dem Zusammenhang und, was viel wichtiger ist: auch die Zahler dieser Kosten ein bißchen genauer unter die Lupe zu nehmen. Und da müssen wir sagen, das können nicht wir allein sein. Und ich möchte nur eine einzige Ziffer nennen in diesem Zusammenhang. Herr Dekan – und ich habe Ihnen das schon damals auch gesagt –, das sind unsere steirischen Kliniken, überhaupt keine Frage. Aber wir hätten nur auch von der Bundesseite her, ich sage nicht die gleiche gute Behandlung, wie die Wiener sie haben, das wäre schon zuviel verlangt in Österreich, aber so in die Richtung ein bißchen mehr, denn das, so wie sich das heute abzeichne, für die nächsten Jahre, können wir, wenn wir ehrlich sind, nicht bezahlen, was hier an Folgekosten anfällt, wenn es nicht gelingt, ich wiederhole es, a) andere Zahler, b) vor allem den Bund zu gewinnen, hier auch einen größeren Beitrag zu leisten.

Und ich habe früher gesagt, ich nenne nur eine Zahl: klinischer Mehraufwand Innsbruck, ich habe die Zahlen vom Jahr 1992, 711 Millionen, Graz 723 Millionen, und Wien, wie könnte es anders sein, 2 Milliarden und 43 Millionen. Und bitte zu Innsbruck sage ich, die haben 1600 Betten, die Grazer haben aber fast gleich viel Betten wie die Wiener, der Unterschied ist in etwa 100 Betten. Und da, meine verehrten Damen und Herren – und ich weiß, das ist Geschichte, daß es dieses AKH gibt, wir können das nicht mehr ändern –, aber es kann ja nicht für die nächsten 20, 30 Jahre so sein, daß die Steirer einfach durch die Finger schauen, nur weil es in Wien das AKH gibt.

Ich möchte ein Vorletztes noch anfügen, meine verehrten Damen und Herren. Neben den vielen Gesprächen, die wir geführt haben auf der politischen Ebene, mit den Vertretern der Kliniken und auch der landschaftlichen Spitäler, habe ich den Eindruck noch einmal, daß wir alle das gemeinsame Ziel haben, daß wir uns aber über die Wege uns in den nächsten Monaten im Detail noch klar werden müssen, welche zu beschreiten sind. Und für mich war schon imponierend, daß mir viele – und ich sage das bewußt dazu –, nicht in der Runde, aber wenn wir zu zweit oder zu dritt waren, Professoren, aber auch viele Primari aus den landschaftlichen Spitalern gesagt haben, sie würden durchaus – ich umschreibe das einmal neutral – Einsparungsmöglichkeiten sehen, ich sage einmal Effizienzsteigerungsmöglichkeiten sehen, und ich glaube, diesem Potential soll man auch nachgehen, und das muß man nützen.

Ein letztes Wort, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil Kollege Schmid das angesprochen hat. Wir werden da bei der Budgetdebatte über den momentanen Stand der Dinge und der Verhandlung nicht hinauskommen, denn das hat das Ritual solcher Veranstaltungen mit sich, daß man hier zwar versucht, einige Dinge in die Öffentlichkeit zu übersetzen, aber daß sich hier im wesentlichen nichts ändern kann, was

man nicht vorher schon abgesprochen und sozusagen beschlußreif gemacht hat. Ich meine aber auch, daß das, was Kollege Schmid angesprochen hat, wir die nächsten Monate nützen sollen unter Einbeziehung des Herrn Finanzreferenten zu schauen, wie wir diesen Beschluß optimal umsetzen können und wie wir eine langfristige finanzielle Sicherung der Spitäler der Steiermark absegnen können und daß wir zu einer Entscheidung finden, die wir gemeinsam schlußendlich auch verantworten können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.55 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Ressel. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Ressel (16.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt den Ausführungen des Kollegen Landesrat Dr. Hirschmann sehr aufmerksam mein Ohr geliehen. Und ich würde sagen, ja, es ist sehr vieles richtig von dem, und ich stimme Ihnen in weiten Passagen zu. Persönlich hätte ich mir halt gewünscht, daß die gleiche Rede vor den Auseinandersetzungen geführt worden wäre, denn selbst wenn man Ihrer gesamten Argumentationskette folgt, findet man eigentlich keinen Grund, warum wir in dieser, so entscheidenden, Frage zu einem Budgetprovisorium gekommen sind, denn ich darf ja noch einmal daran erinnern, der Betrag, den ich ursprünglich im Oktober beziehungsweise am 5. November für die steirischen Spitäler vorgesehen habe, ist der Betrag, der jetzt drinnen ist, also offenbar kein Grund für ein Provisorium. Und ich darf noch einmal sagen, daß die Bemühungen der Steiermark gerade in letzter Zeit, aufbauend auf dem, was also lange vorbereitet war im Hinblick auf eine höhere Beteiligung des Bundes im Bereich der Investitionen, sehr erfolgreich waren. Wir haben immerhin über Jahrzehnte einen Anteil von 40 Prozent gehabt, und es liegt ein unterschrittsreifes Werk vor, wo der Bund sich an Investitionen in Klinikbereichen mit 50 Prozent beteiligen wird, und wir sind bei dem klinischen Mehraufwand in Verhandlungen, die quasi auch in der Endrunde sind und die bedeuten, daß der klinische Mehraufwand in Form einer Verordnung geregelt wird, die letzten Endes dazu führen soll, daß zumindest auch im Bereich des klinischen Mehraufwandes eine deutliche Annäherung der drei Klinikstandorte vorliegt.

Ich habe des weiteren berichtet, daß am 12. Dezember 1993 der steirische Vertreter im KRAZAF angemeldet hat, daß für die Steiermark eine Verlängerung des KRAZAF unter den derzeit geltenden Umständen über den 31. Dezember 1994 hinaus nicht in Frage kommt, weil auf Grund der letzten Krankenanstalten-novelle es zu erheblichen Mehrbelastungen für die Bundesländer und damit auch für die Steiermark gekommen ist. Der steirische Vertreter hat dort in unserem Auftrag eine Mehrforderung von 150 Millionen angemeldet, und wir haben Berechnungen angestellt, die zeigen, daß im Moment ein allfälliges Modell, das sich das „Salzburger Modell“ nennt, bei Kündigung des KRAZAF unter Umständen erhebliche finanzielle Besserstellungen für die Steiermark ergeben würden. Also fassen wir auch diese Möglichkeit ins Auge!

Ich darf aber die geschätzte Versammlung darauf aufmerksam machen, daß all diese Verhandlungen im Konsens mit den übrigen Bundesländern und mit dem Bund zu führen sind. Und es kann und darf nicht der Anschein entstehen, als ob die perzentuelle Beteiligung der Steiermark an den KRAZAF-Mitteln schlechter wäre als beispielsweise der Anteil Tirols oder der Anteil Vorarlbergs oder der Anteil der übrigen Bundesländer.

Was richtig ist, ist, daß das Bundesland Wien einen überproportionalen Anteil an den KRAZAF-Mitteln hat, und zwar einen Anteil, der deutlich über den Bevölkerungsanteil des Bundeslandes Wien hinausgeht, das wissen wir. Wir wissen aber auch, daß Verträge, so sie einmal unterschrieben sind, für die Dauer der Gültigkeit eben einzuhalten sind.

Was ich also glaube, ist, daß die Vorlage von seiten der KAGES an und für sich durchaus ernst zu nehmen war, denn ich darf noch einmal erinnern, die Kostensteigerung in der Vergangenheit im Bereich der Zuschüsse des Landes im Bereich der steirischen Krankenhäuser ist pro Jahr bei 14,6 Prozent gelegen. Mehrjähriger Durchschnitt 14,6! Und daher ist mir eine zukünftige Steigerung von 9,8 Prozent zwar durchaus nicht als ideal erschienen, aber nahezu einmal eine Verbesserung von 5 Prozent, und ich war nicht der Meinung, daß die 9,8 Prozent sozusagen das Endstadium sind, weil so, wie man jetzt Gespräche führt, hätte man ja auch dort noch Gespräche führen können.

Der entscheidende Punkt aber war, daß diese Gespräche ja nicht geführt wurden. Weder vor dem 5. November mit mir noch nach dem 5. November. Und es war halt eine Spezialität dieses Rationalisierungs-Ausschusses, daß man in den Budgetfragen mit dem Finanzreferenten irgendwann zwischen den Referenten auch mit dem Finanzreferenten die Fragen der Finanzen des steirischen Bundeslandes behandelt hat. Was ich also glaube, ist, daß es relativ einfach sein sollte, eine Lösung zu finden, Wege sind aufgezeigt worden, nur wird es nur dann möglich sein, eine Lösung zu finden, wenn halt Dogmen beiseite geschafft werden. Und ich glaube, was wir machen müssen, ist ja, um diese zusätzlichen Belastungen, die heutigen Investitionen bestehen, diese Nebenkosten im Ausmaß von 12 Prozent, um die zu minimieren, werden wir halt jedes einzelne Projekt in den Krankenhäusern mit einem betriebswirtschaftlichen System ausstatten müssen. Und wenn ich mir die EDV-Projekte, die dort geplant sind, ansehe, dann sieht man ja dort, daß dieser Weg eingeschlagen wird.

Es hat ja niemand in der ganzen Debatte behauptet, daß wir in den Krankenhäusern – also zumindest nicht von unserer Seite – nicht sparen können. Und es ist ja nie über das Sparen geredet worden, sondern es ist um Hausecken gegangen, es ist um Hausecken gegangen! Das ist ja das Problem. Und daher glaube ich, wenn diese Gesprächsbereitschaft signalisiert wird, dann werden wir sie sicher aufgreifen und dann werden wir einen Weg finden. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist gut!“) Ja, wenn es gut ist, dann höre ich auf! (Allgemeiner Beifall. – 17.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist Herr Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (17.02 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es hätte niemand für möglich gehalten, nach den letzten Wochen und auch nach den letzten zwei Tagen, daß es doch gelingen kann, in diesem Land wieder einen Hauch der Gemeinsamkeit einziehen zu lassen. Und ich darf Ihnen sagen, daß ich von der Eröffnung dieser Debatte und dann schlußendlich von den Antworten darauf sehr erleichtert bin, wenngleich nicht endgültig befriedigt. Aber wir haben einen Anfang geschafft. Vor allem aber haben wir einen neuen Anfang begonnen, einen Anlauf zu einem Ziel, das wir eigentlich schon im November des vorigen Jahres verfolgt haben, nämlich klarzustellen, wie es in diesem Bereich sinnvoll und gemeinsam weitergehen kann.

Und ich meine, meine Damen und Herren, daß wir – und da bin ich nicht ganz der Meinung des Herrn Finanzreferenten – auch dieses Lernprozesses alle bedurft haben in den vergangenen Monaten, daß wir diesen neuen Anfang jetzt beginnen können. Und weil ich nicht ganz sicher bin, daß die wirkliche Tragweite und auch die Randbedingungen dieses positiven Vorstoßes gemeinsam jetzt schaffen, zu schaffen versuchen, endgültig auch realisiert worden sind. Erlauben Sie mir, daß ich dieses Angebot und diese Randbedingungen neuerlich wiederhole und erneuere.

Denn wovon sind wir denn schon im November gemeinsam ausgegangen? Das, was Herr Landesrat Dr. Hirschmann gesagt hat, nämlich einmal festzustellen, auch gemeinsam, was wir künftig uns an Ziffern und an Zahlen und an Zuschüssen leisten können, das war der Punkt eins.

Und der Punkt zwei, auch gemeinsam festzustellen, was wir unbedingt unter Sicherstellung einer ordentlichen positiven Versorgung aufreiben müssen. Das waren die beiden Randbedingungen.

Es war nicht ganz leicht, es war schwierig, es hat viele Mißverständnisse gegeben, wenig Zahlen, was auch immer. Jedenfalls haben wir uns langsam, aber zielsicher auf Randbedingungen zugetastet und haben klargestellt, daß das, was wir schaffen können, das, was wir uns leisten können, jene ominösen 5,8 Prozent sind, die wir auch nicht erfunden haben, sondern wo wir uns schrittweise hingetastet haben zu einem Ergebnis, wo wir gehofft haben und wissen in der Zwischenzeit, daß es machbar ist. Es ist uns aber auch allerdings klar, daß diese Machbarkeit ungeheuer schwer ist und zwei Dinge voraussetzt: erstens gemeinsames Wollen aller Beteiligten und zweitens das Vorantreiben jener Schwerpunkte der Versorgung der Steiermark, die wir für unsere Landsleute brauchen. Und in dieser ganzen Geschichte gibt es noch sehr viele offene Fragen mit großem Fragezeichen. Eines hat zum Beispiel der Herr Finanzreferent soeben angedeutet, und es weiß kein Mensch, wie die Geschichte mit dem KRAZAF weitergeht, und es gibt auch Modelle, von denen wir uns eine Erleichterung erhoffen könnten. Ich sage „könnten“, das sage ich ein bißchen vorsichtiger als er „könnten“.

Und es gibt, das hat mich gefreut, heute im „Standard“ zu lesen, doch noch die Hoffnung, daß verschiedene Reformprojekte unter anderem auch die Veränderung der Verrechnung noch nicht weg sind,

sondern wieder am Tisch sind. Ich hoffe, daß diese optimistische Formulierung, die es heute im „Standard“ gegeben hat, nicht zu optimistisch ist. Ich bin immer skeptisch, aber es ist uns klar, daß ja ohnehin alle dieselben Probleme sehen und auch wissen, daß wir endlich zu einem System kommen müssen, das es mit sich bringt, daß die Patienten in kürzester Zeit, die wir wirklich für die Gesundung brauchen, unsere Spitäler frequentieren, was sich natürlich auch auf die Größenordnung der Betten auswirken muß. Und wir haben ja nach unseren Gesprächen, in einer Serie von Gesprächen, auch mit Spitzenleuten auf den Kliniken das Gefühl gehabt und bekommen, in dem Augenblick, wo wir dieses unbekannte Verrechnungssystem verändern, wird sich auch in den Größenordnungen etwas verändern. Diese Unbekannten sind da, und es kann natürlich viele Unbekannte geben, die sich zum negativen auswirken, aber auch viele, die sich positiv auswirken und die gesamten Großkonzeptionen in ein anderes Licht ziehen lassen.

Daher die zweite Randbedingung, daß wir es schaffen, ist, daß alle zusammenarbeiten. Erste Randbedingung, alle müssen wollen, zweite Randbedingung, alle müssen zusammenarbeiten. Und unter diesem Aspekt ist dieser Vorstoß des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schmid, für den ich dankbar bin, der besprochen war mit allen, zu sehen, daß wir den gordischen Knoten, der sich aufgebaut hat in den letzten Monaten in dieser Frage, durchschlagen, und er hat ja schon angedeutet, und ich wiederhole es, weil ich es wirklich so empfinde, gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein besonders großer Sprung über den Schatten für meine Freunde in der Fraktion, aber wir machen ihn, damit wir diesen gordischen Knoten zerschlagen und versuchen, eine Gemeinsamkeit zustande zu bringen, unter der Randbedingung, die wir gemeinsam in der Zwischenzeit – nicht ganz gemeinsam –, aber in der Zwischenzeit erarbeitet haben, die wir beschlußmäßig abgesichert haben, die der Landtag fixiert hat und die wir gemeinsam umsetzen werden, die schwer umzusetzen sein wird, aber wo wir unsere volle Hilfe, die wir leisten können in dieser Umsetzung, anbieten! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (17.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist sicher erfreulich, daß man eine so schwierige Frage, die monatelang sehr emotional – ich würde sagen, nicht nur monatelang, sondern viel länger – hier die Landespolitik mitgeprägt hat, heute möglichst emotionslos behandelt werden kann. Das ist ein gutes Zeichen. Ich bin auch mit dem Landesrat Dipl.-Ing. Schmid einer Meinung, wenn er sagt, es geht nicht um das Ob. Ich bin sogar der Auffassung, es geht auch nicht um das Wie. Auch das wissen wir gemeinsam. Aber es geht um das Wann. Das ist das Entscheidende, das war auch in den vergangenen Monaten das Entscheidende, denn was man in Wirklichkeit will, ist seit langem diskutiert mit Fachleuten, mit Unterlagen, in den Regionalkrankenhäusern weiß man, bis auf

wenige Ausnahmen, wo es vielleicht unterschiedliche Auffassungen gibt, wie man bauliche Maßnahmen verwirklichen soll, weiß man, was man will. Nur, ich sage noch einmal, entscheidend ist auch dafür dieses Angebot, das heute hier gemacht wird und das durchaus zu begrüßen ist, ob wir die Frage nach dem Wann konkretisieren können. Denn, wenn wir das nicht können, dann gehen wir wieder so auseinander, vielleicht um eine Spur freundlicher, vielleicht um mehrere Spuren freundlicher, wir als im November anlässlich des Budgets oder der Verhandlung – und der Herr Landesrat Ing. Ressel hat es ja gesagt – auseinandergegangen sind. Also daher sollten wir uns selbst hier die Latte schon so hoch legen, wenn wir so miteinander reden, in einem besseren Geist, daß wir auch diese Frage heute und hier versuchen zu beantworten, soweit das möglich ist und soweit es die Rahmenbedingungen erfordern. Und der Herr Kollege Mag. Rader hat früher also von Randbedingungen geredet, und ich würde sagen, das ist die dritte Randbedingung, sonst werden wir versuchen, den gordischen Knoten zu durchschlagen, nur kommen wir darauf, daß es hinter dem ersten gordischen Knoten noch ein paar gibt, die viel gewaltiger sind und die wir nicht zerschlagen können, und daß jene Hoffnungen, die jetzt da geweckt werden, Enttäuschungen, die dann nicht zu dem Ziel führen, das wir gemeinsam wollen.

Auch das ist unbestritten. Aber ich habe etwas anderes in Erinnerung, und ich will jetzt keine materiellen Vergleiche machen, weil sonst wird mir gleich wieder etwas unterstellt. Aber es war eindrucksvoll, als gestern bei der Diskussion, na, sollen wir uns der Frage „Bewerbung Olympiade“ nähern, ja oder nein, so überzeugend gesagt worden ist, wo ein Wille, da ein Weg, und da hat man nicht gesagt, wann und auch nicht so sehr das Wie, sondern da ist immer in den Mittelpunkt gestellt worden. Ja, wenn wir den Willen haben, dann ist der Weg auch beschreibbar. Ja, bitte, jetzt sagen wir alle, wir haben diesen Willen, diese großen Probleme der Verbesserung des gesundheitlichen Standards im Interesse der steirischen Bevölkerung gemeinsam zu lösen. Dann müssen wir zumindest die Wege auch heute schon andeuten, das heißt, wir müssen den ersten Schritt auf dem richtigen Weg tun.

Und daher sage ich wirklich und bin überzeugt, daß es auch die Meinung meines Klubs ist, dann muß man schon dazu einige Fragen stellen, sehr konkret, aber auch bitten darum, daß sie heute als Ansatz dieses Weges auch beantwortet werden. Nämlich es ist ja nicht nur um den Prozentsatz gegangen, wenn man keine Zeit verlieren möchte und die Frage des Wann rasch zu klären ist. Da ist es darum gegangen, wird es eine Kreditermächtigung geben, damit jene Maßnahmen, die sofort zu beginnen wären, die sozusagen die Voraussetzung sind, daß das ganze Programm und die Zeitabläufe dann auch einigermaßen realistisch verwirklicht werden können, gibt es, oder wird es diese Kreditermächtigung geben, wird die Frage der Abfertigungsrücklage zu klären sein, ja oder nein. Also da muß man zu diesem Angebot, das da ist, halt diese zwei Dinge einmal dazusagen. Und dann, sind wir alle überzeugt, werden wir mit mehr Optimismus als bisher diesen gemeinsamen Weg oder diese

gemeinsamen Wege beschreiten können. Ansonsten sind wir dort – ich sage es noch einmal – mit Zeitverzögerung, wo wir im November waren. Ich bitte also daher, diese Fragen, zumindest soweit das heute und hier möglich ist, auch zu beantworten! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Die Landtagssitzung wird für 20 Minuten unterbrochen. Fortsetzung um 17.35 Uhr. (Unterbrechung der Landtagssitzung von 17.15 bis 21.02 Uhr.)

Präsident Mag. Rader (21.02 Uhr): Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf.

Die Beratungen in der Zwischenzeit haben folgendes Ergebnis gebracht:

Die drei im Landtag und in der Landesregierung vertretenen Parteien kommen überein, Verhandlungen im Sinne des Kooperationsangebotes über den gesamten Komplex der Landesspitäler, insbesondere auch deren Finanzierung, aufzunehmen und diese bis zum 1. Juli 1994 abzuschließen. Es gilt als vereinbart, eine gemeinsame Lösung erzielen zu wollen.

Wir setzen jetzt die Budgetdebatte fort.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

Abg. Dörflinger (21.03 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich gehöre ja noch nicht so lange dem Landtag an, und gestatten Sie mir vielleicht vorweg eine persönliche Bemerkung. Wenn ich mir die sechs Zeilen anschau, die zustande gekommen sind, werden sich eigentlich manche fragen, was hat da eigentlich so lange gedauert. Und vielleicht sollte man mehr als die sechs Zeilen sehen, nämlich das Bekenntnis, das Problem der Spitäler gemeinsam anzugehen, das Bekenntnis auf der Basis der Position jedes einzelnen, die Probleme, die es in den Spitälern gibt, zu akzeptieren, und nicht nur die Probleme zu akzeptieren, sondern auch versuchen, sie zu lösen. Ich glaube, daß mit dieser gemeinsamen Erklärung ein erster Schritt gemacht wurde. Ein erster Schritt, der sehr, sehr wichtig war. Ich glaube aber auch, daß wir uns nicht der Illusion hingeben sollten, daß mit dieser Erklärung die unterschiedlichen Positionen, die es gibt, aufgehoben sind, daß die unterschiedlichen Positionen, die da sind, damit vom Tisch gewischt sind. Aber in der Demokratie und in einer funktionierenden Demokratie ist es notwendig, daß man die unterschiedlichen Positionen des anderen akzeptiert auf der einen Seite, seine eigenen Positionen dabei aber nicht verrät und dann auf den Weg geht, um einen Kompromiß zu suchen. Und der Kompromiß – und ich glaube, das ist auch ein Teil dieser sechs Zeilen, die wir hier zustande gebracht haben – kann nur unter einem Pritext gesehen werden, der da insgesamt heißt, daß wir uns zu den Spitälern bekennen, daß wir uns zu der Notwendigkeit bekennen, die Gesundheitsversorgung in der Steiermark sicherzustellen, und daß wir uns bemühen werden, uns in einem Raum zusammenzusetzen. Und ich möchte da einen kleinen Vergleich herbeiführen. So lange zusammenzusitzen, bis der weiße Rauch aufsteigt. Ich hoffe, daß der weiße Rauch

aufsteigen wird, im Interesse derer, die in den Spitälern arbeiten, und im Interesse derer, die in die Spitäler kommen, auch wenn ich es niemandem wünsche, daß er hinein muß. Im Sinne auch dieses gefundenen Kompromisses, meine Damen und Herren, verzichtet meine Fraktion darauf, eine Vielzahl von geplanten Anträgen zu diesem Budgetkapitel einzubringen. Diese Vielzahl der Anträge hätte beinhaltet, jedes einzelne Spital in der Steiermark, die Maßnahmen, die in diesem Spital aus unserer Sicht und ich glaube aus der Sicht der Bevölkerung und der Betroffenen notwendig sind. Sondern wir beschränken uns darauf, einen Beschlusantrag vorzubringen, der die Position der Sozialdemokratie in der Steiermark zu den Spitälern definieren soll und der sozusagen unsere Ausgangsposition für diese gemeinsamen Verhandlungen darstellt.

Die Begründung: Die steirischen Landeskrankenhäuser und damit die steirische Gesundheitspolitik stehen im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen, die vereinzelt mit fadenscheinigen Argumenten und fragwürdigen Aussagen geführt werden. Insbesondere läßt die mit Mehrheit im Landtag gefaßte Begrenzung der Spitalzuschüsse ab 1995 mit einem jährlichen Zuwachs von 5,8 Prozent zahlreiche Kritiken aufkommen. Umsomehr ist es im Zuge eines Schritthaltes mit der medizinischen Entwicklung anderer Bundesländer und im Zusammenhang mit einem zu erwartenden Zurückbleiben der Steiermark auf diesem Gebiet notwendig, verschiedene Eckpunkte der Weiterentwicklung der steirischen Gesundheitspolitik zu fixieren. Das zur Begründung.

Wir stellen den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: sich zum Plan „LKH 2000“ für die Sanierung und den Ausbau der Grazer Universitätskliniken, wie er von ihr am 6. Juli 1990 sowie von allen Organen der KAGES beschlossen und im Grundsatzvertrag unterschrieben (Bundeskanzler Vranitzky, Vizekanzler Busek, Landeshauptmann Dr. Krainer, Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner) sowie im Detailvertragsentwurf zwischen Bund und Land endausverhandelt und fixiert wurde, und das Projekt dem Umfang nach sowie in dem vorgesehenen Zeitraum außer Streit zu stellen; zweitens: im selben Zeitraum für einen zeit- und standardgemäßen Ausbau der Regionalspitäler zu sorgen, wobei von einer Standortgarantie für die einzelnen bestehenden Häuser auszugehen ist; das medizinische Angebot der jeweiligen Entwicklung anzupassen sowie als Horizont für den Endausbau einen Zeitrahmen von zehn Jahren ab 1994 vorzusehen; drittens: Gespräch über eine Sonderfinanzierung für die Spitäler entsprechend den Parteienverhandlungen aufzunehmen; viertens: über allfällige zusätzliche Einnahmequellen sowie eine verstärkte Heranziehung des Bundes (Finanzausgleich, KRAZAF, Folgekosten, klinischer Mehraufwand, leistungsorientierte Spitalsfinanzierung und so weiter) Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, eine Verbesserung der Situation des Landes Steiermark in der Spitalsfinanzierung sicherzustellen; fünftens: dafür zu sorgen, daß das Land die Garantie für die Abfertigungsrückstellungen, jedoch ohne diese an eine Rückführung des Personals zur KAGES zu binden, übernimmt; sechstens: dafür zu sorgen, daß die

KAGES eine Kreditermächtigung erhält, wobei das Land Steiermark im Hinblick auf die Tatsache, daß die KAGES ein im Alleineigentum des Landes Steiermark stehender Zuschußbetrieb ist, die Haftung für die aufgenommenen Kredite übernimmt; siebentens: nach Vorliegen des Szenarios „Auswirkungen der 5,8prozentigen Erhöhung“ durch den Vorstand den genannten Prozentsatz zu überdenken. Dabei ist davon auszugehen, daß jedenfalls zum jeweiligen Verbraucherpreisindex der spezifische Spitalskostenindex sowie zuzüglich ein bestimmter Index für Aufholinvestitionen zu berücksichtigen sind.

Das wäre die Position, mit der wir in diese Verhandlungen gehen. Ich hoffe, daß der Geist, mit dem wir die Verhandlungen in den letzten Stunden geführt haben, auch dazu führt, daß wir ein im Interesse der Spitäler positives Ergebnis erzielen werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Eingebracht wurde der soeben verlesene Beschlusantrag der SPÖ, der auch unterzeichnet und übergeben worden ist.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens: über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Trampusch, Kaufmann Monika, Gross und Herrmann, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 5. Zweitens: über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5. Drittens: über den soeben verlesenen Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Krankenanstaltengesellschaft.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Trampusch, Kaufmann Monika, Gross und Herrmann, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Krankenanstaltengesellschaft, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (21.12 Uhr): Herr Präsident!

Die Gruppe 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Straßenbau: Bundesstraßen, Landesstraßen (Straßen- und Brückenbau), Bundes- und Landesstraßen, gemeinsame Kosten; Allgemeiner Wasserbau: Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Ab-

wasserbeseitigung, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds; Schutzwasserbau: Bundesflüsse, Konkurrenzgewässer, Wildbachverbauung, Lawinenschutzbauten, Bauhöfe; Straßenverkehr: Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Schienenverkehr: Eisenbahnen.

Unter Berücksichtigung der dem Budgetentwurf beigelegten Abänderungsanträge (Beilagen A und B) ergeben sich in der Gruppe 6 folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 1.335,646.000 Schilling, Einnahmen: 53,433.000 Schilling.

Aus Anlaß der Beratungen am 12. April 1994 wurde zu dieser Gruppe folgender Minderheitsantrag gestellt:

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Trampusch und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 6.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 6 folgendermaßen abgeändert: Schaffung des Ansatzes „Anteiliger Zuschuß“ mit 40 Millionen Schilling; Änderung des Ansatzes „Entgelte für Leistungen von Einzelpersonen“, Erhöhung um 3,5 Millionen Schilling auf 33 Millionen Schilling; „Drittleistungen für Straßen- und Brückenbauten der Landesstraßen- und Brückenbauverwaltung“, Erhöhung um 2,5 Millionen Schilling auf 74,290.000 Schilling; „Beitragsleistungen im Interesse der Straßen- und Brückenbauverwaltung“, Erhöhung um 2,5 Millionen Schilling auf 12 Millionen Schilling; „Grundstückseinlösungen für Straßen- und Brückenbauten“, Erhöhung um 3,5 Millionen Schilling auf 45 Millionen Schilling; „Straßenneu- und -ausbau, Vergebung an Dritte“, Erhöhung um 2 Millionen Schilling auf 160 Millionen Schilling; „Brückenneu- und -ausbau, Vergebung an Dritte“, Erhöhung um 6,5 Millionen Schilling auf 49 Millionen Schilling; „Instandsetzungen für Straßen und Brücken“, Erhöhung um 6,5 Millionen Schilling auf 39,5 Millionen Schilling; Beiträge für die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen“, Erhöhung um 500.000 Schilling auf 1,162.000 Schilling; „Beiträge zu Hochwasserschutzmaßnahmen“, Erhöhung um 3,960.000 Schilling auf 65 Millionen Schilling; „Beiträge zu staatlichen Wildbachverbauungen“, Erhöhung um 1,705.000 Schilling auf 28,420.000 Schilling; „Beiträge zu Lawinenschutzbauten“, Erhöhung um 90.000 Schilling auf 1,5 Millionen Schilling; daher Erhöhung des Ansatzes „Aufnahme von Darlehen“ um 73,255.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 6.

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Wenn kein Einwand erhoben wird, dann wird – das hat die Präsidialkonferenz so besprochen – die Spezialdebatte traditionell in den Teil Wasserbau sowie Straßenbau und Verkehr geteilt. Einen derartigen Einwand sehe ich nicht.

Wir beginnen daher mit dem Wasserbau. Ich darf vorweg sagen, zur Beruhigung der Damen und Herren und auch der Zuschauer und der Presse, daß sich die Herren Klubobmänner darauf geeinigt haben, nach Möglichkeit pro Gruppe nur einen Redner zu nominieren, was die Sitzung jetzt beschleunigen wird. Wir

werden hoffentlich die drei Stunden wieder einbringen, die wir jetzt verhandelt haben. Es beginnt zum Wasserbau der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Ich ziehe zurück.

Präsident Mag. Rader. Ziehe zurück hat einen Applaus damit verdient.

Nächster der Herr Abgeordnete Herrmann.

Abg. Herrmann (21.16 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Beim Wasserbau komme ich zuerst zur Wasserversorgung. Es steht außer Zweifel, daß das Wasser das wichtigste Nahrungsmittel ist. In Zukunft wird dieses Nahrungsmittel noch rar werden, und wir werden noch viel Geld zur Sicherung der Wasserversorgung ausgeben müssen. Die Gemeinden versuchen, vorhandene Quellen zu sichern und für die Nutzung zu fassen. Große Probleme haben wir aber mit den Kosten der Quellen. Der eine verlangt nur den kostenlosen Anschluß und Wasserbezug, andere verlangen aber eine Million Schilling pro Sekundeliter. Man kann sich daher vorstellen, daß im zweiten Fall der Wasserbezug sehr teuer wird. Wir werden uns überlegen müssen, ob man mit einem überlebenswichtigen Gut auf den freien Markt gehen kann. Ich könnte mir vorstellen, daß ein Sachverständiger die Quellen schätzt oder daß überhaupt landesweit ein Quellenpreis anhand der Schüttung festgelegt wird.

Es wird aber noch wichtiger werden, das vorhandene Wasser sparsamst zu nutzen. Zwei Wasserkreise im Haus, einer für Brauchwasser und einer für Trinkwasser, müßten bei der Wohnbauförderung zwingend vorgeschrieben werden. Ob man das Brauchwasser durch Auffangen des Regenwassers oder durch eine Rückführung des Klärwassers aufbringt, ist zu überlegen. Wir müssen die Nutzung des Brauchwassers darum in Erwägung ziehen, da wir nicht alle Quellen ausbeuten können und die Gerinne und Biotope, welche für unsere Umwelt lebenswichtig sind, dadurch zum Versiegen bringen.

Aus den vorgedachten Gründen können wir daher beim Ansatz 5/620, „Förderung der Wasserversorgung“ einer Kürzung um 8,6 Millionen Schilling nicht zustimmen.

Zur Wasserversorgung und Wassersicherung gehört auch die Abwasserentsorgung. Viele Gemeinden sind schon entsorgt, aber es gibt noch große Gebiete, die noch keine Abwasserentsorgung haben. Es gibt nun Gemeinden, die fortschrittlich sind und den Kanal verwirklichen wollen, und andere Gemeinden, wo die Verantwortlichen der Gemeinde auf die nächste Gemeinderatswahl schießen und mit dem Beginn des Baues des Abwasserkanals erst nach der Wahl beginnen möchten. Meiner Meinung nach ist die Angst, wegen des Beginns des Kanalbaues bei der Gemeinderatswahl zu verlieren, unbegründet. Im Gegenteil, sollte noch ein Jahr gewartet werden und sich dadurch der Kanalbau verteuern, müssen die Verantwortlichen wohl eher mit einer Abwahl rechnen.

Bei vielen Gemeinden ist eine gemeinsame Abwasserentsorgungsanlage auf Grund der geographischen Lage vorzuschreiben. Eine Gemeinde hat nun ein fertiges Projekt bei der Wasserrechtsbehörde zur Genehmigung vorliegen, kann aber nicht verhandeln, weil die Partnergemeinde, in der die Abwasserreinigungsanlage liegt und die auch einen Orts- teil zu entsorgen hat, den gemeinsamen Entsorgungs- vertrag nicht unterzeichnet. Warum sollen auch die Bürger jener Gemeinde, die bauwillig ist, auch eine unverschuldete Verteuerung hinnehmen? Herr Landesrat, in so einem Fall muß die Behörde ein- schreiten und den säumigen Partner veranlassen, den Vertrag zu unterzeichnen, denn die Handhabe hätten Sie dafür, da das Einleiten von ungeklärten Abwässern in Flüsse verboten ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, viele Gebiete haben noch keine Abwasserentsorgung, und es werden vermehrt öffentliche Mittel gebraucht. Wir können daher der Kürzung beim Ansatz 5/621, „Förderung der Abwasserentsorgung“ um 11,240 Mil- lionen nicht zustimmen.

Zum Schluß zum Schutzwasserbau. In meiner Kindheit habe ich in einem Haus gewohnt, das vom Hochwasser bedroht und auch überschwemmt wurde. Als Gemeindevertreter mußte ich miterleben, daß alle drei Katastralgemeinden Schäden durch Hochwasser erlitten haben. Nun, nach Regulierungen sieht man, welch Segen diese Maßnahmen waren.

Regulierung darf man heute nicht mehr sagen, da damit harte Maßnahmen gemeint waren und heute andere Schutzmaßnahmen errichtet werden. Ich bin stolz, daß der Vordenker für naturnahe Wasserschutz- maßnahmen, Hofrat Saurer, aus unserem Bezirk kommt und bei uns zuerst seine Ideen verwirklicht hat. Auch ein Teil des Lafnitzer Tales, und daher meine Gemeinde, profitiert von diesen Ideen, indem durch einen Wasserverband ein großes Rückhaltebecken errichtet wird, die Ortschaften durch kleine Maß- nahmen zusätzlich geschützt werden und die Über- schwemmungsflächen im Freiland sukzessive abgelöst werden. Für diese Hilfe und für dieses Umdenken dan- ken euch die Umwelt und die Natur, aber auch wir Vertreter der Gemeinden danken Hofrat Saurer und seinen Mitarbeitern. Es wird aber nicht im Sinne der Wasserschutzbauer sein, daß im Ansatz 1/6311 „Hoch- wasserschutzmaßnahmen“ 3,9 Millionen Schilling gekürzt werden. Auch wir können dieser Kürzung nicht zustimmen, genausowenig den Kürzungen im Ansatz 1/6330 „Wildverbauungen“ um 1,7 Millionen.

Wir von der SPÖ danken allen, die hier hervor- ragende Arbeit im Sinne des Wasserbaues leisten. Dem Vorschlag in diesem Bereich können wir auf Grund meiner Ausführungen nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 21.21 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (21.22 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Abschnitt „Allgemeiner Wasserbau“ in der Gruppe 6 hat sicherlich gerade in den letzten Jahren an Aktualität zugenommen. Für mich als Kommunal- politiker und Obmann eines Wasserverbandes im

Bezirk Radkersburg ist die Wasserwirtschaft in der Steiermark von höchstem Interesse. Ich möchte meine Wortmeldung daher in drei Bereiche teilen, nämlich „Wasserversorgung“, „Abwasserbeseitigung“ und „Schutzwasserbau“ und hier im speziellen „Schutz- wasserbaumaßnahmen an der Mur“.

Der erste Bereich Wasserversorgung. Die beiden Dürresommer 1992 und 1993 haben uns allen vor Augen geführt, welche enormen Schäden in der Land- wirtschaft entstehen können, wie sensibel die Wasser- frage sein kann und wie emotionell die Wasserfrage diskutiert wurde. Der Rückgang des Grundwasser- spiegels in einigen Regionen unserer Heimat, und hier im besonderen im unteren Murtal, ist sicherlich von mehreren Faktoren beeinflusst, worauf ich aber nicht näher eingehen möchte, weil ja eben in der Gruppe 5 im Bereich Umweltschutz ohnehin darüber diskutiert wurde. Aber anmerken möchte ich, daß Landesrat Erich Pörtl mit seinen Beamten und zuständigen Mit- arbeitern sofort in dieser Frage umfangreiche Arbeiten in Auftrag gegeben hat, um Möglichkeiten zu schaffen, dieser Entwicklung längerfristig entgegen- zuwirken.

So wurde über die Fachabteilung IIIa in engster Zusammenarbeit mit Zivilingenieuren eine um- fassende wasserwirtschaftliche Untersuchung im unteren Murtal mit dem Arbeitstitel „Bewässerung Süd-Ost“ in die Wege geleitet. Diese Studie wurde übrigens in Eichfeld vom Herrn Landesrat vorgestellt. Kurz die Zielsetzungen: Priorität hat die Trinkwasser- versorgung, wie im Wasserrechtsgesetz verankert, zweitens die Bewässerung und hier Bewässerungs- möglichkeiten für die Landwirtschaft zu schaffen, nicht zur Ertragssteigerung, sondern zur Ertrags- sicherung. Hier sind die Verhandlungen im Gange. Und drittens: Maßnahmen zur Anreicherung des Grundwassers im unteren Murtal. Auf diesen dritten und letzten Punkt komme ich später noch zurück.

Ich möchte die einzelnen Bereiche kurz ansprechen. Die Trinkwasserversorgung, ein spezielles Thema aus dem Bezirk Radkersburg. Sie alle wissen, daß es in der Frage der Wasserversorgung und Wasser- entnahme zwischen dem Wasserverband Grenzland Südost und meinem Verband Wasserversorgung Bezirk Radkersburg jahrelang geführte Diskussionen und oft emotionell geführte Verhandlungen gegeben hat. Wir haben uns auf beiden Seiten geeinigt, eine tragbare und für die Zukunft sicherlich zielführende zivilrechtliche Vereinbarung zu schließen und gemeinsam in der Wasserversorgung vorzugehen. Man muß ja wissen, daß gerade die Leitungen des GSO quer durch den Bezirk Radkersburg gehen, quer durch unser Verbandsgebiet.

Ein Punkt wird die Mitbenutzung der bestehenden Leitungen sein. Also das heißt, der Wasserverband des Bezirkes wird die Leitungen des Verbandes Grenzland Südost benutzen. Ein weiterer die Errichtung von Uferfiltrat-Brunnen in den Murauen. Eine wichtige Maßnahme, weil das Schon- beziehungsweise Schutz- gebiet kein landwirtschaftlich genutztes Gebiet be- einträchtigt. Dieses Pilotprojekt zur Anreicherung des Grundwassers in den Murauen, welches ohnehin in die Mur ausfließt – und man höre: Es fließen derzeit 400 Sekundenliter in die Mur aus –, wird in den nächsten Monaten in Angriff genommen.

Der zweite Bereich, die Abwasserbeseitigung. In der Steiermark sind derzeit 223 kommunale Abwasserreinigungsanlagen in Betrieb, wofür die Errichtungskosten immerhin die enorme Summe von 4 Milliarden Schilling betragen. Gerade in den letzten Jahren haben ländliche Gemeinden vermehrt die Abwasserbeseitigung in Angriff genommen, obwohl enorme Geldbeträge der öffentlichen Hand, der Anschlußpflichtigen dafür aufzubringen sind. Durch die Richtlinien des Landes für die Abwasserentsorgung im ländlichen Raum, welche 1988 von der Landesregierung einstimmig beschlossen wurden, konnten sicherlich Baukosten eingespart werden. Die Neukonstruierung des Ökofonds (Präsident Mag. Rader: „Sie haben gesehen, wie schnell der von uns genug gehabt hat!“) und dessen Förderung sind im Abwasserbereich meiner Meinung nach sehr gut. Wir haben selbst begonnen mit der Abwasserbeseitigung, mit dem Bau der Abwasseranlagen, und es ist meine persönliche Meinung, daß hier doch diese neue Förderung einen Vorteil bringt für die dünner besiedelten ländlichen Gebiete. Die Errichtung von Pflanzenkläranlagen in dünner besiedelten Gebieten und die Wirksamkeit der Reinigung werden, obwohl einige Pilotanlagen über Initiative unseres Landesrates schon im Betrieb sind, noch immer intensiv diskutiert. Die Erkenntnisse dieser Pilotprojekte über Pflanzenkläranlagen wurden bereits veröffentlicht. Der Herr Landesrat hat heute dieses umfangreiche Werk zitiert. Der Erlaß der Rechtsabteilung 3 regelt auch die rechtliche Seite bis zu 50 Einwohnergleichwerten.

Aber gestatten Sie mir, in der vieldiskutierten Frage der Befreiung der Landwirtschaft von der Anschlußverpflichtung, auch im dicht verbauten ländlichen Gebiet, habe ich eine klare Meinung als Bürgermeister, nämlich daß dies sicherlich nicht möglich ist.

Man würde meiner Meinung nach in einer Gemeinde zwei Gruppen von Bürgern schaffen. Die Gemeinschaft und das Zusammenleben wären durch eine solche Maßnahme sicherlich gestört. Eine gezielte Abwasserreinigung ist sicherlich im Sinne der Umwelt und des Umweltschutzes.

Einen Punkt möchte ich noch anführen. Wasserbau, Schutzwasserbau, und hier speziell, wie ich vorhin gemeint habe, Maßnahmen im Murtal an der Mur. Im Zuge der Projekterstellung „Bewässerung Südost“ sind auch Untersuchungen und Berechnungen über den Zusammenschluß des Spielfelder Murkanals mit dem Mureck-Radkersburger durchgeführt worden. Durch bauliche Maßnahmen an der Mur soll die Ausleitung einer bestimmten Wassermenge in den Murkanal, in den Mühlbach zur Anreicherung und Anhebung des Grundwasserspiegels möglich gemacht werden. Und der Herr Landesrat hat es schon gesagt, die Mur hat sich seit 1938 1,80 Meter eingetieft, und diese Eintiefung ist auch ein Faktor für den Rückgang des Grundwasserspiegels im unteren Murtal. Noch eine weitere grundwassersichernde Maßnahme ist sicherlich der Einbau von Staustufen oder kleiner Laufkraftwerke zur Erzeugung von Strom aus Wasserkraft. Und hier eine Anmerkung als Mitglied der gemischten Arbeitsgruppe Krško. Gott sei Dank haben wir in Österreich kein Atomkraftwerk für die Erzeugung von Energie in Betrieb. Dafür haben wir in

80 Kilometer Entfernung das Werk Krško in Slowenien. Ein Unfall in diesem Werk würde für die Bevölkerung unseres Heimatlandes, und hier im besonderen auch für den Grenzbezirk – meines Bezirkes –, verheerende Folgen haben. Ich möchte als Abgeordneter des Grenzbezirkes Radkersburg an Bund und Land die Forderung richten, daß alles unternommen wird, daß das 80 Kilometer Luftlinie entfernte Krško stillgelegt werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Und wenn von Slowenien und Kroatien gefordert wird, bei einer eventuellen Abschaltung muß von Österreich, von der Steiermark der Energieausfall ausgeglichen werden, so könnte meiner Meinung nach ein Teil des erzeugten Stromes von diesen Laufkraftwerken in der Mur an Slowenien geliefert werden. Man hätte zwei Fliegen auf einen Streich, nämlich die Anhebung des Grundwasserspiegels und auch Erzeugung von Strom aus Wasserkraft, das natürlich das umweltschonendste ist. Es müßte rasch an diese Planung und an die Erstellung konkreter Projekte herangegangen werden und auch die Umsetzung von allen Seiten betrieben werden.

Und noch eine Anmerkung: Bei einem möglichen EU-Beitritt Österreichs müßte geprüft werden, ob eine Mitfinanzierung für ein solches Projekt aus Brüssel möglich wäre.

Ich komme nun zum Schluß, lieber Kollege Purr.

Wenn aus bekannten Einsparungsgründen auch im Abschnitt „Allgemeiner Wasserbau“ Abstriche gemacht wurden, bin ich trotzdem der Meinung, daß alles unternommen wurde, von unserem Landesrat, von den Beamten, die Mittel effizient einzusetzen. Und es wird für die Zukunft unsere gemeinsame Aufgabe sein, die Landesfinanzen längerfristig in Ordnung zu bringen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 21.35 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Zu einem kurzen Schlußwort hat sich der Herr Landesrat Pörtl gemeldet.

Landesrat Pörtl (21.35 Uhr): Einige Sätze, damit es nicht als Unhöflichkeit betrachtet wird, wenn Abgeordnete einige Fragen aufwerfen und ich nicht antworte. Bezüglich Druck auf vermehrte Abwasserentsorgung haben wir vor allem die Frage des Gewässerschutzes, sozusagen vor Ort, mitgetragen und forciert und haben in der Zielsetzung mit dem neuen Abwasserwirtschaftsgesetz die flächendeckende Abwasserentsorgung mit Förderung, vor allem mit neuen Methoden für den ländlichen Raum geschaffen. Zweite Frage, der passive Hochwasserschutz ist in der Steiermark, das möchte ich ganz offen sagen, sehr, sehr erfolgreich. (Ein Hund der Dalmatiner-Rasse läuft kurz in den Sitzungssaal, verläßt ihn jedoch sofort wieder). Der weiß, daß ich für den Tierschutz zuständig bin!

Ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß wir 46 Rückhalteanlagen haben und 31 in Planung beziehungsweise in Bau sind. Gerade der passive Hochwasserschutz, wie wir ihn zum Beispiel im Lafnitztal erleben, ist an und für sich die idealste Form, sogar mit Grundkauf, statt irgendwelchen Maßnahmen. Ich möchte noch dazusagen, die Finan-

zierung der Abwasserinvestitionen in der Steiermark ist trotz dieser ausgesprochenen Finanzierungsfrage gesichert.

Und zum Schluß möchte ich einen herzlichen Dank dem Abgeordneten Prutsch aussprechen. Er war Pate bei einem gewaltigen Konflikt von zwei Wasserverbänden. Ich glaube, wenn man solche Dinge löst – die passieren in aller Stille –, daß das der Anfang sein kann, um nicht die Wasserkriege für die nächsten Jahrzehnte im verstärkten Ausmaß in unserem Land zu haben. Herzlichen Dank all meinen Kollegen und Mitarbeitern auf dieser Abwasser- und Wasserfront. (Allgemeiner Beifall. – 21.36 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Wir kommen zum zweiten Teil der Grupp 6, Straßenbau und Verkehr.

Es referiert der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (21.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Zeit ist fortgeschritten, ich will also versuchen, mich relativ kurz zu halten, aber trotzdem glaube ich, daß wir, wenn wir auf dem Weg ins neue Europa sind, zu den Verkehrsfragen einige Bemerkungen, und wenn es auch rasch geht, hier machen sollen. Wir werden in diesem neuen Europa, aber vor allem in Österreich, ein Verkehrsnetz benötigen, das uns konkurrenzfähig macht, welches uns möglich macht, in der Zukunft die Belastung der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten. Es wird der Verkehr weiter zunehmen, und es ist daher wichtig, daß hier koordiniert und gemeinsam österreichweit, aber auch steiermarkweit vorgegangen wird. Wir haben im öffentlichen Verkehr, meine Damen und Herren, in der Steiermark mit Bundesminister Klima einen hervorragenden Partner, der, wie ich in der Folge dann beweisen werde, viel Geld auch in der Vergangenheit und Zukunft in der Steiermark einsetzt. Die Situation, wenn man die Enpirka-Studie anschaut, und viele von Ihnen werden sie gelesen haben, stellt uns im Verkehr zwar nur den 166. Platz aus und in Österreich die achte Stelle. Wir müssen aber hier vorankommen, und ich möchte einige wichtige Projekte, die wir in der Zukunft dringend benötigen, meine Damen und Herren, hier anführen. Wir werden nicht vorbeikommen, und ich habe dem Minister Klima erst vor wenigen Tagen wiederum erklärt und gesagt, wir haben nichts davon, wenn nach jedem halben Jahr der Anstich des Sondierstollens verschoben wird, die eisenbahnrechtlichen Verfahren sind ja am Montag eröffnet worden und werden abgewickelt, sondern wir wollen, und das muß ich auch heute hier verlangen, daß die Zusage eingehalten wird, daß vor dem Sommer noch dieser Sondierstollen angestochen wird. (Allgemeiner Beifall.) Denn ansonsten laufen wir Gefahr, daß dieses Projekt von den Gegnern noch zerredet wird und wir hier nicht weiterkommen. Die Adaptierung der weiteren Südbahnstrecke ist eine Selbstverständlichkeit, denn nur so hat der gesamte Ausbau der Südbahn einen Sinn.

Meine Damen und Herren, der Containerterminal – für uns ein wichtiges Projekt in der Steiermark –, wir sind am besten Weg, wie ich hoffe, daß wir mit den Bürgerinitiativen übereinkommen, daß sie gerecht behandelt werden, daß sie zu ihrem Recht kommen, aber vor allem, daß wir auch hier weiterkommen, ist wichtig.

Der Ausbau der Strecke Graz–Spielfeld–Straß ist ein wichtiger Anschluß an die Hochleistungsstrecke in Slowenien. Ich werde dazu noch kommen. Die Südostspange – und das soll heute auch gesagt werden – ist nicht ein Konkurrenzprojekt zum Semmeringtunnel, sondern das ist ein langfristiges Projekt, das wir in der Zukunft auch dringend benötigen werden, um den Anforderungen zu entsprechen. Und zur Unterstützung des Komitees für die Neue Bahn hat sich ja jetzt in Deutschlandsberg mit Genossen Klauser und Purr, ah, Kollegen Dr. Klauser – (Abg. Tasch: „Kollege Purr – Genosse Klauser!“) ist ja nichts Schlechtes „Genosse“ – oder? Heißt ja „Weggefährte“, also bitte!

Die Herren Kollegen Dr. Klauser und Purr haben jetzt ein Komitee gegründet, welches ebenfalls diese Initiative bestens unterstützt. Die Koralmbahn und der Koralmtunnel sind hier selbstverständlich inbegriffen. Was aber für uns wichtig ist: Die Hochleistungsstrecke von Koper, Triest, Laibach und Budapest. Hier ist die Frage, wie wird sie in Zukunft verlaufen? Werden wir den Anschluß schaffen, daß sie durch Österreich geht, oder werden wir umfahren werden. Es gibt Initiativen in Ungarn und in Slowenien, daß diese Strecke an Österreich vorbeigeführt werden soll. Ich glaube aber, auch hier müssen wir verlangen, daß der Bund dementsprechend reagiert und agiert, daß diese wichtige Verkehrsstrecke und Achse nicht an Österreich und an der Steiermark vorbeiführt.

Die Investitionen, meine Damen und Herren, allein 1992 und 1993 vom Bund in der Steiermark betragen rund 6 Milliarden Schilling. Ich glaube, das ist ein klares Bekenntnis, nicht inbegriffen der Semmeringtunnel, wenn er gebaut wird. Diese Investitionen werden aber in der gleichen Höhe in der Zukunft zur Verfügung stehen, was ein wichtiger Punkt ist. Die Schoberstrecke, zweigleisiger Ausbau 5 Milliarden Schilling, Ausbau der Pyhrnbahn auf Hochleistungsstandard fast eine Milliarde Schilling, Modernisierung der Ennstalbahnhof–Selzthal–Schladming–Bischofshofen, hier seien einige Projekte nur genannt in dieser kurzen Zeit, die wir dringendst realisieren müssen. Und der Knoten Obersteiermark, der ebenfalls bereits in Planung ist und im Auftrag ist, der immerhin rund 7,8, fast 8 Milliarden Schilling kosten wird, aber auch ein wichtiger Verkehrsknoten für die Steiermark, aber auch insbesondere für die Obersteiermark.

Und nun zum öffentlichen Verkehr: Den Verkehrsverbund Großraum Graz – hier sind wir alle froh, und ich hoffe nicht, daß ich derjenige war, der in der Lage ist, ihn so lange verzögert zu haben, wie es auch in den Generalreden geheißen hat, es ehrt mich, wenn mir diese Kompetenz zugestanden wird – haben wir jetzt. Aber ich muß hinten gleich anschließen: Der Verkehrsverbund Obersteiermark muß für das Hohe Haus, für die Landesregierung, oberste Priorität haben, meine Damen und Herren. Eine Gleichbehandlung der restlichen Steiermark ist unabdingbar. Und ich würde bitten, Frau Landeshauptmann, daß Sie hier die Verkehrsverbundgesellschaft ganz besonders ersuchen um rasches Vorgehen, daß wir hier weiterkommen, aber daß wir dann auch die Mittel zur Realisierung haben.

Ein Wort zur Mineralölsteuer. 132 Millionen, die Zahlen ändern sich hier ständig – ich habe jetzt wieder einmal eine Zahl gehört von 190 –, 132 ist, glaube ich, derzeit der Stand, den wir bekommen werden.

Der öffentliche Personennahverkehr, meine Damen und Herren, ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Bestellung der Nebenbahnen wird ein Nahverkehrskonzept von uns verlangen, und wir haben – und das möchte ich hier schon anschnitten – ich und einige Abgeordnete – ein Schreiben gerichtet, eine schriftliche Anfrage an Sie gestellt, Frau Landeshauptmann, daß wir dieses Nahverkehrskonzept gemeinsam erstellen, daß wir unsere Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinaus hier anbieten. Diese schriftliche Anfrage wurde am 16. November 1993 eingebracht, wurde am 20. Dezember urgiert, ich würde Sie nur heute bitten, daß Sie in nächster Zeit versuchen, mir diese Fragen zu beantworten, weil ich glaube, daß es ein wichtiger Punkt ist. Wenn wir die Nebenbahnen bis Ende des Jahres nicht bestellen und uns nicht darauf einigen, wie die Finanzierung funktionieren soll, dann kann es passieren, daß der Bund die Strecken nicht weiterführt und schließt, und dann ist es aber zu spät, wenn wir erst am Ende des Jahres zu einem gemeinsamen Nahverkehrskonzept kommen. Ich würde Sie daher darum bitten, und wir bieten unsere Zusammenarbeit an für alle Regionen, weil uns das als ein wichtiges Projekt erscheint.

Ein nächster Punkt: Die 40 Millionen, das war ja bereits im Finanz-Ausschuß eine Diskussion, vom öffentlichen Verkehr hinüber zum Wegebau, zum ländlichen Wegebau, erscheint mir, meine Damen und Herren, das muß auch hier gesagt werden, nicht sinnvoll. Wir bekennen uns alle zum öffentlichen Verkehr und nehmen diese 40 Millionen Schilling. Und wenn wir vielleicht die Strecke Graz-Spielfeld-Straß damit – (Abg. Dr. Maitz: „Sie kommen auf der anderen Seite wieder!“) – Nein, ich komme schon dazu, Kollege Dr. Maitz.

Es ist nämlich so: Der Rechnungshof stellt in seinem Bericht folgendes fest: „Alle überschlägig angestellten Bundesländervergleiche mit dem vorhandenen Datenmaterial zeigen jedoch auf, daß die Steiermark mit der Dichte des ländlichen Wegenetzes im Spitzenfeld der Bundesländer liegt.“ Das ist einmal eine positive Sache. Diese Feststellungen lassen den Landesrechnungshof zu der Empfehlung kommen, daß eine Erweiterung des ländlichen Wegenetzes in der Steiermark nicht notwendig erscheint. Und jetzt sage ich und glaube ich, wenn auch die Erhaltung gewisse Schwierigkeiten macht, daß dieser Betrag meines Erachtens nicht zum ländlichen Wegebau kommen sollte. Und ich bitte Sie, daß wir in irgendeiner Form diese Mittel für den öffentlichen Verkehr wieder zurückbekommen.

Der nächste Punkt, und da hätte ich gerne eine Antwort, Frau Landeshauptmann. Sie haben am 21. September 1993 ein Investitionsprogramm für den öffentlichen Verkehr vorgelegt mit vielen guten Initiativen, ich habe es hier. Ungefähr 240 Millionen Schilling sollen hier ausgegeben werden. Ich würde Sie bitten, daß Sie mir heute erklären: Ist das jetzt ad acta gelegt auf Grund des Rationalisierungsausschusses oder auf Grund der Budgetsituation oder wird das weiter betrieben, weil ja viele wichtige Projekte drinnen sind. Das gleiche gilt für ein Straßenausbauensonderprogramm von 1993 bis 1998 von 606 Millionen Schilling. Auch hier im September 1993 vorgelegt. Ich würde gerne wissen, wie die Situation

im Frühjahr 1994 für diese wichtigen Initiativen aussieht. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, wenn man das im Herbst geplant hat und auch der Landesregierung vorgelegt hat, daß es im Frühjahr 1994 nicht mehr so wichtig ist. Aber ich habe in dieser Frage keinerlei weitere Initiativen weiter mehr feststellen können.

Und nun, meine Damen und Herren, müssen auch bei dieser Budgetdebatte zu den 150 Millionen der Straßengesellschaften einige Worte gesagt werden. Landesrat Ressel hat mit Beschluß der Landesregierung gegen den Bund auf diese 150 Millionen Schilling eine Klage vorbereitet oder eingebracht, weil wir glauben, daß uns dieses Geld zusteht. Und ich habe überhaupt kein Verständnis, wenn der Herr Bundesminister Schüssel, und jetzt kommt mein Schüssel-Teil dieser Rede, weil da möchte ich nämlich gegenüberstellen, wie sich der Bundesminister Klima der Steiermark gegenüber verhält und der Herr Bundesminister Schüssel, und ich will da gar keine Polemik machen, sondern die Zahlen werden beweisen, daß es hier eine völlig unterschiedliche Vorgangsweise gibt. Es gibt für die Steiermark im Straßenbau ein Basisprogramm für Erhaltung und Bau von 1,4 Milliarden Schilling, und es gibt für die Bundesländer ein Sonderprogramm, das für alle acht Bundesländer bereits ausbezahlt ist, wir die Projekte für diese 250 Millionen Schilling vorliegen haben, aber der Herr Bundesminister ein Junktim schafft und sagt: „Wenn dieser böse Ressel oder diese steirische Landesregierung die Klage nicht zurückzieht, dann werde ich die 250 Millionen Schilling nicht für die Steiermark als Sonderprogramm auszahlen.“ Meine Damen und Herren, das ist eine Beleidigung der gesamten Steiermark und der Landesregierung. Das können wir so nicht zur Kenntnis nehmen. Wir haben die Projekte, die wichtigen Projekte, ich brauche nur Altenmarkt in Fürstenfeld anzuschauen, wo die Kinder nicht einmal über die Straße gehen können, weil soviel Verkehr ist – mit ein Teil –, und viele andere Projekte, und Schüssel ignoriert das und sagt: „Das interessiert mich nicht, wenn ihr die Klage nicht zurückzieht, dann werde ich euch das nicht auszahlen.“ Und der Kollege Frizberg, ich weiß nicht, ob er jetzt da ist, hat in seiner Generalrede gesagt: „Und wenn hier in Wien nicht dementsprechend Nachdruck verliehen wird, dann werden wir uns dort auch nicht durchsetzen.“

Ich würde bitten, Sie, Frau Landeshauptmännin, aber auch alle anderen in der ÖVP, daß Sie mit Schüssel ein ernstes Wort reden, so kann er die Steirerinnen und Steirer nicht behandeln. Aber es kommt gleich das nächste. Das beste ist jetzt, und ich habe es heute erst vernommen, daß der Herr Minister Schüssel jetzt eine Gegenklage einbringen will gegen die Steiermark. Ich höre, er hat die ÖSAG beauftragt, eine Klage gegen die Steiermark einzubringen. Also, Frau Landeshauptmännin, ich würde Sie bitten, daß Sie feststellen, ob das wirklich stimmt, weil das wäre ja der Gipfel, wenn wir nur unser Recht wollen – 150 Millionen –, und im Gegenzug klagt er die Steiermark und sagt dann vielleicht noch: „Wenn ihr eure Klage zurückzieht's, dann ziehen wir unsere Klage auch zurück.“ So wird es nicht gehen.

Zur Semmeringschnellstraße, meine Damen und Herren, das ist eine endlose Geschichte, und es heißt immer, wir können keine Projekte mehr realisieren,

weil die Bürgerinitiativen, der Umweltschutz, uns große Probleme macht. Die Semmeringschnellstraße, das ist ein fast 13 Kilometer langes Straßenstück, ist fertig, ist verhandelt, und es könnte sofort mit dem Bau begonnen werden. Aber man war bis heute nicht in der Lage, für dieses Straßenstück eine Finanzierung zu erreichen. Und jetzt haben wir am Sonntag diskutiert, der Kollege Frizberg und ich in Müzzzuschlag, und er hat gesagt: „Na, da ist ja nicht nur der Schüssel schuld, sondern mit dem Lacina kriegen wir auch keinen Finanzierungsvertrag zusammen.“ Mich interessiert das überhaupt nicht, und auch die betroffene Bevölkerung am Semmering interessiert es nicht, ob sich die Minister Schüssel und Lacina nicht einig sind, die wollen einzig und allein, daß nach ein paar Jahren die Mittel zur Verfügung stehen, daß diese Strecke endlich, meine Damen und Herren, gebaut wird. Und ich lese Ihnen hier ein Schreiben vor – (Abg. Gennaro: „Sigi, schau auf die Zeit!“) ich bin schon fertig –, ich muß nur noch das Schreiben vorlesen, ich finde es nicht, hier ist es, richtig. Es gibt ein Schreiben, und das ist Ernsthaftigkeit, wo ich gesagt habe, wie uns der Herr Minister Schüssel behandelt. Er schreibt am 20. Oktober 1992 an eine liebe Kollegin, auch von mir, die Grete Pirchegger, im Bundesrat: „Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zu deiner Anfrage bezüglich Ausbau der Semmeringscheitelstrecke kann ich dir folgendes mitteilen. Vor kurzem ist es mir gelungen,“ – schreibt Minister Schüssel – „die erforderlichen ASFINAG-Mittel für die Grundeinlöse und die restlichen Planungskosten sicherzustellen. Die restliche Aufschlußbohrung wurde vergeben und mit den Arbeiten dieser Tage begonnen. Zur Zeit wird der Lizenzvertrag vorbereitet. Die Ausschreibung kann nach Vorliegen der Bohrerergebnisse im Frühjahr des nächsten Jahres – also 1993 – erfolgen. Mit einem Baubeginn für die gesamte Scheitelstrecke ist noch vor dem Sommer 1993 zu rechnen.“ Meine Damen und Herren, wir haben jetzt schon 1994. Was ich damit erreichen will, wenn wir heute über das reden, daß man mit aller Kraft, auch wenn es einmal der eigene ist, weil ich habe ja dem Minister Klima auch schon sehr bestimmt oft über die Medien mitgeteilt, wenn mir etwas nicht gepaßt hat, ich würde es am Platz finden, daß man den Minister Schüssel etwas stärker hier in die Verantwortung einnimmt und er nicht immer die Verzögerungen in der Steiermark vornimmt.

Zur Maut eine Feststellung, wir werden nicht zulassen, und das habe ich schon mehrfach betont, aber es gehört heute dazu, daß eine punktuelle Maut am Semmering eingeführt wird. Es ist nicht einzusehen, daß wir als letzter die Straße kriegen und nächstes Mal ein Eintrittsgeld in die Steiermark oder auch, wenn man hinausfährt, bezahlen sollen. Hier wird er uns nicht haben. Ich glaube, man müßte endlich nicht nur von einem generellen Mautsystem reden, man müßte es auch umsetzen und schauen, daß wir zusätzlich zu diesen Mitteln kommen, aber so der Bevölkerung mitteilt, daß man sagt, wenn wir weitere Straßen bauen wollen, werden wir weitere Einnahmen brauchen, und weitere Einnahmen können wir nur über die Mineralölsteuer oder ein Generalmautsystem lukrieren. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir auch in diesem Punkt einen Schritt weiterkommen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.56 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (21.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren Kollegen!

Ich möchte nicht lange über den Verkehr sprechen. Ich habe nur einige Punkte, die Kollege Schrittwieser angesprochen hat, noch ein bißchen zu verdeutlichen. Herr Kollege Schrittwieser, wenn wir schon dabei sind, daß wir auf die Minister losgehen, ich habe kein Attentat vor, ich habe nur eine große Bitte: Wenn du so lieb wärst und dem Genossen Klima ausrichtest, daß er endlich mit dem Spaten nach Werndorf kommen soll, weil den Spatenstich hat er uns schon sehr lange versprochen, und wir würden uns freuen, wenn es bald dazu käme.

Ich möchte in dem Zusammenhang gleich auf den Verkehrsverbund kommen. (Abg. Schrittwieser: „Termin ausmachen!“) Ich teile deine Hoffnung, daß es sehr rasch gehen wird, nicht. Weil ich habe mir gerade ausgerechnet so über den Daumen, sollte es so lange dauern wie der Verkehrsverbund in Graz, dann werden wir ihn wahrscheinlich zugleich mit der Eröffnung des Semmeringbasistunnels in Betrieb setzen können, und ich glaube, das kann nicht ganz das Sinnvolle sein.

Problematisch erscheint mir bitte auf dem Bundesbahnsektor zu sein, daß wir uns jetzt im Stadium großer Ankündigungen und auch bereits Arbeiten – das muß man dazusagen – im Tunnelbau im Bereich Großraum Leoben, Galgenberg ist ja schon im Bau, zwei weitere sind angekündigt, befinden. Wir reden vom Koralmtunnel, wir reden von der Südostspange, das ist alles sehr schön, auch der Semmeringbasistunnel wird einmal fertig werden, nur, all diese Dinge werden sich noch sehr lange hinziehen, und es ist zu befürchten, wenn man nicht parallel dazu langsam, aber sicher beginnt, das Problem Logistik für die Steiermark auch bahntechnisch zu lösen, daß wir in eine viel größere Randzone hineinmanövriert werden, als wir es derzeit sind.

Es ist mir völlig unverständlich, daß man aus einem doch nicht unbedeutenden Ballungszentrum, das auch wirtschaftlich in der Zwischenzeit doch auch bedingt durch Chrysler – ich stehe nicht an, das zu sagen – und auch andere Großbetriebe, wir langsam, aber sicher in Zugzwang kommen, einen durchgehenden, und zwar regelmäßig verkehrenden, direkten Zug, Lastenzug, ob Container oder was immer, von Graz nach Hamburg oder in den Europort nach Rotterdam zu haben. Warum? Weil wir damit tatsächlich den Verkehr entlasten und vor allem damit auch nicht nur von Graz ausgehend, sondern weit in die Umgegend hinaus, also in den tatsächlichen Großraum Graz, und ich würde es sagen, das ist die gesamte West- und Oststeiermark und sicherlich auch den Raum Radkersburg und Spielfeld umfaßt, weil wir mit einem fixen Fahrplan, mit einem fix installierten Zug, der regelmäßig, von mir aus einmal in der Woche, dann zweimal in der Woche, dreimal die Woche durchfährt nach Hamburg, wir endlich einmal dazukommen, daß wir unseren Betrieben, unseren Produzenten Transportbedingungen anbieten können und einen Anschluß an die weite Welt oder an die Länder, wohin wir exportieren, die es uns aus ermöglichen, die Güter und

Produkte zeitgerecht an den Mann zu bringen. Und wenn man dann auch noch dazusagt – und das ist ja das nächste Problem –, und wir haben es ja selbst erlebt, wie wir gesehen haben, eine Autofabrik in Emden von Volkswagen, wo der berühmte Golf erzeugt wird, wo keine einzige Lagerhalle vorhanden ist, wo minutiös in Abstand von 20 Minuten die Güter direkt zugeführt werden, dann sieht man, welche neuen Modelle des Transportes der Logistik sich aus dem Bereich ergeben.

Und wenn wir darauf warten, bis wir unsere Verkehrsschienen, unsere Verkehrsstränge auf dem Bahnsektor so weit ausgebaut haben, daß das von selbst funktioniert, dann ist der Zug im wahrsten Sinne des Wortes für uns längst abgefahren.

Ich glaube, wir haben hier die Verpflichtung, auch die Bundesbahn darauf aufmerksam zu machen. Mit dem Terminal Werndorf würden wir bereits eine Keimzelle und ein Areal in Gang setzen, von wo aus man diese Logistik in Betrieb setzen könnte. Nachdem wir aber wissen, daß die Bundesbahn immer einige Jahre nachhinkt, wäre es höchst an der Zeit, die Herren Techniker auch bei uns im Raum der Bahnverwaltung Villach, zu der wir als Steirer auch gehören, darauf aufmerksam zu machen, daß das ein sehr vordringliches Problem ist, und ich würde auch bitten, daß wir das im Zusammenhang mit dem Themenkreis „Neue Bahn – jetzt“ auch den zuständigen Herren der Bundesbahn vorlegen. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 22.01 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bitte um das Schlußwort, Frau Landeshauptmann!

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (22.02 Uhr): Herr Präsident, Hoher Klub!

Es ist mir sehr einfach gemacht worden, nachdem die beiden Sprecher der Fraktionen, der Herr Kollege Schrittwieser und der Herr Klubobmann Dipl.-Ing. Vesko, ja gemeinsam mit unserem Generalredner Gilbert Frizberg zu den Komitees „Neue Bahn“ und „Überparteiliches Komitee für unsere Verkehrswege“ gehören und wir aus diesem Grunde auch gemeinsame Anliegen zu vertreten haben. Und ich glaube, daß wir auch weiterkommen werden, wenn wir diesen Weg weiter beschreiten. Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko, ich möchte gerade beim Thema Logistik Sie voll und ganz unterstützen, weil ich daran denke, als dieser Zuschlag gekommen ist beim Chrysler-Werk, daß es ganz deutlich geheißen hat, wie werden sich die Zuliefermöglichkeiten, aber auch der Abtransport in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln können. Und einer der Schwerpunkte, und ich brauche es dann in der Wirtschaftsdebatte nicht zu sagen, wird sein, dafür zu sorgen, daß die Zulieferbetriebe sich rund um das Werk ansiedeln, und rund um das Werk heißt bei mir, auch einen Abstand von zirka 50 Kilometer Luftlinie, das heißt, diese Möglichkeiten sollten wir schaffen.

Semmeringschnellstraße, Herr Kollege Schrittwieser: Ich sage sofort die Mautfrage auch dazu, weil gerade für unsere steirische Wirtschaft ist es eine Ungerechtigkeit – und da sind wir auf einer Welle, ich brauche nichts Neues zu sagen –, wir sind behindert. Sie haben gefragt, und die Anfrage muß ich nur

richtigstellen: Es war das ein Schreiben aus dem Klub an die Abteilung, wo die Wünsche waren, wo mir die zuständigen Mitarbeiter sagen, daß es sehr wohl zumindest einen telefonischen Kontakt gegeben hat. Bei den Nebenbahnen darf ich Ihnen versichern, es hat eine Einladung gegeben an die zuständige Abteilung im Jänner 1994, da war aber nichts vorbereitet von Seite des Bundes, und es wurde vertagt. Eine weitere Sitzung hat nicht stattgefunden.

Eine weitere Anfrage über den Zug des Landesstraßenausbaues ist schriftlich beantwortet, das Schreiben ist unterwegs.

Zur MOEST möchte ich dazusagen – ich sage bewußt MOEST –, weil Sie die Projekte um 240 Millionen Schilling angeschnitten haben, das war jenes Programm, wo auch wir nicht wußten, wie hoch die Mittel sein werden für das Jahr 1994, die über die MOEST als Ertrag kommen werden. Sie haben sich angeblich auf 131 Millionen eingependelt, und ich werde später noch einmal darauf zurückkommen, möchte aber klarstellen, daß der ländliche Wegebau, 37 Millionen Schilling, nicht aus MOEST-Mitteln in ein anderes Paket gelegt wurden, sondern die MOEST-Mittel werden für Nahverkehrsprogramme und für den öffentlichen Verkehr, so wie es den Vorschriften entspricht, angewendet.

Herr Kollege Schrittwieser, Sie merken, der Herr Landeshauptmann ist nach wie vor mit ganzem Herzen auch verantwortlich für die Infrastruktur dieses Landes, daß unsere Schulkinder zum Beispiel befördert werden müssen, gehört auch dort dazu. Und ich bedanke mich für die Verstärkung, Herr Landeshauptmann!

Sie haben das 600-Millionen-Projekt angeschnitten, das vorgelegt wurde. Ich darf versichern, daß wir ein ähnliches Programm einfach einbringen müssen. Es geht in diesem Fall um zwei ganz bestimmte Projekte, die sich im Landesstraßen-Verantwortungsbereich befinden, das ist auf der einen Seite die Umfahrung Aussee, Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko, wir haben darüber geredet. Aussee ist ein Teil dieses 600-Millionen-Paketes. Und der zweite Teil ist das Thermenland, wo wir auch weiterkommen sollen. Zur ÖSAG gestatten Sie mir doch, daß ich doch eine Antwort gebe, weil ich mich schon sehr gewundert habe, als am Dienstag oder Mittwoch dieser Woche es dann geheißen hat, eine Verfassungsklage wird vorbereitet. Der Kollege Ing. Ressel hat am Montag ein dringliches Stück in die Regierung eingebracht, dem wir natürlich – weil es geht um die Interessen des Landes – einstimmig unsere Zustimmung gegeben haben, aber der Hinweis, der damit verbunden war, hat gelautet: Es müssen die Möglichkeiten über den Verfassungsdienst ausgelotet werden, weil es ist ein Gespräch für den 30. April gemeinsam mit dem Kollegen Dipl.-Ing. Schmid und dem Kollegen Ing. Ressel und dem Bundesminister vereinbart, und da wollen wir als Land nicht unvorbereitet hingehen. Aber es ist an diesem Abend von Klage in diesem Sinn nicht die Rede gewesen.

Sie haben mich dann noch angesprochen in der Frage Altenmarkt. Da kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, das ist eines jener Projekte, die wir alle miteinander erkannt haben, daß es besonders wichtig ist, ich nenne in diesem Zusammenhang auch Pertlstein oder Neumarkt, ich könnte das ganze Land

aufzählen, aber ich darf sagen: Am 20. April war die Anbotseröffnung Altenmarkt, und es wird mit der Verkehrsfreigabe zwischen Sommer und Herbst 1995 gerechnet. Und ich war zufällig am vorigen Samstag in der Region unten und habe gesehen die gelben Plakate mit schwarzer Schrift, haben jetzt auch schon schwarze Plakate mit gelber Schrift, wo etwas Gutes oben steht. Das heißt, die Altenmarkter haben schon gesehen, daß es Sinn hat. Und damit auch andere Dinge Sinn haben, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung in Sachen Treidersbergtunnel, da ist nämlich das Projekt beim Minister Klima zum Anhörverfahren eingelangt, das liegt seit einigen Monaten.

Auch ich möchte mich an diese Redezeit im allgemeinen halten, es gibt ja bei jeder Landtagssitzung Straßen- und Schienenprojekte, wo wir sicher auch die Möglichkeit haben, im Detail darüber zu sprechen.

Ich bedanke mich vor allem beim Komitee für die Unterstützung, für die übereinstimmende Unterstützung, denn sie hat uns einen großen Schritt weitergebracht. Ich bin sehr, sehr froh, daß wir im Verkehrsverbund einen ersten Teil erringen konnten. Restliche Steiermark, Herr Kollege Vesko: wird nicht bis zum Semmeringbasistunnel brauchen. Wir haben immer gesagt, wenn der erste Teil fertig ist, dann ist es binnen zwei Jahren möglich, den Rest der Steiermark anzuschließen. Wir haben im Radwegprogramm einiges vor. Beim Terminal eine Bitte an alle Kollegen hier im Hause. Die Kalsdorfer sagen mit Recht: „Wir haben die Last zu tragen, wir haben keine Freude damit, aber alle reden vom Terminal Werndorf-Nord-Neu.“ Geben wird ihm den Namen Kalsdorf, dann haben sie auch das Gefühl, sie haben nicht nur die Last, sondern sie haben auch die mögliche Reklame, weil es heißt ja auch etwas, Standort eines Wirtschaftsfaktors zu sein.

Und ich möchte noch dazusagen, daß an einem solchen Abend nicht vergessen werden darf der Dank an alle Mitarbeiter in den Abteilungen, weil Straßen bauen und Schienenwege vorbereiten ist keine einfache Sache in der heutigen Zeit, und wir werden in den nächsten Wochen noch einige Möglichkeiten haben, darüber zu reden. Ich bedanke mich auch bei allen Mitarbeitern draußen, beginnend von der Straßenerhaltung, über den Straßenbau bis zur Verwaltung. Und ich wünsche allen, die steirische Straßen und steirische Schienenwege benutzen, daß sie gut nach Hause kommen, eine gute Fahrt, das ist unser gemeinsames Ziel! (Allgemeiner Beifall. – 22.11 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Das war die kürzeste Straßendebatte, an die ich mich in den letzten zwölf Jahren erinnern kann. Ich bedanke mich schön!

Damit wir es noch schneller machen und weil Sie ein aufmerksamer Landtag sind, erspare ich mir jetzt die lange Verlesung, was alles für Anträge gestellt worden sind und in welcher Reihenfolge abgestimmt wird, und komme gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Flecker, Trampusch und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Verkehrsverbund Obersteiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Mehrheit.

Gruppe 7, Wirtschaftsförderung: Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (22.14 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 Wirtschaftsförderung besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, Landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, Sonstige Maßnahmen; Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft: Land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretungen, Bildung und Beratung, Produktionsförderung, Absatz und Verwertung, Jagd und Fischerei, Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft; Förderung der Energiewirtschaft: Sonstige Energieträger; Förderung des Fremdenverkehrs: Einrichtungen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie: Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, Wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Unter Berücksichtigung der dem Budgetentwurf beigelegten Abänderungsanträge (Beilagen A und B) ergeben sich in der Gruppe 7 folgende Gesamtsummen: Ausgaben: 789,641.000 Schilling, Einnahmen: 123,330.000 Schilling.

Zu dieser Gruppe gibt es einen Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Korp und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 7.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 7 folgendermaßen abgeändert: „Beiträge zur Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“, Erhöhung um 2,606.000 Schilling auf 43,428.000 Schilling, daher Erhöhung des Ansatzes „Aufnahme von Darlehen“ um 2,606.000 Schilling.

Ich stelle daher den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 7.

Präsident Mag. Rader: Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar in den ersten Teil, „Landwirtschaft“, den zweiten Teil „Fremdenverkehr“ und den dritten Teil „Wirtschaftsförderung“.

Ich sehe, daß gegen diesen Vorschlag kein Einwand erhoben wird.

Wir beginnen mit dem ersten Teil „Landwirtschaft“.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (22.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

„Bauernvertreter brauchen keine Lustbarkeitsabgabe zahlen“, hat unser unvergessener Präsident Hubert Schwab kurz vor seinem Tod gesagt, und das trifft besonders in der derzeitigen Situation sicherlich zu. Ich möchte deshalb unserem Herrn Landesrat Erich Pörtl für seinen Einsatz für die steirische Bauernschaft herzlich danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich danke aber auch unserem Herrn Landeshauptmann, der gesamten Landesregierung und allen Funktionären der steirischen Kammer, die in dieser schwierigen Zeit versuchen, die Bauern ehrlich zu vertreten. Meine geschätzten Damen und Herren – (Abg. Mag. Bleckmann: „Auch den Bauern muß man danken!“) das kommt noch! –, wenn die Situation nicht so ernst wäre, hätte ich eigentlich jetzt mein Packerl genommen und wäre wieder gegangen, aber ich glaube, gerade jetzt ist es notwendig, daß wir die Situation unserer Bauernschaft hier im Landtag möglichst kurz zu erklären versuchen.

Ein Ja zu den Bauern ist die beste Absicherung für unseren bäuerlichen Berufsstand. Wer den Bauern erhalten will, muß auch seine Produkte kaufen. Landbewirtschaftung ist Dienst für die Öffentlichkeit, genauso wie der Unterricht in der Schule. Wir Bauern tragen Verantwortung für 80 Prozent der Staatsfläche Österreichs. Diese Kernaussagen möchte ich an den Anfang meines Diskussionsbeitrages setzen.

Das Land Steiermark hat mit seinem Budget auch einen Beitrag für den bäuerlichen Berufsstand zu leisten. Natürlich sind finanzielle Grenzen gesetzt. Über gewisse Notwendigkeiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommen wir aber jedoch nicht hinweg. Fünf Monate lang haben wir über dieses Budget diskutiert und versucht, aus der Verantwortung für die Zukunft heraus die Verschuldung unseres Landes einzubremsen. Erfreulicherweise wird kein einziger Schilling bei den Direktförderungen eingespart und übrigens, im Ressort vom Landesrat Pörtl werden bei der Landwirtschaft nicht 50 Millionen Schilling eingespart, sondern 19 Millionen Schilling. Jetzt liegt uns eine Regierungsvorlage vor. Was hat sich gegenüber dem Ressel-Entwurf verändert? Es ist schon erwähnt worden, die 37 Millionen Schilling für den Wegebau. Die Bedeutung des ländlichen Wegenetzes, meine geschätzten Damen und Herren, versteht nur der, der auf diesen Weg angewiesen ist. Wir haben in der Steiermark ein Drittel des ländlichen Wegenetzes von Österreich. Das sind 23.000 Kilometer. Ländliche Wege bedeuten Nahverkehr. Wir bauen und erhalten keine Forststraßen, sondern wir machen Wege von Mensch zu Mensch. (Beifall bei der ÖVP.)

87 Prozent des Bauvolumens gehen an die heimische Bauwirtschaft. Anscheinend vergessen das manche. Und diese 37 Millionen Schilling, Frau

Landeshauptmannstellvertreterin hat es schon gesagt, sind budgetneutral und belasten das Budget nicht. Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ich danke für das Verständnis! Und deshalb ist es nicht richtig, wenn behauptet wird, für die Wegerhaltung gibt es Geld und für die Kindergärten nicht. Kein einziger Schilling ist vom Kindergartenbudget zu den Wegen gekommen. Bitte, das möchte ich hier klar und deutlich darstellen! Und ich kenne mich nicht ganz aus, geschätzte Freunde, wenn kurz vorher der Herr Abgeordnete Schrittwieser eigentlich gesagt hat: „Na ja, für den Wegebau gibt es leicht genug Geld, sagen wir es halt so.“ Und dann lese ich wieder in „Steiermark-Aktuell“, und da wird kritisiert: „Für den Wegebau gibt es zu wenig Geld!“ Entweder habe ich mich verlesen, oder ich kenne mich nicht aus. Macht's euch selbst ein Bild!

Ein großer Erfolg für die steirischen Bauern ist der Punkt 8 der Regierungsvereinbarung, der aussagt, daß die Landesregierung ermächtigt wird, für die Inanspruchnahme von bereitstehenden und in Aussicht gestellten Bundesmitteln Kredite beizustellen. Damit ist sichergestellt, daß wir kein Geld an den Bund verschenken und die Förderungen der Bioenergie, biologische Landwirtschaft und so weiter durchgeführt werden können. Entscheidend ist in diesem Punkt auch, daß vereinbart wird, daß es für eine Anpassung eines möglichen EU-Beitrittes eine Kreditemächtigung über eventuelle Ausgleichszahlungen gibt. Entscheidend ist in diesem Punkt 8, daß vereinbart wird, daß es für die Anpassung eines möglichen EU-Beitrittes eine Kreditemächtigung für eventuelle Ausgleichszahlungen gibt. Damit sind die Weichen für einen EU-Beitritt einmal gestellt.

Der EU-Beitritt, der derzeit das Thema Nummer eins unter den steirischen Bäuerinnen und Bauern ist. Unsicherheit und Ängste drücken die Stimmung der Bauern. Und verschiedene Presseaussagen tragen selbstverständlich ihren Teil dazu bei. Obwohl wir relativ hohe Agrarpreise gegenüber anderen Ländern haben, sinken unsere Einkommen.

Aber, meine geschätzten Damen und Herren, es gibt auch Hoffnung und Zuversicht. Wir haben möglichst lange versucht, das Einkommen der Bauern über den Preis der Produkte abzusichern. Andere Länder sind schon früher den Weg der Direktzahlung gegangen. Und trotzdem ist der Strukturwandel nirgends aufzuhalten. Auffallend für mich ist, daß all jene, die unsere Agrarpolitik als so furchtbar schlecht hingestellt haben, jetzt am meisten Angst vor der EU haben. Da kann doch etwas nicht stimmen.

Am 15. April ist die GATT-Vereinbarung abgeschlossen worden. Das GATT-Übereinkommen zwingt uns zu einer Änderung der Agrar- und Förderpolitik, ob wir wollen oder nicht. Jeder, der glaubt, daß es gleich weitergeht wie bisher, ist am Irrweg, meine geschätzten Damen und Herren. Das GATT-Übereinkommen bedeutet eine Senkung der Agrarexporte um 21 Prozent in den nächsten fünf Jahren, das heißt für die Steiermark: weniger um 3000 Stück Vieh im Jahr. GATT bedeutet eine Senkung der Exportsubventionen um 36 Prozent und Mindestmarktöffnungen von 3 bis 5 Prozent, das heißt nichts anderes wie die Öffnung von Grenzen und einen Einkommensverlust für die Bauern.

Wie können wir diese Auswirkungen abschwächen? Bedenken wir, unsere steirischen Agrarexporte gehen fast ausschließlich in die EU-Länder, wenn ich da an die Rinder und an das Holz denke. Für Schweine, Obst, Gemüse kann die EU auch ein Hoffungsmarkt sein. Ein kleines Beispiel: Die Selbstversorgung von Tomaten beträgt in Deutschland 4 Prozent, könnte es da nicht für unsere steirischen Bauern auch eine Chance geben? Und Schweineexporte nach Oberitalien waren bis jetzt nicht möglich, vielleicht wird es möglich.

Eine flächendeckende Grünlandbewirtschaftung ist nur durch die Rinderhaltung möglich. Die Rinderhaltung ist der sicherste Garant für eine gepflegte Kulturlandschaft im Berggebiet, genauso wie im Hügelland. Was will ich damit aussagen: Wir brauchen unsere Rinderwirtschaft und damit die Rinderexporte. Und bei einem möglichen EU-Beitritt sind Lieferungen innerhalb Europas kein Export, sondern ein Handel innerhalb des Binnenmarktes, der von den GATT-Bestimmungen nicht betroffen wird.

Bei einem Nichtbeitritt müssen die negativen GATT-Auswirkungen durch nationale Förderungen, sprich produktionsunabhängig mit Direktzahlungen, ausgeglichen werden.

Bei einem EU-Beitritt können wir uns diese Belastungen teilen. Das Verhandlungsergebnis der EU liegt vor und ist akzeptabel. Ein EU-Beitritt bedeutet natürlich Risiko und Chance zugleich. Über den Sicherheitsfaktor eines gemeinsamen Europas können wir nicht hinwegsehen. Zusätzlich, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Eigenversorgung unseres Landes mit Lebensmitteln auch die beste Krisenvorsorge, denn niemand weiß, wo der nächste Krieg ausbricht und welche Handelswege abgeschnitten werden. Wir hoffen, daß die öffentliche Hand ihren Beitrag leistet und daß ausverhandelt wird, daß wir möglichst alle von Brüssel bereitgestellten Ecus abholen können.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Zukunft unserer steirischen Bauern liegt nicht nur in der Hand der Politik. Sie hängt natürlich auch vom Unternehmenden der Bauern ab. Und deshalb ist die Ausbildung unserer Bauern besonders wichtig. Die großen Fische fressen die kleinen, aber nur, wenn sie sich erwischen lassen.

Wir haben in Österreich noch 5 bis 7 Prozent Bauern. Unsere Zukunft hängt von der restlichen Bevölkerung ab. Jeder, der unsere Qualitätsprodukte kauft, unterstützt die heimische Landwirtschaft. Jeder Einkauf ist eine Entscheidung für oder gegen den steirischen und österreichischen Bauern. Wer den Bauern will, muß auch seine Produkte kaufen – auf diese Unterstützung sind wir angewiesen.

Wenn der Staat die Rahmenbedingungen schafft, wenn der Konsument die Produkte kauft, wenn wir Bauern nicht dauernd als Subventionsfresser, Almosenempfänger und Bodenvergifter hingestellt werden, sondern wenn wir das Gefühl bekommen, daß man uns braucht, dann werden wir Bauern die Herausforderungen annehmen, wenn es auch schwer wird. Denn ein klares Bekenntnis zu uns Bauern ist unsere beste Absicherung. Und das schlechteste ist ein parteipolitisches Hickhack. Mut machen, statt miesmachen, Hoffnung wecken, statt zu Tode jammern, muß derzeit unsere Devise sein. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 22.28 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin Frau Monika Kaufmann.

Abg. Kaufmann (22.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Riebenbauer hat gesagt, das Thema EU ist das Thema Nummer eins draußen bei den Bauern, und ich gebe ihm da recht. Und zur Zeit ist es so, daß wir täglich mit Informationen, wir Bauern mit EU-Informationen, ja förmlich bombardiert werden. Wobei ich dazusagen muß, es hat ziemlich lange gedauert, bis wir zu Informationen gekommen sind, denn fünf Jahre hat man ja nichts davon gehört. Und jetzt ist es plötzlich so, daß wir mit Informationen bombardiert werden, wobei die Vorteile überdimensional hervorgehoben werden, die Nachteile aber eher als Randbemerkungen und eher kleingeschrieben als kleineres Übel abgetan werden.

Bauernbund – und wir haben es jetzt gehört –, auch Kammerfunktionäre versuchen jetzt krampfhaft, die von Landwirtschaftsminister Fischler ausverhandelten Ergebnisse aus Brüssel als großen Erfolg für die Landwirtschaft und für die Bauern zu verkaufen. Ein großer Erfolg, der so aussieht, daß man Milliardenbeiträge aus dem österreichischen Steuertopf nach Brüssel schicken muß, die dort zum überwiegenden Teil dafür gebraucht werden, um die Verwertung – ich habe es heute schon einmal gesagt – einer ständig steigenden umweltbelastenden Überproduktion zu finanzieren, deren Auswirkungen für den größten Teil der europäischen Bauern und nach einem Beitritt natürlich auch für die österreichischen Bauern katastrophal sind. Ein großer Erfolg, der so aussieht, daß innerösterreichisch weitere Milliarden notwendig sind, damit die Bauern den großartigen Verhandlungserfolg wenigstens während der Übergangsphase erleben können. Ich sehe schon ein, daß Minister Fischler unter großem Druck gestanden ist bei den Verhandlungen, unter dem Druck der gesamten ÖVP, die ja bis vor kurzem noch glühender EU-Befürworter war und die jetzt, von eigenem Mut verlassen, eigentlich zu feig sind, ja zu sagen.

Es gibt kein Ja von der ÖVP. Unter dem Druck von Minister Mock, der, wie er selbst sagt, sein Lebenswerk verwirklichen wollte, und nicht zuletzt unter dem Druck der Wirtschaft. Minister Fischler wurde sogar während der Verhandlungen von seinem eigenen Parteifreund, dem mächtigen Bundeswirtschaftskammerpräsident Maderthaler, zurückgepfiffen. Er soll sich nicht unterstehen, wegen der Landwirtschaft den Beitritt zu verhindern. Es passiert übrigens schon zum zweiten Mal, denn schon während der GATT-Verhandlungen hat Präsident Maderthaler gesagt, und jetzt zitiere ich wörtlich: „Geldhungrige Bauernvertreter zur Tür hinauskomplimentiert.“ – Unser Freund Maderthaler.

Die Bauern kriegen immer mehr zu spüren, daß sie in der ÖVP keinen bedeutenden Stellenwert mehr haben. Dort vertritt man den vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft und vor allem die Agrarbürokratie. Und nur diese Agrarbürokratie ist es, die den Bauernbund und vor allem die Landwirtschaftskammer zu einem Ja bei der Beitrittsabstimmung bringen wird. Die Kammerfunktionäre geben zwar vor, sie müssen noch bis Mai nachdenken,

ob sie den Bauern empfohlen werden, ja zu sagen oder auch nicht. Nur an ihrer Einstellung wird sich bis dahin nichts ändern. Die Landwirtschaftskammern sind natürlich für einen EG-Beitritt, das heißt für noch mehr Bürokratismus und noch mehr Agrarbeamte. Gerade der Bürokratismus wird durch einen Beitritt ins Unendliche wachsen. Die Verwaltungskosten der Agrarpolitik in der EU haben sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt und werden sich in den nächsten zwei Jahren wieder verdoppeln.

Durch die Reform der europäischen Agrarpolitik, die im Jahr 1992 verabschiedet wurde, und durch die vielen Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme einer Förderung erst möglich machen, muß der Bauer immer mehr kontrolliert und überwacht werden. Egal, ob es sich um den Viehbestand, der für jede Förderung eine andere Größe verlangt, handelt oder um Flächen, die wiederum für die verschiedensten Prämien die verschiedensten Ausmaße voraussetzen, oder um die Produktion, wo es die unterschiedlichsten Kilo- und Litergrenzen zu beachten gilt. Jede Inanspruchnahme einer Förderung setzt eine Kontrolle voraus und zieht eine Kontrolle nach sich. Dieses Überwachen und Kontrollieren kostet derzeit der EU rund 30 Milliarden Schilling. Es läßt sich leicht vorstellen, daß es in Österreich nach einem Beitritt zu einer Vergrößerung des Agrarverwaltungsapparates kommen wird, obwohl durch einen Beitritt mit einem drastischen Rückgang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu rechnen ist. Das Schreckensbild von einem Aufpasser pro Bauern ist unmittelbar greifbar. War es bis jetzt schon fast unmöglich, sich über einzelösterreichische Förderungen und die dazugehörigen Richtlinien klar zu werden, wird dies nach einem EU-Beitritt für einen Bauern praktisch unmöglich werden. Noch niemand ist imstande zu sagen, welche der unzähligen Förderungsmaßnahmen die Bauern bei uns in Anspruch nehmen können, welche österreichischen aufgehoben werden müssen und welche man kombinieren kann. Doch von alledem wird der österreichische Bauer kaum informiert. Man versucht, die Bauern mit Erwecken von falschen Hoffnungen und Versprechungen und zum Teil sogar mit Unwahrheiten ruhigzustellen. Doch wie lange geht das noch?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Steiermark spitzt sich die Lage immer mehr zu. Die Bauern wollen klare Antworten auf ihre Fragen. Antworten, wie ich sie hier vom zuständigen Landesrat Pörtl verlange. Und ich möchte dabei gar nicht so sehr auf die vielen offenen Fragen, die der EU-Beitritt für uns Bauern mit sich bringt, eingehen, weil ich überzeugt bin, daß der Herr Landesrat sie zum Teil nicht beantworten will und zum Teil auch nicht beantworten kann, was aber nichts mit Wissen zu tun hat, sondern einfach, weil sehr viel noch nicht ausverhandelt ist. (Abg. Purr: „Das muß kein schlechter Landesrat sein!“) Richtig, ja!

Sondern ich verlange Antworten auf Fragen, die sich mit der steirischen Landwirtschaft befassen. Einen Bereich, für den ja angeblich Landesrat Pörtl zuständig sein soll. Da ich aber die Fragen schon öfter gestellt habe und keine Antwort bekommen habe, frage ich mich, ob für die Landwirtschaft noch Pörtl oder nicht auch schon Hirschmann zuständig ist. (Beifall bei der SPÖ.) Egal, wer auch immer, ich hoffe, ich werde eine

Antwort kriegen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Es gibt überall Universalisten!“)

Vor vier Monaten, sehr geehrter Herr Landesrat, habe ich schon um eine Erklärung darum gebeten, warum du den Budgetvoranschlag 1994 von Finanzlandesrat Ressel abgelehnt hast. 80 Millionen Schilling mehr, und das wird immer schamhaft verschwiegen, waren für die steirischen Bäuerinnen und Bauern vorgesehen in diesem Budgetvoranschlag.

Wer oder was ermächtigt dich, leichtfertig auf Geld zu verzichten, das für unsere Landwirtschaft, für unsere Bauern bestimmt war? Ich frage, mit welcher Berechtigung? Du bist gewählt worden, um das Beste für die Bauern herauszuholen und das Beste für die Bauern zu erreichen, und kommst jetzt dieser Aufgabe nicht mehr nach. Bis heute haben wir Bauern keine Erklärung für diese unverständliche Handlungsweise bekommen. Und dein Erklärungsbedarf ist in den letzten Monaten noch gestiegen. Zur Ablehnung von 80 Millionen Schilling kommen laut dem Bericht eures ÖVP- und FPÖ-Rationalisierungs-Ausschusses noch eine freiwillige Einsparung aus dem Agrarbudget von 50 Millionen Schilling dazu. Eine Summe also, meine sehr geehrten Damen und Herren, von 130 Millionen Schilling, und da unterscheide ich mich bei den Zahlen zum Herrn Kollegen Riebenbauer. 130 Millionen Schilling, die die Bauern aus vielen Gründen mehr und notwendiger als je zuvor brauchen, opfert Agrarlandesrat Pörtl seinem über alles gehenden Parteigehorsam, den Wünschen eines Hirschmann, der von landwirtschaftlichen Problemen keinen Schimmer hat. Natürlich drängt sich nach dieser Einsparung im Agrarbereich auch die Frage auf, wie Landesrat Pörtl in den letzten zweieinhalb Jahren sein Ressort geführt hat. Wenn es hier wirklich um die Sache geht, nämlich um das Sparen, warum sind dann die Einsparungsmöglichkeiten erst jetzt bemerkt worden? Warum hast du zum Beispiel, wenn du weißt, daß bei den Wochenenddiensten in den landwirtschaftlichen Schulen Einsparungen von 2 Millionen Schilling möglich sind, diese nicht schon längst eingespart? Warum ist dieses Bauerngeld, das unnötig in die verschiedenen Kanäle, was man ja jetzt bemerkt, geflossen ist, nicht schon längst, so wie wir es seit Jahren fordern, zu den Bauern als Direktzahlung umgeleitet worden? (Beifall bei der SPÖ.)

130 Millionen Schilling, damit hätte man die Stiefkinder des Agrarressorts, nämlich die Bergbauernförderung und die Grenzlandförderung, vervierfachen beziehungsweise verdreifachen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Beide Budgetposten sind seit fünf Jahren unverändert geblieben. Und das, obwohl es bereits das dritte Agrarbudget von Landesrat Pörtl im Steiermärkischen Landtag ist. Auf beide Förderungen haben die Bauern laut Landwirtschaftsförderungsgesetz einen Rechtsanspruch. Die Versprechen des Herrn Landesrates, die anlässlich des Beschlusses des neuen Landwirtschaftsförderungsgesetzes gefallen sind, die habe ich noch immer im Ohr. Da war von Aufstockung und von spürbaren Verbesserungen die Rede, nur daraus ist leider nichts geworden.

Herr Landesrat Pörtl wird uns Bauern aber noch einiges erklären müssen. Sind die Einsparungen permanent, also wird das jetzt jedes Jahr so sein, auch

1995, 1996? Wenn nein, dann bedeutet das, daß für das nächste Jahr eine gewaltige Erhöhung für das Agrarressort veranschlagt werden müßte. Dem steht aber der selbstverordnete schwarz-blaue Bremsklotz entgegen. Sind diese Einsparungsmaßnahmen aber von Dauer, dann muß ich dem Herrn Landesrat hier öffentlich vorwerfen, daß er es mit der Wahrheit bei seinen Versprechungen nicht sehr genau nimmt. Und zwar habe ich hier ein Protokoll der Kammervollversammlung 1992, und da darf ich einige Zeilen vielleicht vorlesen: „Landesrat Pörtl schlägt vor, ein Steiermärkisches landwirtschaftliches Struktur- und Direktförderungsprogramm einzuführen. Ziel sei die Forcierung der Strukturanpassung unserer Landwirtschaft und der Ausbau der Direktzahlung. Die mit dem Budget 1992 erreichte Agrarmilliarde für die steirische Landwirtschaft soll bis 1997 verdoppelt werden. Da soll es jährlich dazu Aufstockungen geben.“

Nichts davon ist bis jetzt verwirklicht worden, es sind nur falsche Hoffnungen geweckt worden! Vielleicht haben Sie es vergessen, oder Sie werden sagen, das ist eineinhalb Jahre her!

Ich habe aber noch ein Protokoll von einer Kammervollversammlung, und die ist vom 23. September 1993. Und die beinhaltet eine von der Kammerdirektion mit dir abgesprochene und vorbereitete Resolution über die Förderung in der Landwirtschaft, und die lautet: „Im Hinblick auf das Landesbudget 1994 werden folgende Schwerpunkte vorgeschlagen.“ Und da werden eine Reihe von Schwerpunkten vorgeschlagen, die 400 Millionen Schilling ausmachen würden. 400 Millionen Schilling, die der Landesrat Pörtl mehr für die Bauern versprochen hat.

Allein für die Verkehrserschließungsmaßnahmen und fürs ländliche Wegenetz werden in der Resolution 210 Millionen Schilling von dir versprochen. Was ist von diesen Versprechungen übriggeblieben? 37 Millionen Schilling für den ländlichen Wegebau, und bei diesen darfst nicht du entscheiden, sondern Landeshauptmann Krainer.

Auf meine Frage, wie du die 400 Millionen Schilling, die in dieser Resolution gefordert werden, im Budget unterbringen wirst, hast du geantwortet: „Landesrat Pörtl ersucht alle in der Vollversammlung vertretenen Landeskammerräte, ihre Abgeordneten zu motivieren, ihn bei der Umsetzung dieser Forderungen zu unterstützen.“ (Abg. Gennaro: „Das habe ich auch gehört!“) Bedauerlich, Herr Landesrat, daß dir die Motivation deiner eigenen Fraktion nicht gelungen ist.

Den Bauernvertretern da im Landtag möchte ich gar keinen Vorwurf machen, denn sie dürfen ja auf Geheiß von Olympia-Hirschmann nicht mehr in der Kammer vertreten sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Zwei Monate nach dieser Vollversammlung mit den vielen Versprechungen lehnt du, Herr Landesrat, ein erhöhtes Agrarbudget von Landesrat Ressel ab und kürzt es sogar noch.

Wie erklärst du, Herr Landesrat, den Bauern dein Handeln? Bei Bauernversammlungen gehst du hinaus und erzählst den Bauern Märchen vom guten Willen des tollen Erich, der die Millionen, ja sogar die Milliarden, zu den Bauern bringen wird, und auf Befehl werden auf dem Rücken genau dieser Bauern die politischen Spielchen ausgetragen. Ressortverant-

wortlichkeit, Herr Landesrat, muß für ein Regierungsmitglied über Parteihörigkeit gehen, ansonsten sitzt du im falschen Sessel! (Landesrat Pörtl: „Wer hat dir diese Rede aufgeschrieben?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Ressortverantwortlichkeit gehört meiner Meinung nach auch, auf aktuelle Schwierigkeiten zu reagieren und voraussehbare, auf uns zukommende Schwierigkeiten abzufangen beziehungsweise abzufedern. Beide Aktionen fehlen in der steirischen Agrarpolitik.

Laut Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes sind die Einkommen um 7 Prozent zurückgegangen. Die nach wie vor falsche Lenkung von öffentlichen Geldern, also Subventionen, die zum großen Teil produktionsbezogen sind, gehen zum großen Teil dorthin, wo große Mengen produziert werden. Die Bauern reagieren auf die Probleme und auf die ungewisse Zukunft, indem sie verstärkt in den Nebenerwerb gehen. Nur mehr 29 Prozent der 267.000 landwirtschaftlichen Betriebe werden im Vollerwerb geführt, in der Steiermark sind es noch rund 17.000. Immer weniger junge Menschen sind bereit, den Beruf Bauer auszuüben. Nur jeder vierte Vollerwerbsbetrieb hat einen wahrscheinlichen Übernehmer. Und ich zähle die Tatsachen deswegen so pragmatisch auf, um damit aufzuzeigen, daß die Strukturbereinigung bereits seit Jahren in vollem Umfang läuft, ohne EU und ohne GATT. Und ich zähle sie auch deswegen auf, weil die Warnungen und die Forderungen von uns Sozialdemokraten, dieses System der Agrarpolitik zu ändern, keine Unkenrufe, sondern, wie die Zahlen sagen, Tatsachen waren und sind.

Was ist das für ein System, in dem man Betriebe in der Gunstlage mit bestem Boden Flächenstilligungsprämien in der Höhe von 8000 bis 10.000 Schilling in Anspruch nehmen kann, egal für wieviel Hektar. 10, 20, 100 Hektar, ohne Obergrenze, ohne Anrechnung auf einen fiktiven Einheitswert. Während man auf der anderen Seite Bauern in den Berg- und Grenzregionen in der Ungunstlage mit Schilling- und Groschenbeträgen abspeist, Obergrenzen einzieht und jedes Nebeneinkommen angerechnet wird.

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten lassen sich Kompensationszahlungen für Stilllegungen sowieso nicht verantworten. Es sind Zahlungen für eine nicht erbrachte Leistung, das völlige Gegenteil aller in einer Leistungsgesellschaft anerkannten Prinzipien. Sie verhindern sogar das notwendige Umdenken in der Landwirtschaft. Der innovative Landwirt, der mit alternativen Produkten Marktnischen sucht, steht als relativer Verlierer da. Die gesamte Wirtschaft spricht von intelligenten Produkten, nur in der Landwirtschaft gibt es keine anderen Möglichkeiten als Flächenstilllegung, also Flächenbrache, Schweinebrache. Wie lange wird es noch dauern, bis man auf die Bauernbrache kommt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in relativ kurzer Zeit wird Österreich abstimmen, ob es Mitglied der Europäischen Union werden wird oder nicht.

Weder ich noch meine Berufskollegen werden diese Entscheidung wesentlich beeinflussen können. Wir werden, wie immer diese Entscheidung auch ausfällt, das Ergebnis akzeptieren müssen.

Die Agrarbeamten und ein Großteil der Bauernfunktionäre, Kollege Riebenbauer hat es gerade gesagt, einschließlich Landwirtschaftsminister Fischler, Landesrat Pörtl, und der Kammerpräsident Wlodkovsky haben gesagt: „Wir können mit dem Ergebnis aus Brüssel leben“, und ich glaube es ihnen.

Wenn man unter dem Giebelkreuz von Raiffeisen steht, ist der Blickwinkel in Richtung EU ein wesentlich anderer, als wenn man unter der Stalltür steht und dann Richtung EU schaut.

Zu viele Fragen sind noch offen, und zu groß ist die Unsicherheit der Bauern. Bis heute, Herr Landesrat, wissen wir noch nicht genau, wie die Milliarden, die da zwischen Brüssel, Wien und Graz herumschwirren, aufgeteilt werden. Die Befürchtung, daß es sich wieder um Geld handelt, das zwar den Bauern angerechnet wird, aber niemals zum Bauern kommt und wenn, dann nur zu einigen wenigen, diese Befürchtung ist nicht unberechtigt, denn in der EU werden 80 Prozent der Mittel an 20 Prozent der Bauern aufgeteilt. (Abg. Gennaro: „Das wäre nicht gerecht!“) Ja, ich weiß, Herr Landesrat, dir macht das nichts aus. Ich habe ja schon gesagt, dein Blickwinkel ist ein anderer als der von den Bauern.

Wir wissen noch nicht, wie die Gebietsabgrenzungen ausschauen werden. Erst nach einem Beitritt werden wir wissen, wie die EU Österreich aufteilt. Wir wissen noch nicht, wieviel von den 20 Milliarden Schilling Strukturförderungen wirklich für die Bauern sind und vor allem, ob sie beim Bauern auch einkommenswirksam werden, das ist ja die wichtige Frage.

Und eine weitere wichtige Frage. Es gibt für die Landwirtschaft in der Steiermark weder regionale noch überregionale Projekte oder Programme, um überhaupt in den Genuß der Strukturförderung zu kommen. Ich weiß von einem Kulturlandschaftsprogramm der Kammer, das angeblich in das Umweltprogramm Österreichs integriert worden ist. Doch dieses Programm wird erst nach einem Beitrag auf seine EU-Konformität überprüft.

Noch gibt es nichts Konkretes darüber. Seit dem Beitrittsansuchen im Jahr 1989 haben weder Landesrat Pörtl noch die Interessenvertretung irgendwelche Vorbereitungen für die Bauern auf den Beitritt getroffen. Und jetzt wundert man sich, warum die Unsicherheit so groß ist.

Du, Herr Landesrat, hast zwar in der Vorlage über den Landesvoranschlag 1994 verlangt, daß über- und außerplanmäßige Kredite für die bevorstehende Umstellung im Hinblick auf die europäische Integration bereitzustellen sind, aber ich weigere mich, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Weder ich geschweige denn ein Bauer weiß, an welche Förderungssumme da gedacht ist. Mir ist es zu unehrlich, über irgendwelche Finanztransaktionen den Bauern Almosen zukommen zu lassen.

Ich verlange im Sinne der Budgetwahrheit und im Interesse der Bauern klar budgetierte Zahlen.

Jede bäuerliche Familie muß konkret und verbindlich wissen, wie sich ein EU-Beitritt auf ihren Betrieb auswirkt und welche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sich ihr bietet.

Mit Hilfe des „Gläsernen Bauern“, also des land- und forstwirtschaftlichen Betriebsinformationssystems, und der von Bund und Land bezahlten Kammerbeamten ist es möglich – und es ist möglich! –, jeden Bauern genau zu informieren, wieviel er im Jahr 1995 an Direktzahlungen zu erwarten hat, wenn Österreich bis dahin Mitglied der EU ist.

Ebenso verlange ich die Mitteilung, wie sich die Zahlungen in den nächsten zehn Jahren auswirken und entwickeln werden, oder wenigstens ein mittelfristiges Konzept.

Nur so ist es für den einzelnen Betrieb möglich, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Entscheidungen also, die nicht nur einen Betrieb, eine Produktionssparte, eine Familie, sondern auch die gesamte Gesellschaft betreffen.

Meine Damen und Herren von der ÖVP und der FPÖ, unser Generalredner Kurt Gennaro hat Sie schon darauf verwiesen, daß Sie noch Zeit haben, sich zu emanzipieren, um die Budgethoheit wahrzunehmen.

Ich rufe Sie daher auf, entscheiden Sie sich als Verantwortungsträger für die Ehrlichkeit gegenüber den Bauern und für die Unterstützung der Bauern.

Ich habe hier einen Beschlußantrag, den ich einbringen werde – ich habe zwei Beschlußanträge –, und ich ersuche, stimmen Sie den Beschlußanträgen zu. Sollten die keine Mehrheit finden, müßte ich so ein Agrarsparbudget ablehnen.

Darf ich vielleicht ganz kurz noch den Beschlußantrag vorlesen?

„Gerade in Zeiten großer Veränderungen“ – ich bitte die Bauernvertreter zuzuhören, um was es hier geht –, „die besonders auch den landwirtschaftlichen Bereich betreffen werden, steht es außer Streit, daß auf die steirischen Bauern und Bäuerinnen ein großes Augenmerk gelegt werden muß.“

Umso erstaunlicher ist es, daß im Zuge der Rationalisierungs-Ausschußverhandlungen seitens des Agrarlandesrates in seinem Ressort 50 Millionen Schilling eingespart werden sollen. Andererseits wieder hat Landesrat Pörtl bei den Regierungsverhandlungen zusätzliche Forderungen für den Bereich der Landwirtschaft in der Höhe von mehr als 45 Millionen Schilling gestellt.

Die Antragsteller und Antragstellerinnen setzen sich massiv für den Schutz der steirischen Bauernschaft ein; es muß allerdings eindeutig klargestellt werden, daß die Mittel, die für diese Bevölkerungsgruppe im Budget ausgewiesen werden, auch tatsächlich den Betroffenen zugute kommen. Um welche Mittel es hier geht, das lese ich dann.

Im Sinne der Budgetwahrheit und der Budgettransparenz sollten diese Mittel allerdings nicht aus Überbedeckungen oder Nachbedeckungen oder sonstigen Zuwendungen erfolgen, sondern transparent und klar in den dafür vorgesehenen Budgetansätzen der Gruppe 7 ausgewiesen werden. Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesbudget 1994 sind die Ansätze 1/749205, „Energie aus Biomasse“ um 10,024 Millionen Schilling zu erhöhen, im Ansatz 1/713015, „Förderung der Maschinenringe“ um 2,130 Millionen Schilling zu erhöhen, im Ansatz 1/749205, „Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben mit biologischer Wirt-

schaftsweise" um 16,4 Millionen zu erhöhen, sowie es sollen Ansätze geschaffen werden, in denen die Übernahme von hartkäsetauglicher Milch mit 6 Millionen Schilling, die Förderung von freiwilligen Stilllegungen von Schweinebeständen mit 2,3 Millionen und die Kürbisanbauprämie mit 9 Millionen Schilling ausgewiesen werden.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, diese zusätzlichen Budgetmittel für den Bereich der Landwirtschaft durch Direktzahlungen den unmittelbar betroffenen Bauern und Bäuerinnen der Steiermark zukommen zu lassen.

Und der zweite Beschlußantrag, den hat der Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger gestern schon erklärt, und der beinhaltet eine angemessene Ausstattung der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt, also es geht um den Betrag, der dort gestrichen worden ist.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung der notwendigen Investitionen in die Landwirtschaftlich-chemische Versuchs- und Untersuchungsanstalt sicherzustellen und diese raschestmöglich zu realisieren.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 22.50 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich bedanke mich für die Wortmeldung. Es ist sehr viel Mühe, eine Rede vorzubereiten und sie dann vorzutragen, und einige Damen und Herren können ihre vorbereiteten Reden leider nicht mehr halten, sie sollen auch Anerkennung haben. Aber es soll manchmal Zeiten geben, wo man auch den Applaus des Hauses kriegt, wenn man eine Rede nicht ganz zu Ende redet, in seinem vollen Umfang. Ich sage das nur vorsichtigerweise, nicht konkret auf diese Rede hin gemünzt, ich sage das nur, weil wir noch einige haben. Der nächste Redner ist der Herr Kollege Abgeordneter Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (22.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die beiden Vorredner haben viel Richtiges gesagt, aber noch mehr Falsches.

So zum Beispiel nicht das Thema EU ist das Vorrangige in der Bauernschaft. Ja, warum denn in die Ferne schweifen, das Übel, das liegt so nah! Und damit meine ich, daß wir nicht warten dürfen, bis die EU den ersten Schritt macht, um unseren Bauernstand zu erhalten, den, bitte, müssen wir selbst machen, und damit meine ich die binnenstaatliche Absicherung unserer Bauern. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, ich weiß es und nehme es auch gerne, sage ich, zur Kenntnis, daß ich als ungeliebtes Kind der Bauernvertreter verrufen bin. Deshalb möchte ich mich heute besonders beliebt machen, indem ich meine Wortmeldung sehr kurz halte.

Ungeliebtes Kind vielleicht auch aus dem Grund, weil Interessenvertretung und Bauernbund doch einige Zeit später erst draufkommen, daß das, was vor zwei Jahren hier am Rednerpult gesagt worden ist, jetzt doch einmal umzusetzen ist. Ich erinnere Sie nur

zurück an die Aufhebung der Bestandesobergrenzen, an die Mineralölsteuer oder an die Maissaatgsteuer.

Aber jetzt zu einem sehr ernsten Thema, was das Budget unseres Landes betrifft. Wir haben den ganzen Sommer hindurch verhandelt, haben uns bemüht, ein bauerngerechtes, ich sage extra bauerngerechtes, und nicht agrarpolitischgerechtes, Landwirtschaftsförderungsgesetz zu entwerfen, und ich glaube, es ist auch ein gutes Gesetz geworden. Wir haben im Bewußtsein, daß die Förderungen nicht so effizient sich auswirken, wie sie sich eigentlich auswirken müßten, unter dieser Priorität sind wir an diese Problematik herangegangen. Wir haben gewußt, daß es am Paritätsprinzip und am Verteilungsprinzip mangelt. Nur, wir haben dann auch einen Landwirtschaftsbeirat eingerichtet, der möglichst schnell zu konstituieren gewesen wäre, um bei der Erarbeitung von Verordnungen und Richtlinien beratend eingreifen zu können. Jetzt komme ich aber drauf, daß gerade jene Vertreter, die so sehr auf diesen Beirat, im besten Wissen, für die Bauern gut zu entscheiden, ihre Kandidaten gar nicht nominiert haben und dadurch bewirkt haben, daß gerade in der schwierigen Zeit der Anpassung, der Abklärung des Sachverhaltes, ja dieser maßgebliche Beirat nicht in die Entscheidung mit eingebunden ist. Und noch etwas, dieser Beirat hätte nämlich den Auftrag gehabt, eine Verordnung zu erarbeiten, in der festgelegt wird, welche Förderungsagenden werden von der Kammer erledigt und welche werden vom Land erledigt. Und damit ist auch Kostenaufwand verbunden. Darum sage ich in die Richtung der SPÖ, Sie haben es versäumt, an der richtigen Stelle zu sparen und diese Mittel umzuleiten. Zum Beispiel weiß man ja, daß die Kammer in ihrem Verwaltungsbereich 30 Millionen Schilling eingespart hat, im Landesbudget hat sich das nicht zu Buche geschlagen. Aber das wären 30 Millionen Schilling, die man in die Bergbauernförderung geben könnte, denn Sie wissen ja auch alle, und diese Budgets haben die Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei immer mitgetragen, daß die Bergbauernförderung fünf Jahre gleich ist. Da hat kein Mensch etwas gesagt. Heute ist sie zu wenig, geben wir ihnen diese 30 Millionen Schilling dort dazu - könnten wir machen -, und wir hätten nicht die niedrigste Bergbauernförderungsdotierung außer Wien. Also man sollte schon auch überlegen, bevor man auf der anderen Seite einfach fordert, zu Lasten der Bürger, zu Lasten des Staates. Wir wissen, daß wir Mittel lukrieren können, wenn wir sie effizient einsetzen und vor allem im Verwaltungsbereich zum Einsparen anfangen. Und der Rationalisierungsausschuß, meine Damen und Herren, der sollte und hat bewirkt, daß es eine Trendwende gibt, daß es ein Umdenken gibt, ja, daß es nicht einmal in der Landschaft so weitergehen kann, daß jeder alles haben wird können. Wir werden auch hier denken müssen und uns nach der Decke strecken müssen.

Aber ich darf jetzt etwas sagen und damit schon zum Schluß kommen. Was mich in der heutigen Debatte sehr berührt hat, die Monika Kaufmann hat mir den Ball aufgelegt, ich hätte es nämlich ohnedies gesagt, indem sie sagte, sie wüßte nicht, ob der Herr Landesrat Dr. Hirschmann jetzt für die Agrarförderung, für die Bauernförderung zuständig ist oder der Herr Landesrat Pörtl. Wenn es nach den Damen und Herren der

Sozialdemokratischen Partei ginge, wäre es wahrscheinlich der Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Denn wenn ich in das Naturschutzgesetz hineinschaue, wo man Enteignungen sieht, in die Raumplanung hineinschaue, wo man Enteignungen sieht, dann frage ich mich, wieviel ist Ihnen der Bauernstand wert? Denn Bauer sein heißt, mit Grund und Boden verbunden zu sein! Und wenn Sie uns unseren Lebensnerv abschneiden wollen, dann ohne uns! Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 22.57 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke! Der Herr Landesrat Pörtl ist am Wort.

Landesrat Pörtl (22.58 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Es ist sicherlich die kürzeste Agrardebatte, und ich bin gar nicht unglücklich, daß sie sehr unterschiedlich ausgefallen ist, denn ich habe momentan das Gefühl, daß ein gewisses Wirklichkeitsvakuum bei der Frau Kollegin Kaufmann eingetreten ist. Das muß ich ganz locker aussprechen, denn soweit ich mich im Land bewege, habe ich nicht das Gefühl, daß ich die allergrößte Gefahr für die Bauernschaft bin. Da ist ja GATT, EU und der ganze amerikanische, neuseeländische Raum mit NAFTA, mit den Tigern in Asien, gar nichts dagegen. Daß sie so einen Bauern als Vertreter in der Regierung haben, das ist wirklich eine furchtbare Katastrophe für das Land. Wer das glaubt, wird selig! Mehr sage ich zu diesem Thema nicht.

Das ist eine Kostprobe vom „Kritischen Bauern“, meine Damen und Herren, den schicke ich euch einmal in Serie zu. Ich bin diese Hiebe schon gewöhnt, daher tun sie mir wirklich nicht weh. Das sind halt die Methoden, die man anwenden kann, ich habe andere Methoden, wie ich für die steirische Bauernschaft agiere. Nur eines steht auch fest. Wir waren am Samstag bei Herrn Bundeskanzler Vranitzky und haben in einer, ich möchte fast sagen, dramatischen Sitzung die Frage der österreichischen Förderungs-voraussetzungen, bezogen auf die EU-Verhandlungen, abgestimmt; mit ihm persönlich und seinen Mitarbeitern verhandelt und besprochen. Er hat uns gebeten, gleich wie den Kollegen Gennaro, daß wir in dieser Zeit die Verantwortung wahrnehmen, um diese Entscheidung nicht durch Verhaltensweisen, die kurzfristig und nur vom Bauch, von der Emotion, vor allem vom gegenseitigen Niedermachen geprägt sind, zu beeinträchtigen. Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten – (Abg. Gennaro: „Das ist die Angst der Bauern! Wir in der Wirtschaft tun uns leichter!“)

Meine Damen und Herren, ich lasse diesen Gedankengang jetzt nicht abreißen.

Es schaut ja gerade so aus, als ob der Pörtl Erich, die Landwirtschaftskammer und der Bauernbund einen Antrag gestellt hätten, daß wir zur EU kommen und die gesamte sozialistische Regierung überhaupt nichts zu tun hätte, nach diesem Referat. Also, wer das glaubt, wird selig. Zum Glück haben wir die Landesausstellung „Wege zur Kraft“, da kannst du einiges dort einmal erzählen, damit du dich innerlich befreist. Ich muß das schon sagen, denn was da gesagt worden ist, ist ein starkes Stück. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, ich will da nicht ins Detail gehen. Wir haben sehr genaue Berechnungen auf Grund der Vorstellungen der Bauernvertretung, und es werden erst die endgültigen Entscheidungen letztendlich fallen, ob diese Mittel zur Verfügung sind. Ich nenne keine Zahlen. Ich kann diese unter vier Augen zur Verfügung stellen. Aber so zu tun, daß wir in der Steiermark die Allerschwächsten, die Dümmden, die Ärmsten, die Unbeholfensten sind – wer in Österreich herumfragt, die sagen alle das Gegenteil, was Beweglichkeit ist, was unternehmerisches Können ist, auch was die Förderungsentwicklung in Richtung Direktförderung betrifft. Im Jahre 1988 waren die Direktförderungen um die Hälfte niedriger als im Jahre 1993, insgesamt an die 600 Millionen Schilling, und trotzdem spricht man einfach Dinge aus, die nicht stimmen, vor allem richten sich die kritischen Bemerkungen fast alle gegen Förderungsrichtlinien, die Bund-Land gekoppelt sind. Wir müssen sehr oft mit den Richtlinien sozusagen im Kreis tanzen, weil es selbstverständlich ist, daß das Finanzministerium im Rahmen der Richtliniengenehmigung den Segen dazugeben muß. Da stellt sich die Kollegin Kaufmann ganz locker her und sagt, „wir murksen da herum, es geht nichts weiter, das ist eine verkehrte Richtlinie“. Ich möchte das nur in den Raum stellen. Ich bitte da nur um Verständnis, ein bißchen Eigenhygiene muß ich da betreiben, denn ich will da nicht unterkommen, trotzdem es schon so spät ist, daß man einfach da den Schutt abladet und glaubt, mit dem könnte man in Wahrheit die Zukunft gestalten.

Wir haben sehr präzise, und ich sage das auch ganz offen, der Kollege, Abgeordneter Riebenbauer, hat das direkt angesprochen – ja bitte, man soll sich halt ganz ehrlich und offen mit der Frage der GATT-Entscheidung, wo 125 Länder ganz konkret diese Entscheidung unterschrieben haben, befassen. Man soll sich damit ganz konkret befassen und darauf abgestimmt, diese EU-Entscheidung mit der neuen Agrarpolitik aus den bitteren Erkenntnissen, von denen ich heute schon einmal gesprochen habe, mit Milchseen, Fleischbergen und vor allem mit den Butterbergen. Die sind zur Erkenntnis gekommen, daß der Weg verkehrt ist, und wir koppeln jetzt zum richtigen Zeitpunkt direkt mit unseren Vorstellungen an. Ich weiß schon, daß das weh tut, aber ich will mich nicht nur mit dir auseinandersetzen. Nur, fest steht ganz klar, daß der Vizekanzler Riegler in Graz im Congress bei der CA-Tagung die österreichische Agrarpolitik präsentiert hat. Und die Franzosen haben damals vor sieben Jahren gesagt: „Ja, mein Gott, das ist eine alpenländische Phantasie, so wird man nie Agrarpolitik machen können. Man muß dynamisch, produktiv, in Masse, Menge und auch in Qualität erzeugen. Der Absatz ist überhaupt kein Problem!“ So wie bei den Ölscheichs, was im Land nicht Platz hat, wird kalt exportiert, und heute ist mit dem Mac-Sharry-Plan Gott sei Dank jene Linie gefahren, wo wir mit der umweltgerechten Landwirtschaftspalette zum Beispiel unsere Frage der Extensivierungsförderung, unsere Fragen der bodenbezogenen Veredelung in der Tierhaltung mit maximal zweieinhalb Großvieheinheiten einen konkreten Ansatz haben. Ich will mich da nicht verbreitern, weil der Kollege Peinhaupt da gesagt hat, das mit dem Aufmachen, was die Viehbestandsobergrenzen betrifft, die können wir gerne

aufmachen, aber wenn wir die Grenzen nicht auch aufmachen, dann hauen wir uns mit den Viehbeständen gegenseitig am Markt mausetot zusammen. Und Umsatz ist angeblich Einkommen, dann hat man sozusagen die gleichen Probleme, wie sie die EU im eigenen Land gehabt haben. Ich glaube schon, daß wir sie aufmachen müssen – ist auch meine Meinung –, aber nur im Hinblick, daß wir zusätzliche oder bisherige Märkte in Italien und Süddeutschland auch direkt nützen können. Ich glaube, daß wir auf dem Gebiet im Grunde auf einem Weg sind, wo wir eine Chance haben. Ich möchte das nicht kurz, aber auch nicht zu lang schon festhalten. Es gibt ein Schlagwort, das noch nicht weiß Gott wie bekannt ist: Mit GATT müssen wir leben und mit EU können wir überleben als Bauern. Das ist die Position. Die „Halleluja“-Rufe, die höre ich weit und breit kaum, auch nicht in anderen Bereichen. Nur die Alternative „was dann?“ da fehlen mir die Gurus, weil momentan die Gurus so unheimlich gut sind, die mit dem Fernglas zehn, zwanzig Jahre genau die Welt betrachten, es sind sogar Gurus dabei, die uns vor zehn Jahren um 180 Grad das Verkehrte erzählt haben und die Bauern instinktiv nicht mitgegangen sind. Ich nenne da ganz locker einen Namen, den Prof. Haiger, mit dem ich schon ein paar herrliche Begegnungen gehabt habe, der im Grunde recht hat, daß die heutige Gesellschaft nicht sozusagen den Wert des Lebensmittels erkennt, da gebe ich ihm recht. Aber bitte, ich kann ja nicht als Wissenschaftler ganz locker sozusagen mit Übertreibungen, mit Emotionen totale Irritationen auslösen, und ich will das auch nicht hier in diesem Hause zulassen. (Abg. Gennaro: „Jetzt habe ich mich überzeugt, die Kollegin Kaufmann hat die Wahrheit gesagt. Es sind Protokolle, da steht es wortwörtlich drinnen. Jetzt weiß ich nicht, wer die Unwahrheit sagt!“) Welche Protokolle? (Abg. Gennaro: „In den Bauernkammern-Sitzungsprotokollen steht das drinnen, was sie gesagt hat, jetzt kenne ich mich nicht mehr aus!“) Ja, mit dem Spiel können wir ruhig anfangen, liebe Freunde. Ich gehe halt auf das Protokoll ein, ich weiß das ganz genau. Die Vertreter der steirischen Bauernschaft haben im Hinblick auf die Entwicklung in Richtung Europäische Union, die Kollegin Kaufmann war mit dabei, einen Gesamtförderungskatalog mit Kulturlandschaftsprogramm – (Abg. Kaufmann: „Nicht nur Versprechungen machen, Herr Landesrat!“) Ja, ich werde ja auch was reden dürfen, wenn du das so exakt machst – und im Saldo sind über 400 Millionen an Forderungen dagewesen. Und es wurde auch in einer konkreten Wortmeldung zusätzlich zu diesem Forderungsvortrag dort konkret festgehalten, daß es eine längerfristige Förderungsperspektive ist. Aber nicht eine Forderung, die von heute auf morgen da ist. Und ich sage auch ganz ehrlich, das Spiel, daß ich zu wenig fordere, daß ich zuviel fordere – natürlich haben wir an die 400 Millionen an Notwendigkeiten im Hinblick auf Vorbereitungen in die EU bereits auf diese neuen Förderungsentwicklungen beantragt. Und ich habe auch Verständnis, daß der Finanzlandesrat das nicht kann, daher haben wir auch vernünftigt kooperiert, haben nie einen Konflikt daraus gemacht und haben im Rahmen dieser Nachbedeckung diese Dinge, die du da vorgetragen hast, der notwendigen Bund-Land-Finanzierungen, vor, diese auch zu finanzieren, damit die steirische Bauernschaft in dieser

Frage keinen Nachteil hat. Und ich sage auch ganz offen: Sparen ist nie lustig, ich brauche da überhaupt nichts zu wiederholen, aber ich kann mich gut erinnern: Wir haben ein kleines Wirtschaftlerl, ein Schöckl Kinder, und ich habe ein einfaches Leben angefangen, aber wenn man glaubt, man kommt mit dem Haushalt ohne hauszuhalten im kleineren und im großen, langfristig durch, davon bin ich persönlich nicht überzeugt. Und ich möchte auch eine Solidarität zum Bauernstand mittel- und langfristig haben, wenn ein Gesamtbudget in sich langfristig abzusichern ist. Ich bitte da um Verständnis. Natürlich kann man die Hütte anzünden. (Abg. Kaufmann: „Nicht nur Versprechungen abgeben, Herr Landesrat!“) Ja, wo sind die Versprechungen, diese Schwüre, möchte ich wissen? (Abg. Vollmann: „Im Protokoll steht es drinnen!“) Ja, das schauen wir uns gerne an. Seit wann kann denn ein Agrarlandesrat fixe Versprechungen abgeben? (Abg. Gennaro: „Das wissen wir auch nicht!“) Ja, also, für so gescheit werdet ihr mich schon halten, daß ich da nicht gleich Versprechungen sozusagen gleich über den Tisch oder im Rahmen einer Versammlung darlegen kann. Es ist ja ganz klar, daß ich das nicht machen kann.

Aber soviel, und um das möchte ich bitten, wenn eine solche Forderung im Raum steht, daß ich dort als Zuständiger für Landwirtschaft bereit bin, diese Forderungen anzuerkennen und in der Zielsetzung auch diese Förderungen zu erreichen, das ist ein legitimes Recht.

Ich möchte aber abschließen und dann noch zur Frage wegen des Förderungsbeirates, die der Kollege Peinhaupt angesprochen hat, etwas sagen. Vor einigen Tagen, ich habe das leider noch nicht allgemein transparent gemacht, hat auch die sozialistische Fraktion ihre Vertreter für den Beirat nominiert. Wir werden in Kürze konstituieren und auch die Richtlinien im Beirat beraten. Wir raufen da nicht herum, dort muß dann entschieden werden. Und was die Förderungs- und Beratungsleistung der Kammer betrifft, möchte ich noch abschließend festhalten, daß in dieser Bauernvertretung sehr wirtschaftlich und effizient gearbeitet wird. Ich kann ein Beispiel erzählen: In Spanien konnten, weil in der Vertretung keine Qualität in der Struktur vorhanden war, in den ersten fünf Jahren bis zu 25 Prozent der möglichen Förderungen überhaupt nicht umgesetzt werden. Weil diese komplizierte Form, das gebe ich frei zu, in dieser Agraradministration selbstverständlich einen gewissen Aufwand und eine Kontrolle auslöst. Uns wäre am liebsten, anständige Preise und überhaupt keine Förderung, das ist allgemein in der Wirtschaft bekannt. Aber wenn das die Natur, die Märkte nicht zulassen, dann bitte wird es doch wohl so viel Hirnschmalz und Logik geben, daß man unter diesen Umständen auch einen Wettbewerb in dieser internationalen agrarindustriellen Welt für steirische Berg- und Hügellandbauern und auch Tallandbauern schaffen kann, wenn man die Bauern will, die relativ kleine Betriebsstrukturen haben. Ich bedanke mich herzlich für dieses Verständnis, was bei den Bauern, wenn es wirklich ums Echte geht, vorhanden ist. Ich bitte vor allem auch in Zukunft, in dieser Form diese steirische Land- und Forstwirtschaft in ihrer Entwicklung mitzutragen. Wir sind aber auch bereit, mit einer

vernünftigen Haltung, mit einer vernünftig verantwortungsbewußten Haltung auch für andere Berufs- und Lebensbereiche mitzutragen. Ich sage das auch ganz offen. Die Probleme sind groß genug. Nur im Verbund haben wir eine Chance, und nicht in der einäugigen und spezialisierten Betrachtungsweise von Fragen der Zeit und der Zukunft, die längst weit über die Grenzen gehen und längst nur gemeinsam lösbar sind. Das ist in der Umwelt gleich wie in der Landwirtschaft längst eine Selbstverständlichkeit. Ich danke! (Allgemeiner Beifall. – 23.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 7, zum Fremdenverkehr.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Beutl das Wort.

Abg. Beutl (23.12 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich könnte es jetzt gemäß den legendären Worten des Pfarrers von Ranten so machen und sagen: „Ich bin müde, Sie sind müde, gute Nacht!“ und damit wäre es mit meiner Rede zu Ende. (Allgemeiner Beifall.)

Ganz so kurz mache ich es doch nicht! (Abg. Trampusch: „Haben Sie aber angekündigt!“) Habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, ich könnte! Ich habe gesagt, ich könnte es so kurz machen. Ich möchte es kurz machen. (Abg. Trampusch: „Frau Kollegin, bitte eine tatsächliche Berichtigung: Wir sind nicht müde!“) Dann um so eher meine etwas ausführlichere Wortmeldung.

Immerhin stehe ich mit sehr viel Stolz und Freude für eine Region hier, die es in den letzten zehn Jahren geschafft hat, zehn bis fünfzehn Jahren geschafft hat, ihre Chancen wahrlich zu nützen. Chancen, die ihr die Natur gegeben hat, mit den heißen Quellen, mit einer wunderschönen Landschaft, mit einem milden Klima und vor allem Chancen, die die Bevölkerung genützt hat mit ihrer Tüchtigkeit und ihrem Fleiß. Und ich könnte Ihnen in sehr poetischen Worten all die Reize und all das Wunderschöne schildern, das das Thermenland ausmacht, denn es ist dieser Region gelungen, den Begriff „Oststeirisches Grenz- und Hügelland“ zu einem neuen Begriff zu entwickeln, mit neuem Profil zum „Thermenland“. Aber ich habe eine bessere Idee. Gönnen Sie sich doch ein politikfreies Wochenende und besuchen Sie die Landesausstellung in Pöllau und schließen Sie daran eine Fahrt von Bad Waltersdorf über Loipersdorf, vorbei vorher an der Baustelle des Hundertwasser-Dorfes Blumau, das im Entstehen ist, bis hinunter nach Bad Gleichenberg und Bad Radkersburg. Und Sie werden feststellen, daß vor allem auch mit Hilfe des Landes, mit Hilfe der Investitionen, die hier getätigt wurden, Großartiges geschehen ist und wirklich vieles an Erholung, an Gesundheitsmöglichkeiten, an Kur- und Therapiemöglichkeiten geschaffen wurde. Und ich möchte mich hier bei der zuständigen Referentin, bei der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, für ihr Engagement für diese Region recht herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Ich erspare Ihnen nun aber wirklich alle jene Bilanzen, die beeindruckend sind, von den steigenden Qualitätsbetten, von den Nächtigungsziffern, die emporgeschneit sind in den letzten Jahren, und ich

möchte eigentlich, und das erlauben Sie mir wirklich, auf drei Dinge kurz eingehen, die mich und meine Kollegen aus der Region sehr beschäftigen. Und ich möchte hier ganz besonders den Kurort Bad Gleichenberg nennen. Er ist in diesem Haus schon mehrfach Gegenstand von Debatten und Diskussionen gewesen. Und ich möchte mich hier, auch stellvertretend für meine Kollegen, herzlich bei der gesamten Landesregierung bedanken dafür, daß sie immer wieder Wege und Möglichkeiten gesucht haben, dem Kurort zu helfen, nach Maßgabe eben der Möglichkeiten, die das Land hier hat bei dieser verzwickten Besitzstruktur der Kur-AG. Aber das, was so erfreulich ist, und deshalb möchte ich es herausstreichen, ist die Tatsache, daß trotz der unsicheren Besitzverhältnisse der neue Geschäftsführer, Direktor Puntigam, etwas ganz Großartiges geschafft hat. Er hat in überaus rühriger und einfallsreicher Art einige Akzente gesetzt, und seit Jänner sind auch hier die Bilanzen eindrucksvoll im Steigen. Er hat es zum Beispiel geschafft, neue Ambulanzverträge mit Sozialversicherungen abzuschließen, 14 an der Zahl, und er hat damit den Hausärzten die Möglichkeit gegeben, in Ambulanzverträgen 24 verschiedene Therapien anzubieten. Dieses Therapieangebot wurde beträchtlich erweitert und ausgebaut, und Bad Gleichenberg kann nun im Reigen dieser Kurorte wirklich als Therapekaiser auftreten. Und ich erspare Ihnen, die 25 oder 24 Therapien aufzulisten. Ein Hit sind jedenfalls die Kinderkuren und die Atemschnule. Und kürzlich wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Graz und Wissenschaftlern aus Deutschland ein Forschungszentrum für Psychosomatik und Kurmedizin eingerichtet. Und die Bilanzen, wie gesagt, sie sind wirklich imponierend. Wir haben eine Umsatzsteigerung von Jänner bis März von 25 Prozent und bei den Therapiemitteln eine Steigerung von 3000 Therapien in diesem Zeitraum. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Hotellerie und Gastronomie in Bad Gleichenberg. Und auch hier, bitte, haben wir bereits eine Steigerung der Nächtigungsziffern von Jänner bis März von 10 Prozent. Der Mineralwasservertrieb ist auch im Steigen, trotzdem es in dieser Branche einiges an Konkurrenz gibt. Das Kurzentrum beschäftigt 77 Mitarbeiter und wird demnächst weitere zehn Plätze für Masseur, Masseusen freimachen oder ausschreiben. Und insgesamt möchte ich betonen, daß gerade Bad Gleichenberg für die umliegende Kleinregion ein ganz wichtiger Arbeitgeber ist. Er schafft immerhin zirka 1500 Arbeitsplätze. Ich möchte noch einmal betonen, Bad Gleichenberg ist dabei, es trotz der problematischen Situation aus eigener Kraft zu schaffen. Und auch der Gemeinderat und die Bevölkerung gehen mit sehr viel Optimismus daran, eigene Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Trotzdem bitten wir natürlich nach wie vor das Land um Unterstützung, wenn es dann so weit ist, daß vielleicht das Aktienpaket zur Verfügung steht. (Abg. Tasch: „Dachstein-Tauern-Region und Steirisches Salzkammergut!“) Das werde ich ganz sicher nicht sagen, Kurtl. Wir haben nämlich ein zweites Problem in der Region. Dieses Problem wurde vom Kollegen Schleich heute schon genannt, und wir hatten auch bereits vor einiger Zeit hier eine Demonstration. Es geht hier um die Shredder-Anlage in Fehring. Und ich möchte auch hier um Unterstützung sowohl unseres Landesrates

Pörtl als auch des Herrn Landesrates Dr. Strenitz bitten, daß tatsächlich versucht wird, mit allen Mitteln, die dem Land zur Verfügung stehen, diese Anlage zu verhindern. Denn, wenn wir für diese Region, das Leitbild des sanften Tourismus aufbauen, wenn wir wirklich vieles geleistet haben, dann darf eine solche Anlage all diese Bemühung nicht zunichte machen. Es wäre wirklich in krassm Widerspruch zu dem, was wir dort für die Bevölkerung und die Region aufgebaut haben.

Lassen Sie mich zum Abschluß – und ich bin wirklich schon am Ende – nur ein Beispiel nennen, und ich möchte es ganz bewußt nennen, ich wollte es ursprünglich streichen, aber weil vorhin diese Debatte in der Landwirtschaft gelaufen ist. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, stellvertretend für unternehmerische Menschen in unserer Region, stellvertretend für die vielen Berufsgruppen in unserer Region. Ein Beispiel aus der Landwirtschaft, und wir wissen um die Bedeutung der Landwirtschaft für den Tourismus, glaube ich, Bescheid.

Und zwar eine Berufsgruppe innerhalb der Landwirtschaft ganz besonders in der Südsteiermark, aber auch bei uns in der Oststeiermark, und ich meine hier damit die jungen Weinbauern. Was diese Gruppe auf die Füße stellt, das ist wirklich unglaublich, was sie mit Einfallsreichtum und mit Unternehmertum, mit Courage und Mut zu Neuem dort aufgebaut haben und aufbauen, das ist erstaunlich. Und ich möchte hier diesen jungen Weinbauern ein Wort des Dankes und der Anerkennung sagen, denn sie leisten als Impulsgeber und als Lokomotive ganz Wichtiges für die gesamte Wirtschaft.

Und der Herr Landesrat hat vom Verbund gesprochen. Sie leisten hier ganz Gewichtiges für die gesamte Wirtschaft, weit über die lokalen und örtlichen Grenzen hinaus, denn die Verbindung von Wein von höchster Qualität und unberührter, intakter Landschaft und dem direkten Erlebnis, vom Erzeuger diesen Wein zu genießen, das hat einen ganz großen Reiz, und wir dürfen feststellen, daß Gäste ganz besonders aus Westösterreich, aus Salzburg, Tirol uns entdecken, aus der Ostschweiz, aus dem südbayerischen Raum und seit der Öffnung der Ostgrenzen auch immer stärker aus den benachbarten Ländern im Osten, und das ist für uns eine ganz, ganz wichtige Entwicklung. Und ich darf – und diesen Lokalpatriotismus erlauben Sie mir auch zu so später Stunde – Sie einladen: Kommen Sie und schauen Sie sich an, was die oststeirischen Weinbauern in St. Anna am Aigen geschaffen haben mit ihrer ersten gesamtsteirischen Vinothek, mit einem sehr modernen – und den Kurtl Tasch wird es nicht gefallen – Architekturbauwerk; das seinesgleichen sucht, und vor allem mit dem köstlichen Wein, der dort kredenzt wird.

Noch einmal: Ein Beispiel für uns und im Hinblick auf die Europäische Union. Ich mache mir keine Sorgen, und wir sollten diese Sorgen nicht haben, solange es solche Menschen gibt, die ihre Chance nützen, und ich bin überzeugt, wir sind Beispiel und können Beispiel sein für den Rest der Steiermark! (Allgemeiner Beifall. – 23.24 Uhr.)

Präsident: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Vollmann, seinen Beitrag zu leisten.

Abg. Vollmann (23.24 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Es ist ja verlockend, hier zuzuhören, was die jungen Weinbauern erzeugen, und ich bin ja selbst einer, der sich zeitweise davon überzeugen kann. Und der Herr Landeshauptmann hat gerade hinübergedeutet, das wäre die Abrundung dieses Tages. Natürlich, Herr Landeshauptmann, wir sagen immer: „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen.“ Und wenn es mit dem Baden zusammenpaßt, dann wird es halt für die Gesundheit sein. Ich glaube, das ist einer der wichtigsten Aspekte, die in diesem Thermenland entstanden sind.

Meine Damen und Herren, daß Österreich in der Frage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft Großartiges leistet und erzielt, wissen wir aus den Berichten, die es in diesen Bereichen überall gibt, denn 15 Prozent, so sagt man immer wieder, des Bruttoinlandsproduktes seien im Endeffekt das, was die Tourismuswirtschaft an Leistungen erbringt. Mehr als 160 Milliarden Schilling sind das. Die jährlichen Einnahmen waren das jedenfalls im Jahre 1993, wovon 25 Millionen Touristen in unserem Land profitieren. Das heißt also, 25 Millionen kommen zu uns. Rund 127 Millionen waren 1993 an Nächtigungen zu verzeichnen, wovon 9 Millionen, 544.000 auf die Steiermark entfallen sind, das heißt, daß die Steiermark das einzige Bundesland war in diesem Jahr, das also fast gleiche Ergebnisse zu verzeichnen hatte wie 1992. Und wie wir in der letzten Statistik gelesen haben, nun im Wintertourismus das einzige Land ist, das sogar eine Zunahme zu verzeichnen hatte.

Meine Damen und Herren, wir wissen aber auch, daß viele Bereiche des Tourismus natürlich heute bereits in die Schwierigkeiten mit der Umwelt hineinspielen. Die Schäden an Wäldern und Wiesen, Bergen und Seen steigen, und der Tourismus wird in den westlichen Bundesländern bereits als der „Landschaftsfresser“ verteufelt. Ursache dafür sind die negativen Auswirkungen des Massentourismus. Diskussionen über Schranken, Sperren von Landschaftsteilen, Gästekontingentierungen, Eintrittskarten in die Natur geistern durch die Köpfe mancher Tourismuspolitiker. Aber auch eine Abgabe für die Pflege der Landschaft wird immer nachhaltiger diskutiert. Daß in diesem Zusammenhang natürlich der Ruf „weg von der Quantität und mehr hin zur Qualität“ auftritt, ist ja eine Selbstverständlichkeit. Nur die Rahmenbedingungen fehlen in manchen Teilen, und wer vor wenigen Wochen die Pressemeldungen gelesen hat, daß bei der Hotelierstagung in Schladming die Hoteliers dort festgestellt haben, daß jedes zweite Privathotel so enorm verschuldet ist, daß die Schuldensumme bereits 110 Milliarden Schilling beträgt, der weiß, daß hier die Förderer einerseits und andererseits die Geldwirtschaft aufgerufen sind, in dieser Frage doch einiges zu tun und darüber nachzudenken.

Aber ich behaupte auch, daß die Steuerreform 1994 und die sinkenden Zinsen ihren Teil dazu beitragen werden oder beigetragen haben, weil ich glaube, daß das sicher ein Anreiz gewesen ist.

In der Steiermark, meine Damen und Herren, das bemerke ich immer mit Stolz, betreibt die Landes-

holding in enger Zusammenarbeit mit einigen Städten und Gemeinden ein Marketingkonzept und eine Kampagne zur Aquisition von Hotelprojekten. Was heißt das? Gemeinden interessieren sich für Hotels und die Landesholding ist ihnen dabei behilflich, bei Abwicklung, bei der Suche von Interessenten. Das ist sehr wichtig, wie wir wissen. Gerade meine Vordnerin, die Frau Beutl, hat davon gesprochen, daß die Entwicklung im Thermenland eine besondere war. Ich freue mich darüber, weil ich glaube, daß es hier gemeinsam gelungen ist, Landesgelder dorthin zu bringen, wo eine starke Frequenz entsteht. Wir haben, das wissen wir, den Anstieg der Nächtigungen der Entwicklung der Thermenregion zu verdanken. Loipersdorf hat ja irgendwann einmal in seinen Bereichen doch Zweifel gefunden. Ich freue mich aber heute, daß es überall gelobt wird. Ich darf nur, wenn Sie sich bedankt haben bei der Frau Landesrätin, die damals damit noch nichts zu tun gehabt hat, damit natürlich auch bitten, zur Kenntnis zu nehmen, wenn ich danke sage unserem Finanzreferenten Dr. Klausner und auf der anderen Seite dem Präsidenten Wegart, denn sie waren die eigentlichen Väter von Loipersdorf und haben dort wesentliche Geldmittel in diese Bereiche hineingegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Thermenregion mit ihren Standorten Loipersdorf, Waltersdorf, Bad Radkersburg hat natürlich besondere Anreize für uns alle, und ich darf natürlich auch feststellen, daß die 700.000 zu erwartenden Nächtigungen im heurigen Jahr ihre eigene Sprache sprechen. Und ich freue mich, daß Sie auch die entsprechenden Initiativen für Bad Gleichenberg angesprochen haben. Denn würden auch dort die entsprechenden Maßnahmen, wie wir sie ja in einem Antrag hier eingebracht haben, bereits gesetzt sein, dann wäre dort wahrscheinlich auch eine merkliche Beschleunigung des Aufschwunges zu sehen. Wir glauben aber, daß also auch in der Abrundung der Gesamtheit der Thermenregion Bad Gleichenberg nicht ausgelassen werden kann. Und ich bitte daher um die besondere Anstrengung auch für diesen Bereich. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle aber auch ein Dankeschön an all die im Tourismus Tätigen, nämlich die Steirerinnen und Steirer, die nicht nur in ihrem eigenen Bundesland, sondern darüber hinaus in ganz Österreich in dieser Branche arbeiten. Sie sind die beliebtesten, die begehrtesten und die freundlichsten Arbeitnehmer. Das wissen wir, und ich glaube, wir sollten auch ihnen den Dank sagen für ihren stetigen Einsatz und ihr Verständnis, vor allem aber für die Freundlichkeit, die wesentlich zum Image des steirischen Tourismus beiträgt. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Steirischen Tourismus-Ges. m. b. H. ist zu bemerken, daß der Aufsichtsrat mit der Bestellung von Klaus Schrötter zum Geschäftsführer eine sehr positive Entscheidung getroffen hat, so meine ich. Seine Tätigkeit ist bereits im ganzen Land spürbar. Ich war in den letzten Wochen des öfteren mit ihm beisammen, und ich wünsche ihm und seinen Mitarbeitern viel Erfolg in ihrer Arbeit für den steirischen Tourismus und im Sinne des steirischen Tourismus. Ich möchte aber auch hier klar und deutlich feststellen, daß auch während der Zeit, wo Herr Merlini die Steiermark-Werbung

geführt hat, Großes geleistet wurde. Meistens sind diese Dinge der Geschäftsführer ja erst viel später spürbar, weil die Entwicklung des Spürens ja viel langsamer ist als die Initiativen, die gesetzt werden. Ich habe dazu nur eine Bitte, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, laßt's den Merlini arbeiten, die Politik und die Politiker sollen sich heraushalten – (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Den Schrötter!“) – den Schrötter, den Schrötter natürlich – die sollen sich da heraushalten, weil ich glaube, daß er a) ein guter Mann ist, b) ein gutes Team hat und daß, wenn wir ihn arbeiten lassen, er im Endeffekt auch etwas weiterbringt. Um das bitte ich.

Meine Damen und Herren, der voraussichtliche Eintritt in die Europäische Union ist eine neuerliche Bewährungsprobe für unser Land. Wir wollen nicht nur das grüne Herz Europas werden, sondern auch sein. Daher haben wir dieses Grüne zu hüten und alle Maßnahmen, meine Damen und Herren, zu setzen und zu tun, daß wir diese Landschaft und diese Natur in Österreich erhalten, die alle so lieben und warum sie nach Österreich kommen. Das ist eine gemeinsame Bitte, die wir zu tragen haben!

Wenn ich jetzt von vielen positiven Dingen gesprochen habe, dann muß ich natürlich auch zu den anderen kommen, denn sonst hätten wir keine entsprechende Budgetdebatte. Meine Damen und Herren, was ist also in diesem Landtag, in diesem Land, seit der Budgetdebatte 1992 geschehen? Der Rechnungshofbericht über die Steiermark-Werbung mit den bekannten Kritikpunkten ist herausgekommen, wir haben ihn in diesem Hause schon einmal behandelt. Ich hoffe, es sind diese Punkte beseitigt worden, und mit der neuen Führung kommen wir also auch in neue Bereiche. Der Rechnungshofbericht über die Tätigkeit der Fremdenverkehrsabteilung ist herausgekommen, dessen Wahrnehmungen und Vorschläge, so hoffe ich, bereits berücksichtigt worden sind, und es sind die angesprochenen Bereiche inzwischen beseitigt worden. Ich würde nur höflich bitten, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, wenn Sie uns irgendwann einmal darüber berichten würden, ob diese damals angesprochenen Bereiche auch erledigt worden sind. Im Tourismusgesetz haben sich gewaltige Vollzugsprobleme ergeben, ein erheblicher bürokratischer Aufwand. Wir haben es bei den Verhandlungen ja schon gewußt, nur haben wir alle miteinander nicht geglaubt, daß sich in Graz diese großen Probleme ergeben. Wir werden daher entsprechend schnell, und ich fordere Sie bitte dazu noch einmal auf, für Graz eine eigene Regelung finden müssen, denn in Graz stimmt es nicht, denn wenn von 24.000 Berechtigten an der Wahl nur ein paar Hundert teilnehmen, dann ist das sicherlich zu wenig. Am Beispiel Graz zeigt es sich, daß es für so große Bereiche unbrauchbar ist. Und die Verhandlungen, das darf ich bitte auch sagen, in den letzten Wochen und Monaten, die hier das Fremdenverkehrsbüro einerseits, andererseits der Herr Schrötter mit der Edlinger-Werbung durchgeführt hat, zeigen, daß unser damaliger Ansatz, große Regionen und Bereiche zu schaffen, die sich zusammenschließen, weil sie schlagkräftiger sind, sich bewahrheitet hat. Wir haben damals gemeinsam, der Kollege Dr. Flecker und der Kollege Dipl.-Ing. Vesko, gemeint, wir sollten hier besondere Förderungen

schaffen. Ich danke, daß Sie inzwischen das vollziehen und diese Förderungen auch schaffen. Es wird auch sicherlich überall gesagt. Bei der Frage der Diskussion über die Tourismusförderung, insbesondere den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds, habe ich ja schon einmal gesagt, 137,5 Millionen Schilling, auch wenn sie sich selber erhalten, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, sind viel Geld, und Sie wissen, die Tourismuswirtschaft braucht das Geld. Es soll hinausgehen, es soll arbeiten, und es soll im Endeffekt nicht liegen. In dem Zusammenhang darf ich Sie auch bitten, wir haben damals von Ihnen die Vorlage eines Tourismusberichtes verlangt, er ist im Gesetz ja festgehalten. Ich weiß, erst um die Jahresmitte ist er fällig. Es wäre aber schön gewesen, hätten wir diesen Tourismusbericht zur Budgetdebatte, nachdem sie so spät ist, schon vorliegen gehabt oder einen Tourismusbericht für das Jahr 1992, dann wüßten wir, wie es steht, und wir hätten uns nicht alle Daten, darf ich das auch dazusagen, mühsam zusammensuchen müssen.

Wir haben ja nicht alles. Für mich, wissen Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ist das immer eine Selbstverständlichkeit, daß einer, der über so viele Informationen im Tourismus verfügt wie Sie, im Endeffekt auch die Verpflichtung hätte, an die anderen Fraktionen diese Informationen weiterzugeben, denn wir sitzen; so sagen wir immer, gerade im Tourismus in einem Boot. Ich darf Sie daher darum höflich bitten, das vielleicht zukünftig zu tun.

Zu den Versprechungen, die gemacht worden sind: Im Rationalisierungs-Ausschuß wurde von einem Bäderkonzept gesprochen. Ich frage Sie hier und heute, wo ist es? Welche Inhalte hat es? Was wird gefördert, und welche Prioritäten existieren? Fest steht lediglich, daß noch immer viele Gemeinden nicht wissen, wie sie dran sind, und, na ja, auf ein paar Tröpfel aus dem Sieb, in dem umgerührt wird, dann natürlich hoffen. Es sind zwar nur kleine, ich will nicht sagen Almosen, aber es sind also nur kleine Bereiche, die hier zu vergeben sind. Aber vielleicht kann man hier Prioritäten setzen, weil ich glaube, daß uns das sicherlich besser tut.

Es wurde ein Aufschließungskonzept für Lifte in Aussicht gestellt, um endlich auch aus raumordnungspolitischen, wirtschaftspolitischen, aber natürlich auch tourismuspolitischen Gründen und Überlegungen Klarheit zu bekommen, wo weitere Alpinerschließungen vorgenommen werden sollen beziehungsweise der Ausbau bestehender Einrichtungen vorgenommen werden soll. Ich habe mir hier eine kleine Liste der seinerzeit gewünschten Projekte gemacht. Es ist das der Zusammenschluß der Dachstein-Tauern-Region, wo uns sehr am Herzen liegt, daß sie so bald als möglich erfolgt. (Beifall bei der SPÖ.)

Da ist die Frage Kreischberg-Frauenalpe, die Aflenzer Bürgeralm, Sie wissen ja, dort hatten wir große Probleme mit dem Konkurs. In Hohentauern, die Mariazeller Bürgeralpe, das Lachtal, der Loser, Mürzsteg, Niederalpe, Veitsch, meine eigene Heimat, der Präbichl, meine Damen und Herren (Beifall bei der SPÖ.) – der Präbichl, ein besonderes Anliegen. Eine Unterschriftenaktion ist in dieser Region im Gange. Bereits 18.000 Unterschriften gibt es dort für den Ausbau des Präbichls, und ich bitte Sie, dieses Anliegen wirklich als ein sehr ernstes der Obersteier-

mark zu sehen, verbunden natürlich mit der Eisenerzer Ramsau. (Beifall bei der SPÖ.) Denn die Frage der Eisenerzer Ramsau ist natürlich eine ganz besondere. Ich komme in diesem Zusammenhang – (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Meinen Sie mich?“) ja natürlich, ja natürlich, wen sonst!

Ich komme in diesem Zusammenhang ja auf Sie noch einmal zurück. Bei der Eisenerzer Ramsau, habe ich gemeint, ist das ein besonderes Kapitel. Im seinerzeitigen Bund-Land-Vertrag, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, wurden vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler erhebliche Mittel für den Ausbau zugesichert. Die einzige Meldung aus der ÖVP war die Frau Staatssekretärin Fekter, die kurz und deutlich gesagt hat, nicht sinnvoll, aus und Ende. Und die einzige Meldung aus der Seite meines Kollegen Vesko von der FPÖ war ein kurzes und deutliches Wort, das heißt „dagegen“. Welche Alternativen es allerdings da oben gibt, hat niemand mehr von Ihnen gesagt. Die Eisenerzerinnen und Eisenerzer, die dort ihre Arbeitsplätze verloren haben, die Hoffnung haben in diesem Bereich und durch diese Maßnahme und durch diesen Bau wieder Arbeitsplätze zu bekommen, wirklich Hoffnung haben, warten anscheinend umsonst darauf. Also welche Haltung, bitte sagen Sie mir, wird von der Koalition zum Bund-Land-Vertrag eingenommen? Man geht in der ÖVP und in der FPÖ, so scheint es mir, auch von Landesseite auf Distanz und betont, daß eigentlich gar nichts vorliegt. Ich weiß schon, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, daß Sie sich einige Male dazu bekannt haben, dafür bedanke ich mich auch, aber das hilft uns im Endeffekt nicht weiter. Die Steiermark hat in Wien Förderungszusagen bekommen, Förderungswerber sind Sie. Wenn die Zusagen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers nichts mehr wert sind, dann weiß ich nicht warum.

Will man denen, die sich um diese Projekte bemüht haben, den Erfolg nicht gönnen, oder steckt etwas anderes dahinter, vielleicht kann man uns das einmal sagen. Ich darf auch bitten, daß wir in der Frage der durch den Bund gegebenen regionalen Tourismusinfrastrukturförderung, für 1994/95 immerhin ein Volumen von 150 Millionen Schilling, diese Projekte, die vorliegen, ausnutzt. Ich darf daran erinnern, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Blumau, das Kurzentrum Bad Radkersburg, das Kurzentrum Bad Gleichenberg, Kneipp-Zentrum Bad Gams, die Kuranlage Bad Sauerbrunn, Moor- und Kurzentrum Krakauenebene, Schwefel- und Moorbad Wörschach, um einige zu nennen, sind also da drinnen. Ich darf also bitten, daß das wirklich einbezogen wird.

Frau Landeshauptmannstellvertreterin, verzeihen Sie, wenn ich auch das dazusage, und ich will da nichts anzünden, damit man mich richtig versteht. Da wird über Olympische Spiele philosophiert und großartig verkündet, daß der Bund überall mitzahlt, und auf der anderen Seite nehmen wir das, was der Bund zahlen würde, nicht in Anspruch. Ich verstehe es nicht ganz, aber vielleicht kann man mir das ja erzählen. Ich kann mich nur erinnern, daß der Kollege Ing. Ressel einmal gesagt hat, das sei entweder maßlose Überheblichkeit, um ihn persönlich oder wörtlich zu zitieren, oder ein hundsmiserabler Umgang mit Großprojekten. Also, ob das wirklich so ist, das weiß ich nicht, aber der Hund war heute schon herinnen da in diesem Haus, es war

aber sicherlich nicht in diesem Zusammenhang. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Das war kein miserabler, das war ein schöner Hund!“)

Meine Damen und Herren, ich behaupte halt, weil man so viel dem Kollegen Dr. Strenitz in der letzten Zeit hinaufgehängt hat, hätten Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, so viel Einsatz für den steirischen Tourismus gezeigt, wie der Strenitz für seine Spitäler, dann wäre wahrscheinlich der Großteil dieser Projekte schon realisiert! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Sie finden uns überall dort als Ihre Verbündeten, und ich glaube, es ist wichtig, hier einen gemeinsamen Weg zu gehen!

Erst die Pflicht und dann die Kür oder, um bei der besagten Disziplin zu bleiben, erst ein seriöser und guter Eisläufer, der einen Doppelpaxel zusammenbringt, und wenn er ihn steht, ist es umgekehrt, dann liegt er auf der Nase und holt sich blaue Flecken. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Ich habe nichts gegen blaue Flecken!“) Das ist also unser Problem. Ich habe von der Olympiade geredet, ganz klar!

So, meine Damen und Herren, das waren einmal grundsätzlich die Bemerkungen zum Tourismus. Ich darf aber zum Abschluß mich noch einmal dazu bekennen, daß wir das Positive in diesem Bereich sehen und gerne bereit sind, alles Positive in diesem Bereich auch zu unterstützen. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Großprojekte!“) Ich habe – gleich gehe ich dann auf Sie ein, Frau Kollegin – drei Beschlusanträge zum Tourismus, einer betreffend die Handhabung der Tourismusförderung, wo es uns darum geht, daß zukünftig touristische Großprojekte nur mehr gefördert werden dürfen, wenn dem Land Steiermark eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an dem jeweiligen Tourismusprojekt eingeräumt wird. Der Kollege Frizberg hat in seiner Budgetrede gemeint die touristischen Großprojekte. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Sie haben nur Projekte geschrieben und das Wort ‚groß‘ vergessen!“) Nein, bitte, steht schon drinnen, wir haben es schon ausgebessert!

Wir meinen aber bitte selbstverständlich unter touristischen Projekten, wir haben jetzt das „Groß“ dazugegeben, natürlich keine Landwirtheuser, die also mit Millionen unterstützt werden, wo sich das Land dann beteiligen soll. Ich meine, für so gescheit muß man uns im Endeffekt schon auch halten.

Beschlusantrag der Abgeordneten Vollmann, Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann Monika, Dr. Klauser, Korp, Minder, Prutsch Günther, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch und Ussar, betreffend die Handhabung der Tourismusförderung.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen Beschluß zu fassen, wonach zukünftig touristische Großprojekte nur mehr gefördert werden dürfen, wenn dem Land Steiermark eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung an dem jeweiligen Tourismusprojekt eingeräumt wird.

Der zweite Beschlusantrag der Abgeordneten Vollmann, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-

Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann Monika, Dr. Klauser, Korp, Minder, Prutsch Günther, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch und Ussar, betreffend den Zusammenschluß der Steiermärkischen und der Grazer Tourismusgesellschaft sowie die Einrichtung eines Tourismusförderungsbeirates. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß im Sinne einer größeren Effizienz die Steiermärkische Tourismus Ges. m. b. H. mit der Grazer Tourismus Ges. m. b. H. zu einer gemeinsamen Gesellschaft zusammengeschlossen wird, ein Beirat eingerichtet wird, der die Steiermärkische Landesregierung über die Verwendung der dieser neuen Gesellschaft zur Verfügung gestellten Budgetmittel berät.

Der dritte Beschlusantrag der Abgeordneten Korp, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Dr. Klauser, Minder, Prutsch Günther, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend die Realisierung des Tourismusprojektes „Eisenerzer Ramsau“. Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, daß das Tourismusprojekt „Eisenerzer Ramsau“ im Interesse dieser gesamten Region raschestmöglich verwirklicht werden kann.

In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön für Ihre Aufmerksamkeit und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 23.45 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr und erteile dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (23.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren!

Wir haben gerade zwei flammende Appelle für eine Region und einen nicht minder flammenden Appell gehört für alle Regionen der Steiermark und für eine Liste und Fülle von touristischen Projekten von Nord bis Süd und Ost bis West, die alle darauf warten, aus dem Dornröschen-Schlaf geweckt zu werden. Ich möchte aber meine Ausführungen nicht damit beginnen, daß ich all diese Projekte wiederhole, sondern Ihnen sagen, daß wir eigentlich mit dem Ergebnis des Winters 1993/94 durchaus zufrieden sein können. Durchaus zufrieden unter Anführungszeichen, weil sowohl die Ferienstaffelung und die Wochentagslage der Weihnachtsferien als auch der Osterferien beziehungsweise die Witterungsverhältnisse von Mitte Februar bis Mitte März nicht unbedingt sehr opportun waren für einen Wintersport und für Winteraktivitäten und wir trotzdem mit einem Ergebnis, das eine leichte Steigerung darstellt, abschließen können. Dies ist umso bemerkenswerter, weil wir in den traditionellen Wintersportorten durchaus mit Wintersportnachbundesländern mit durchaus zum Teil beträchtlichen Einbußen konfrontiert sind und wir somit sagen können, daß wir im Wettbewerb mit unseren nachbarlichen Bundesländern nicht schlecht abgeschnitten haben. Man muß allerdings auch dazusagen, daß die Voraussetzungen und die Ausgangsbasis in den

bereits sehr stark und intensiv entwickelten Winter-sportgebieten, natürlich die Probleme der Auslastung wesentlich größer sind als in einem Land, wo all diese Dinge zwar nicht mehr in den Kinderschuhen, aber doch schon noch weit davon entfernt sind, jene Intensität zu haben. Wobei ich vielleicht sogar sagen muß, Gott sei Dank. Wir müssen nicht jeden Trend im Megatourismus und so weiter mitmachen, und ich gehe da mit Kollegen Dr. Flecker, Entschuldigung, Kollegen Vollmann, vollkommen konform, daß ich sage, diese Megatourismuslawine müssen wir nicht unbedingt mitmachen. Wir haben drei Dinge, die uns besonders wertvoll und liebenswert für den Gast machen. Es sind dies die gute Luft, die schöne Landschaft, die freundlichen Leute. Ich würde ein viertes dazugeben, es ist auch das gute Essen und das gute Trinken in einem zu erwähnen. Und wir haben ja gehört, daß sich gerade in der Oststeiermark auf diesem Sektor auch einiges getan hat, wobei mir da aufgefallen ist, daß die Reihenfolge ganz interessant war. Der intakte Wein, die offene Landschaft und die unberührten Menschen, ich glaube, da ist eine kleine Verwechslung vorgelegen.

Ich muß aber dazusagen, daß wir trotz der mehr oder minder erfolgreichen Wintersaison sicherlich, und auch da stimme ich mit Kollegen Vollmann überein, die Betriebe, die Fremdenverkehrs-, die Tourismusindustrie, sowohl was die Beherbergung und die Gastronomie betrifft als auch Aufstiegshilfen, Liftgesellschaften und so weiter, nach wie vor stark verschuldet sind. Daß Insolvenzen nicht auszuschließen sind und, ich möchte nicht sagen, auf der Tagesordnung stehen, aber doch sehr häufig stattfinden und wir uns auch überlegen müssen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, eine Entlastung dieser Betriebe vorzunehmen, damit wir sie auch langsam, aber sicher aus der Betreuung der öffentlichen Hand herauslösen. Das heißt also, trotz eines enormen Aufschwungs im Tourismus gibt es nach wie vor finanzielle Schwierigkeiten in der Tourismusindustrie. Und das wird auch noch ein Problem sein, das uns in der Zukunft beschäftigen wird. Wobei ich allerdings, und das möchte ich den Damen und Herren der sozialdemokratischen Fraktion auch sagen, daß ich nicht davon überzeugt bin, daß eine Beteiligung des Landes unbedingt das Gelbe vom Ei ist. Es kann in manchen Bereichen durchaus nützlich sein, soll aber nicht die Regel sein. Man sollte überlegen, wo man Risikokapital einsetzt, wo man sich beteiligt, wo man für etwas haftet und wo man vielleicht nur einen Kredit gewährt, um eine Durststrecke zu überbrücken und die Belastung der Bankzinsen etwas zu reduzieren. Was das Fremdenverkehrsgesetz betrifft, kann ich mich noch genau erinnern, wie wir es zwar nicht als Jahrhundertwerk, aber doch als einen erfreulichen Schritt nach einer zwanzigjährigen Durststrecke hier gefeiert haben und alle der Meinung waren, und da schließe ich mich selbst nicht aus, daß wir selbstverständlich nach einer gewissen Zeit uns hier wieder zusammensetzen werden und einige Adjustierschrauben anziehen werden müssen, weil natürlich ein Gesetz, das die Vielfalt und die nicht gleichmäßige touristische Wertigkeit der Regionen zwischen Nord, Süd, Ost und West so klar, durch ein Gesetz so klar zum Regulieren kommt, so daß es also durchaus in einem oder anderem Bereich diese Adjustierungen geben muß. Und jetzt ist

es mehr oder minder soweit. Und ich glaube, daß wir also in absehbarer Zeit einige kleine Revisionen durchzuführen haben. Was das Problem Graz betrifft, ist natürlich klar, daß eine Stadt dieser Größe natürlich nicht denselben Stellenwert haben kann und auch nicht dieselbe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen ist, wie dies in den touristischen Gebieten des Thermenlandes oder der obersteirischen Winter- und Sommersportgebiete. Das war uns klar. Es war ein Versuch, wir haben gehofft, daß es funktioniert. Es hat am Anfang schon einige Probleme gegeben. Ich bin aber überzeugt davon, daß mit ein bißchen guten Willen und mit einigen Korrekturen auch hier ein vernünftiges Maß erstellt werden kann. Was die Beitragspflicht betrifft, in manchen Bereichen werden wir Änderungen zu treffen haben. Ich denke an die Privatzimmervermieter der kleineren Größen. Ich denke auch daran, daß das Problem der Freibeträge Umsatzsteuerpflichtiger sicherlich eine Entlastung im wesentlichen auch für Graz bringt, weil eine Anhebung auf 300.000 Schilling doch einen großen Teil der Problemfälle aus diesem Bereich entläßt. Wir werden uns sicherlich auch noch einmal sehr intensiv mit den Regionen, mit den Zusammenschlüssen nach Paragraph 43 beschäftigen müssen, wo sich also mehrere Tourismusverbände zu einem Regionalverband zusammenschließen. Wir waren eigentlich der Ansicht, daß das der richtige Weg ist. In einigen Bereichen ist es schon passiert. Es wird noch einige Bereiche geben, wo man erste Ergebnisse abwarten wird. Schließlich aber kann man sagen, abgesehen von einigen kleinen Problemen, ist es ein gutes Gesetz, und das Wichtige daran ist, es wird von den Betroffenen sowie von den Aktiven, die sich mit diesem Thema Tourismus beschäftigen, sehr wohl angenommen, und es bringt auch entsprechende Erfolge. Es ist natürlich immer der Zeitfaktor zu berücksichtigen. Alles braucht eine gewisse Anlaufzeit. Eines ist uns gelungen, und das freut mich ganz besonders, nämlich auch jenen Personenkreis, der sich in den einzelnen Orten schon immer und auch freiwillig und unentgeltlich mit diesem Tourismus, mit dem Fremdenverkehr, mit den damit verbundenen Aktivitäten identifiziert und mitgeholfen hat, daß es trotz anfänglicher Skepsis, die wir in diesem Zusammenhang gehabt haben, gelungen ist, diese beiden Gruppierungen, nämlich die Hauptamtlichen auf der einen Seite, die durch den Tourismusverband Gewählten und die vielen freiwilligen Helfer, in einen Topf zusammengebracht haben. Das funktioniert auch sehr gut.

Ein zweiter Bereich, der heute schon angeschnitten worden ist, nämlich die Zusammenlegung der Tourismus Ges. m. b. H., die übrigens, und da gebe ich dir, lieber Heinz Vollmann, vollkommen recht, unter der neuen Führung sicherlich eine gewichtige Position bekommen hat und die man auch landauf, landab schon zu spüren bekommt, und ich bin überzeugt davon, daß man damit auch einen sehr guten Griff getan hat. Daß man einen Manager sich geholt hat, der schon unter Beweis gestellt hat, in anderen Bereichen des touristischen Österreich, wie man mit diesen Dingen umgeht. Daß wir eine gute Wahl getroffen haben, und ich bin überzeugt davon, daß auch die Durchsetzungskraft von Schrötter sicherlich dazu beitragen wird, daß wir die etwas ins Stocken geratene

– nach der Ära Pohl ins Stocken geratene – Tourismusbereitschaft wieder aufbauen. Was mir aber nicht gefällt und wo ich glaube, daß wir falsch liegen, wo die sozialdemokratische Fraktion falsch liegt, ist der Umstand, die Steirische Tourismusgesellschaft und die Grazer Tourismusgesellschaft zusammenzunehmen. Wir sind eigentlich davon ausgegangen, daß wir gesagt haben, wir wollen die Kräfte, die sich mit dem Tourismus beschäftigen, in den einzelnen Orten zusammenführen und konzentrieren, und ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, jetzt die Steirische Tourismusgesellschaft und die Grazer zusammenzutun. Vor allem deshalb, weil es draußen in den Regionen sicherlich nicht mit dem nötigen Verständnis aufgenommen wird, weil man dann sagt, jetzt haben es sich die Grazer wieder gerichtet. Die stehen vor der Tür, die können jeden Tag dorthin gehen. Die werden also aus dieser Symbiose, aus dieser Fusion durchaus Vorteile ziehen. Ich glaube aber, das heißt, ich bin überzeugt davon, daß es sinnvoll wäre, den Grazer Tourismusverband und die Grazer Tourismusgesellschaft zusammenzuführen, weil ich damit jenen Synergieeffekt erzeuge, der auf der einen Seite die bereits bestehende Struktur der Grazer Tourismusgesellschaft und ihrem Management und dem Personal, das damit verbunden ist, die ja zum überwiegenden Teil aus der Stadt Graz finanziert werden, und den Organen des Tourismusverbandes und den damit verbundenen Reservat- und finanziellen Mitteln zusammenführe und damit jenen Verstärkungseffekt erzeugen kann, der sicherlich zum Wohle der Grazer Tourismuswirtschaft beitragen würde. Darüber wird man diskutieren müssen. Ein Kritikpunkt in dem Zusammenhang, Frau Landeshauptmann, ist für mich anlässlich des Tourismustages, der im heurigen Jahr in Graz stattgefunden hat, die Ankündigung gewesen, daß man nun wiederum eine neue Vereinsstruktur in den Orten schaffen wird, um also jene Vereinsstruktur, die auf Grund des Tourismusverbandes verlorengegangen ist, wieder neu aufleben zu lassen. Bitte, Frau Landeshauptmann, versuchen wir, das zu tun, was wir wollten. Kräfte zu konzentrieren, Synergien freizulegen, Verstärkungseffekte zu erzielen und alle Leute, die mit diesem sicherlich für unser Land sehr wesentlichen Wirtschaftsbereich zu tun haben, zusammenzufassen und dort wirken zu lassen, und nicht wieder eine neue Konstruktion zu bauen, nur um einige Funktionäre, die woanders nicht untergekommen sind, mitzutragen.

Was die Ramsau in Eisenerz betrifft, erlauben Sie mir, daß ich meine Kritik, die ich an diesem Projekt geübt habe, und ich war ja nicht einer der Euphoriker der ersten Stunde, sondern immer schon mit einer gewissen Skepsis gegenüber der Implimentierung von touristischen Betrieben in ausgesprochenen Industriezonen, auch wenn sie es heute nicht mehr sind. Weil diese Wechsel in der Philosophie der Arbeit sicherlich große Probleme schafft und nie zu den gewünschten Effekten geführt hat. Ich glaube aber, daß ein sehr wesentlicher Punkt der ist und daß es nicht sinnvoll ist, auf der einen Seite des Berges ein vollkommen neues Schigebiet, mit Gewalt möchte ich beinahe sagen, entstehen zu lassen, und auf der anderen Seite ein Schigebiet, durch das man durchfahren muß, um dort hinzukommen, sterben läßt, nämlich den Präbichl. Ich habe den Appell der Gemeinden aus dem Tal von

Leoben hinauf bis auf den Präbichl alle bei mir liegen, und ich bin überzeugt davon, daß die Abgeordneten der anderen Fraktionen sie auch haben. Die Wünsche, die von den einzelnen Gemeinden gebracht werden, sind durchaus berechtigt. Sie sind auch sehr kostspielig. Aber man sollte hier vielleicht doch die Konzeption überlegen, ob es nicht doch sinnvoll wäre, den Bereich wieder herzustellen, der traditionell schon ein Wintersportbereich ist, anstatt aufs Geratewohl, und ich möchte das ganz bewußt sagen, aufs Geratewohl, irgendwo vom Reißbrett her eine Konstruktion zu schaffen, die dem nicht entsprechen wird. Und die, und davon bin ich überzeugt, die Hoffnungen, die die Bürger der Stadt Eisenerz in dieses Projekt setzen, bei weitem nicht erfüllen wird. Ich bin aber überzeugt davon, daß es Maßnahmen gibt, die sehr wohl dazu dienen, diesem Ort, der ein ausgesprochenes traditionelles Industriegebiet ist, wo die Bevölkerung auch die Bereitschaft zu diesem Berg, zu der Arbeit, die damit verbunden ist, nicht damit abgetan ist, daß sie jetzt als Liftwart und beschränkt in der Gastronomie unterkommen, weil sie es schlussendlich auch nicht umsetzen können. Da, glaube ich, sollte man noch einmal überlegen und einen zweiten Schritt tun. Vielleicht wäre das auch zum Wohle der Eisenerzer Bevölkerung.

Zum Wunschkatalog, lieber Heinz Vollmann, von Bad Gams bis Bad Wörschach, vom Loser bis ins Weinfeld und, was alles dazugehört, jawohl, wir brauchen es. Wir sollen aber vorher eines tun. Wir sollen jene Regionen, die bereits den ersten Schritt getan haben, so weit stärken, daß sie alleine zu Rande kommen und dann beginnen, neue Schwerpunkte zu setzen. Auch nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern Schwerpunkte, so daß das Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Gemeinden, touristischen Gemeinden, industriellen Gemeinden ein guter steirischer Mix ist. Jener steirische Mix, auf den unser Bundesland immer so stolz war. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 0.01 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Am Wort ist jetzt die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Waltraud Klasnic.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (0.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich bei den Rednern der Fraktionen. Weil der Kurtl Tasch heute zu kurz gekommen ist und die Burgi gesagt hat, sie macht die Dachstein-Tauern-Region nicht mit. Ich glaube, daß gerade auch heute hier an diesem Pult ausgesprochen wurde, daß alle Regionen gemeint sind. Und ich als Referent bekenne mich auch zu den Anliegen von Dachstein-Tauern bis Radkersburg, oder welcher Bezirk auch immer sich momentan nicht genannt fühlt, er möge miteinbezogen sein.

Burgi Beutl hat mit einem Satz angefangen, der gute Nacht geheißen hat. Ich möchte ihn umwandeln und sagen, wenn Sie müde sind und sich erholen wollen, kommen Sie zu uns in die Steiermark, dort begegnen Sie Politikern, die um Mitternacht noch frisch sind und noch gerne arbeiten, so eine gute Luft haben und so ein gutes Klima haben wir! Es ist eigentlich ganz schön, wenn man das so sagen kann!

Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko, ich komme auf ein paar Punkte ganz konkret zurück, weil Sie gemeint

haben am Tourismustag, es gibt eine neuerliche Struktur. Es soll keine neue Struktur geben, im Gegenteil, auch das wäre uns nicht recht, aber es gibt die sogenannten D-Gemeinden, wo es bisher Fremdenverkehrsvereine beziehungsweise Tourismusvereine gegeben hat, die vielleicht dann doch auch umsteigen auf C, die wollen wir nicht ganz auslassen, und die sollten im Grunde genommen auch angesprochen werden.

Und dann habe ich den Tip bekommen, Herr Kollege Vollmann, und ich weiß nicht, wie ernst ich ihn nehmen soll. Weil ich sage, ich bin überzeugt, daß der Spitalsreferent dieses Landes viel arbeitet, und Sie haben mir geraten, ich soll für den Tourismus auch soviel arbeiten. Ich sage Ihnen, ich arbeite mit ihm gemeinsam, mit dem Spitalsreferenten. Ich Sorge in meinem Ressort mit allen, die hier Verantwortung tragen, und da sind Sie alle mit dabei, die Vorsorge und die Nachsorge für jene Patienten, die vom Kollegen Dr. Strenitz wieder zu uns zurückkommen – das ist unsere Arbeit.

Und ich hoffe, ich Sorge dann noch dafür oder zumindest bemühe ich mich als Referentin, daß die Infrastruktur stimmt, daß sie überall hinfahren können, daß die Wirtschaft stimmt, daß sie es sich leisten können. Der Kollege Gennaro hat gesagt, er ist ein Teil der Wirtschaft. Und dann gehört noch der Lehrling dazu, der im Gastgewerbebetrieb ist, daß der Patient gut betreut wird, und, und, und. Das heißt, über Arbeitsmangel beklage ich mich nicht. Aber wenn Sie das Gefühl haben, ich könnte noch eine Stunde zulegen, ich werde mich sehr bemühen und werde mein Bestes geben.

Arbeit macht das Leben schön – auch um Mitternacht!

Die Meinung über uns – auch das wurde angesprochen – (Abg. Vollmann: „Effizienz!“) ich wollte es nur klargestellt haben!

Es sind alle Punkte angesprochen. Es haben der Kollege Vollmann und der Kollege Vesko gesagt „wie der Gast uns sieht“ – eines gebe ich noch dazu: Das ist der Preis in der Steiermark. Wir sind leider auch ein sehr günstiges Preisland. Ich sage das sehr bewußt dazu. Weil ich mir in manchen Regionen dieses Landes mehr Preisbewußtsein wünsche, für jenes Niveau, das geboten wird. Und ich glaube, daß wir da gemeinsam ein Stück Arbeit zu leisten haben. Wo sind unsere wichtigsten Gäste, woher kommen sie? Auch im Zuge der Diskussion bis zum 12. Juni möchte ich sehr deutlich sagen: 90 Prozent aller ausländischen Gästenachtigungen kommen aus dem EU-Bereich, ich glaube, das sagt genug, und wir haben alles zu tun, daß sie sich bei uns wohl fühlen. Und ich möchte dazu sagen, es wird auch sehr viel getan.

Herr Kollege Vollmann, Sie haben eine Liste verlesen, ich habe sie als Papier hier, 42 Seiten lauter Einzelprojekte. Ich nehme heute eines heraus, das Sie nicht genannt haben. Aber das sage ich jetzt für den Großraum Graz und für die Grazer: Der Schöckl der Hausberg der Grazer, auch ein Projekt mit nahezu 100 Millionen Schilling. (Abg. Vollmann: „Hätte ich die Liste gehabt, hätte ich sie auch nennen können!“) So ist das?

Wissen Sie was, Herr Kollege Vollmann? Wissen Sie, wo das große Problem ist? Bei uns gibt es immer so

viele Vaterschaftsstreite, machen Sie sich keine Sorgen, die Mutter ist geregelt.

Ich schon, weil ich weiß, wovon ich rede. Trotzdem hätten Sie gerne, und ich glaube – das sollte man auch sagen – auf Präbichl und Eisenerz. Und das soll keine ausweichende sein. Ich habe die Liste auch hier und stehe nicht an zu sagen, daß gerade im Sinne von Holding und auch in diesem Bereich unter der Leitung des Kollegen Ressel sehr, sehr viel an Tourismusarbeit geleistet wird. Und ich habe mit ihm vor gar nicht allzu langer Zeit ein Projekt durchgesprochen und eine lange Liste, 645 Millionen, da waren der Präbichl und Eisenerz noch gar nicht dabei. Soviel Arbeit haben wir. Aber man wird auch gerade im Sinne von EU und regionalen Förderungsprogrammen überprüfen müssen, mit den Regionen gemeinsam mit den Menschen vor Ort, was wir umsetzen können. Und wir müssen die Prioritäten setzen, das ist unsere Aufgabe. Und es soll zusammenstimmen. Und ich sage zum Ramsau-Projekt in Eisenerz sehr ehrlich, die 600 Millionen Schilling sind auf Bundes- und Landesebene damals beim Herrn Minister Klima zugesagt worden, aber wir haben kein Grundstück, und wir haben keine Genehmigung, und so waren die 600 Millionen leichter zu formulieren, ohne daß ich das irgend jemandem unterstelle. Das gilt für den Bundes- und Landespolitiker. Ich bin auch dabeigewesen, weil es ist noch nicht spruchreif, und es sind gerade wieder weitere Verhandlungen im Gange. Ich erinnere mich an ein Gutachten, das wir vor drei Wochen in Auftrag gegeben haben. Forstrechtlich und Überprüfung der Kosten der Grundstücke, wir müssen es uns leisten können.

Sie haben das Bäderkonzept und das Aufschließungsalpinkonzept angeschnitten. Alpinkonzept wird vom Kollegen Schmid, Kollegen Ressel und unserem Ressort gemeinsam gezahlt. Dieses liegt vor, die beiden Herren Kollegen haben das Konzept auch in ihren Laden beziehungsweise in ihren Büros. Und ich bin sicher, auf bestimmte Fragen wird dort gerne eine Antwort gegeben.

Rechnungshofbericht aus dem Jahr 1992. Alles, was es an Punkten zu berücksichtigen gab oder als Vorschlag, haben wir uns sehr bemüht, daß diese umgesetzt werden. Aber nachdem ich inzwischen auch schon ein bißchen Rechnungshofberichterfahrung in Abteilungen habe, muß ich sagen, der Bericht über die Abteilung war ein an sich sehr guter. Und ich möchte sagen, weil Sie gemeint haben, daß im Bericht – ich glaube, 1992 oder 1993 – Ihnen irgendwelche Daten fehlen. Ich glaube, wir wissen alle miteinander, was in diesen letzten eineinhalb Jahren, gerade in dieser Abteilung im Zusammenhang mit dem Gesetz geleistet werden mußte. Und es ist uns eigentlich sehr wichtig, daß die Herren jetzt draußen sind in den Regionen und Orten, und da hat es fast für keinen einen freien Abend gegeben. Und ich möchte dem Hofrat Hermann und dem Herrn Dr. Pögl stellvertretend für alle ein sehr herzliches Danke sagen! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Die Wunschlisten – ja, auch die Werbung und das Marketing, da sind die Namen Merlini und Schrötter gefallen. Mir macht es nur eine Riesenfreude, wenn es klappt und wenn die anderen auch alle das Gefühl haben, gut bedient zu sein und zufrieden zu sein. Es wird aber auch viel Leistung von außen beigetragen,

daß der Tourismus florieren kann. Denken wir an Special Olympics, das wir im Vorjahr gehabt haben, bis zum steirischen Christbaum oder auch an die Landesausstellungen, die heute einen sehr breiten Raum eingenommen haben.

Sie haben das Tourismusgesetz angesprochen. Ganz so ist es ja nicht, daß wir nicht am laufenden sind. In der heutigen Regierungsmappe, als Auflage, für Montag liegt bereits ein Vorschlag für eine kleine Novellierung, die notwendig ist, mit dem Umsatzsteuergesetz, mit einzelnen Punkten. Das heißt, wir sind tätig geworden. Auch da sind wir unterwegs und nicht im Verzug.

Sie haben angesprochen die Umwelt. (Abg. Vollmann: „Gibt es in Graz etwas?“) Nein, es gehört automatisch dazu, indem wir sagen durch diese Umsatzsteuerhöhe 40.000 Schilling. 300.000 Schilling. Und vor allem, man muß auch den Kreis der Umsatzsteuerpflichtigen anders bewerten, weil es sind bisher Leute angesprochen worden, die wirklich nichts damit zu tun hatten. Dieser Vorschlag liegt schon in der Regierungsmappe und wird am Montag Auflage sein. Und sollte es gutgehen, in 14 Tagen Regierungsbeschluss und dann dem Landtag zugemittelt. So schnell geht es manchmal, wenn man wirklich will. (Abg. Vollmann: „So schnell geht das?“) So sind wir, aber das glaubt halt niemand. So, ich bin schon am Schluß. Ich möchte mich bedanken, bei allen, die im steirischen Tourismus tätig sind. Es ist bei uns nicht die Quantität, nicht die Menge, es ist die Qualität. Die Gäste kommen gerne zu uns. Es ist nicht immer ganz leicht, weil die Wünsche sehr groß sind. Sie sind zu erfüllen. Wir werden nach wie vor auch im Sinne von Umwelt dort bleiben, wo wir uns vorgenommen haben, nicht die Größten zu sein, aber zu den Besten zu gehören. Ich bedanke mich bei den im Tourismus Tätigen, bei den Lehrlingen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei denen, die unsere Jugend ausbilden, und ich bedanke mich vor allem auch bei den Gastwirtinnen und Gastwirten, bei den Hoteliers und allen, die auch dazugehören, das geht von der Seilbahn bis zum Bus. Es sind unendlich viele Menschen dabei tätig, und wir sollten, und das wäre meine Bitte, auch an dieses Gremium, mithelfen, daß die jungen Menschen wieder bereit sind, Dienstleistungsberufe zu lernen. Dienstleistungsberufe zu lernen, weil wir brauchen sie für die Zukunft dieses Landes. Und wenn wir ihnen sagen, auch Dienstleistung hat wirklich einen Sinn, und man kann stolz sein, in einem solchen Beruf zu arbeiten, dann werden wir auch weiter einen guten, ja, ich möchte sagen, einen Spitzenplatz halten können. Ich bedanke mich aber vor allem auch bei der heimischen Wirtschaft für das, was an täglicher Arbeit für unsere Seele und für die Augen unserer Gäste und für jeden, der bei uns im Land wohnt, geleistet wird, und bin überzeugt, daß wir auch, wenn wir in unserem Sinne zusammenarbeiten, all das, was zu bessern ist – und es ist immer etwas zu bessern –, es gemeinsam schaffen werden. Ich wünsche dem steirischen Tourismus und allen, die dazugehören, eine gute Saison und viel Gewinn. (Allgemeiner Beifall. – 0.10 Uhr.)

Präsident: Nun kommen wir zum dritten Teil der Gruppe 7, der Wirtschaftsförderung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (0.11 Uhr): Ich habe das unerhörte Glück, zu einer günstigen Zeit zu sprechen, so etwa knapp nach Mitternacht, und es sind so viele dageblieben, so viele Interessierte. Ich sehe den Herrn Hofrat Dr. Karl-Heinz Feil und den Herrn Dr. Lindner. Sie alle wollen noch das Geschehen um die Wirtschaft beziehungsweise um das Ereignis zum Thema Europäische Union hier miterleben.

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann! Ich darf eingangs einmal danke sagen für die Stellungnahmen der Agrarier Prutsch und Riebenbauer zum Thema der Europäischen Union, weil das sicherlich Äußerungen sind, die wohlüberlegt, wohlüberlegt gebracht wurden und die auch sehr überzeugend wirken. Meine Damen und Herren, der 4. Mai nähert sich. Unser Vizekanzler Erhard Busek war mit den Regierungsmitgliedern der skandinavischen Beitrittsländer in Straßburg, um für die Ja-Stimmen am 4. Mai zu werben. Und wie es aussieht, dürfte das hoffentlich positiv über die Runden gehen. Und am 12. Juni soll es zur EU-Abstimmung bei uns in Österreich kommen. Man könnte jetzt die herkömmlichen Zahlen und all das nennen, was mit den Vorteilen und aber auch mit den Nachteilen zusammenhängt. Ich darf auf Grund der fortgeschrittenen Zeit mir das ersparen, aber muß auch als Mittelstandspolitiker darauf hinweisen, daß in der Europäischen Union es nicht weniger als 64 Millionen Arbeitnehmer sind, die im Mittelstand tätig sind. Daß es 15,5 Millionen private Unternehmen gibt und davon beschäftigten 14,5 Millionen Unternehmen höchstens neun Mitarbeiter. Und damit ist eigentlich die Bedeutung des Mittelstandes bereits deutlich hervorgehoben. Es wäre notwendig, auch für den Begriff des Mittelstandes eine internationale Definition zu finden. Zum einen nämlich bedeutet sie die Identität zwischen Eigentum und Management, die enge Bindung zwischen Familie und Arbeit, den persönlichen Einsatz des Eigentums und zum anderen aber den hohen Anteil an qualifiziertem Personal, der hohen Fertigungsqualität und vor allem gelegentlich mit Spitzentechnologie. Die Anforderungen, die der Mittelstand, die die mittelständische Wirtschaft an die Europäische Union stellt, werden groß sein. Es geht in erster Linie um die Kapitalbeschaffung, um die Stärkung des Eigenkapitals, damit auch Investitionen für die Zukunft gesichert erscheinen. Das, was wir alle brauchen, Kolleginnen und Kollegen, ist auf diesem Gebiet mehr Solidarität. Lauter Vorteile wird es nirgends geben, und davon sind wir auch alle überzeugt. Aber lassen wir uns bitte von einem Gedanken leiten, nämlich Österreich soll am Integrationsprozeß, von dem die Zukunft Europas abhängt, gleichberechtigt mitgestalten. Die Europäische Union ist sicher mehr als die Wirtschaft, und Europa ist mehr als die Europäische Union. In diesem Sinne Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 0.15 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (0.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich hier heute zur Wirtschaft sprechen kann und auf die Uhr schaue, daß bereits der frühe Morgen angebrochen ist, dann paßt es zum Thema. Die

arbeitenden Menschen und die Wirtschaft, die schlafen nicht, die sind munter, meine sehr verehrten Damen und Herren, und genauso beginnen wir. (Beifall bei der SPÖ.) Ja, ich kann feststellen, daß wir nach einem Schrumpffahr 1993, wo die Wirtschaft 0,5 bis 0,6 Prozent hinten war, eigentlich wieder 1994 in der Hoffnung stehen, daß die Wirtschaft wieder steigen wird. Für die Steiermark können wir in Anspruch nehmen, daß wir bei diesem Einbruch im Durchschnitt waren, trotz unserem Grenzland, trotz der Obersteiermark. Also das heißt, wir können in der Hoffnung sein, wenn wir auch nicht erster sind in der Wirtschaft der Bundesländer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte es aber nicht verabsäumen, wenn ich es auch ganz kurz machen will, zu sagen, spielen wir nicht die Regionen gegeneinander aus. Wir wissen, daß wir in der Obersteiermark unsere Industrie brauchen. Nicht nur deshalb, weil viele Mittelbetriebe und Kleinbetriebe daran hängen, sondern vor allem auch unsere Arbeitnehmer. Wir wissen, daß wir die Infrastruktur brauchen. Aber wir wissen auch, daß wir im Grenzland Betriebe brauchen. Und ich möchte diese Gelegenheit, meine Abgeordnetenkollegin Frau Beutl hat ja heute, hier ist sie, die Burgi, hat ja heute sehr intensiv für das Grenzland geworben. Ich danke dir, das freut mich sehr. Ich glaube, wir können nicht genug tun, daß sie auch wissen, daß es uns gibt in dieser Region. Und ich möchte hier, der Herr Landeshauptmann ist zwar nicht mehr hier, so (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin schon hier!“), ist noch da, das freut mich! War auch eine freundliche Nachfrage. Ich möchte hier eine Bitte an den Herrn Landeshauptmann stellen. Wir haben bei uns das Problem, daß eine Regionalstiftung gegründet werden soll beziehungsweise schon gegründet ist, aber in der Vollziehung noch Probleme hat, da sich der ÖGB, die Arbeiterkammer, die Handelskammer mit voller Energie und die Gemeinden beteiligen sollen; ich möchte das deshalb hier sagen, weil es – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Der Bürgermeister von Feldbach hat mich angesprochen!“) Der Feldbacher Bürgermeister war schon bei Ihnen, sehr schön! Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Sache. In anderen Bezirken, wie in Voitsberg oder in der Obersteiermark, hat es dies ja schon gegeben und gibt es. Ich glaube, wer weiß, daß im Bezirk Feldbach 10.000 Menschen auspendeln müssen, über 100 Arbeitsplätze in der letzten Zeit verloren gingen, hier wäre eine Regionalförderung wirklich wichtig. Herr Landeshauptmann, ich würde Sie bitten, wenn Sie mittels Bedarfszuweisung jenen Gemeinden helfen, die hier zur Zahlung gebeten wurden. Herzlichen Dank im voraus, ich hoffe, daß das auch funktioniert.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es kann einfach nicht anders sein, wie das oberste Ziel der Wirtschaft muß sein, natürlich auch Vollbeschäftigung, dafür brauchen wir eine starke Wirtschaft. Vorher hat schon der Vorredner zur EU gesprochen. Zur EU kann ich nur eines sagen, ich bin selbst Unternehmer, das wissen Sie ja. Ich stehe, obwohl ich ein Geschäft habe, das sicher keinen Vorteil aus der EU hat, weil die Trafiken werden kräftig unter die Räder kommen, aber ich stehe trotzdem dazu, weil ich glaube, unsere Zukunft und unsere Kinder brauchen es.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und es würde mich auch freuen, wenn der Vizekanzler dies auch klipp und klar dem Wähler sagen würde und seine eigene Meinung auch kundtun würde, daß wir den Leuten die EU empfehlen können. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Ich möchte, auch schon, um diesen Morgen nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, noch zwei Beschlusanträge einbringen.

Zwei Beschlusanträge, die zur Regionalförderung zum Strukturfonds der EU beitragen sollen, so daß wir früh genug bis Ende des Jahres hier auch die Konzepte fertig haben, daß unsere Regionen auch dementsprechend, wie es ihnen gebührt und wie sie es brauchen, gefördert werden.

Ich bringe den Beschlusantrag ein der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörlinger, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann Monika, Dr. Klausner, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend sofortige Maßnahmen im Hinblick auf die zukünftigen Förderungen im Rahmen der EU-Strukturfonds.

Folgender Antrag wird gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

a) Beim Ansatz 1/782139 des Landesvoranschlages 1994 ist die Post 7290 mit der Bezeichnung „Entgelt und Reisespesen für Ziel-2- und Ziel-5 b-Gebiets-Manager“, einem Betrag von 4 Millionen Schilling und dem Bewirtschafter „Fachabteilung für Wirtschaftsförderung“ zu schaffen. Daher erhöhen sich die Summen der Ansätze 1/782 von 2,183.000 Schilling auf 6,183.000 Schilling, des Unterabschnittes 1/78 von 56,020.000 Schilling auf 60,020.000 Schilling sowie die Summe des Abschnittes 1/7 von 761,901.000 Schilling auf 765,901.000 Schilling.

Daher ist auch der Ansatz 2/982009-3450 „Aufnahme von Darlehen“ um 4 Millionen Schilling zu erhöhen.

b) Die Steiermarkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens mit der Koordinierung der regionalen Arbeitsgruppen, die auf Grund des demnächst zu beschließenden, auf einem Vorschlag der Österreichischen Raumordnungskonferenz basierenden Organisationsschemas zur Umsetzung der EU-Regionalpolitik in Österreich (Erstellung von regionalen Entwicklungsplänen) einzusetzen sind, und der Workshops im Sinne des folgenden Punktes b) zweitens für das zukünftige Ziel-2- und das zukünftige Ziel-5 b-Gebiet in der Steiermark – zur Wahrung der politischen Unabhängigkeit nach Möglichkeit mit einstimmigem Beschluß der Landesregierung – jeweils eine/n Experten/Expertin, der/die bereits praktische Erfahrungen mit der Umsetzung der EU-Regionalpolitik hat, zu beauftragen.

Aufgabe dieser Manager/innen ist – neben der Koordinierungsfunktion innerhalb der Region – die eines Bindegliedes zu Bundes- und Landesregierung, eines Beraters betroffener Gemeinden, Betriebe und Institutionen. Diese Manager/innen sollen zugleich auch mit der späteren Begleitung der Umsetzung der EU-Strukturförderung, betreffend die genannten Ziel-2- und Ziel-5 b-Gebiete, die steiermarkweiten Ziele 3 und 4 sowie die EU-Gemeinschaftsinitiativen beauftragt werden.

Als zentrale Büroinfrastruktur sollten diesen Manager/inne/n Räume, eine Schreibkraft und Ausstattung eines im Ziel-2-Gebiet liegenden Technologieparks beziehungsweise einer im steirischen Grenzland gelegenen Bezirkshauptmannschaft zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus sollten den Manager/inne/n die für die Regionalplanung, Europafragen sowie die Wirtschaftsförderung zuständigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung nach Rücksprache mit dem/der jeweiligen Abteilungsleiter/in beziehungsweise die jeweiligen Bezirkshauptmannschaften nach Rücksprache mit dem/der Bezirkshauptmann/frau mit Büroausstattung und Personal zur Verfügung stehen.

Zweitens: raschestmöglich in allen politischen Bezirken der Steiermark, die ganz oder teilweise in einem Ziel-2- oder Ziel-5 b-Gebiet liegen, Workshops einzuberufen, die – nach Möglichkeit schon auf Basis eines Entwurfes der diesbezüglich in Ausarbeitung stehenden regionalwirtschaftlichen Konzepte – konkrete Projekte für die notwendigen regionalen Entwicklungspläne zusammenfassen sollten.

Mit der formalen Durchführung sollte vorerst die für die Regionalplanung zuständige Abteilung des Amtes der Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Bezirkshauptmannschaften beauftragt werden. Diesen Sitzungen sind Vertreter/innen der betroffenen Gemeinden, der regionalen Büros der einzelnen Interessenvertretungen (Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, ÖGB, Landwirtschaftskammer und andere) sowie sonstiger regionaler Träger, wie zum Beispiel regionale Entwicklungsverbände, Wirtschaftstreibende, Vertreter/innen des Österreichischen Städtebundes, Vertreter/innen des Österreichischen Gemeindebundes, Vertreter/innen von ansässigen Unternehmen und dergleichen beizuziehen. Vertreter/innen des Landes (Raumplanungs-, Wirtschaftsförderungs-, Europa-, Landwirtschafts-, Finanzreferat) sowie nach Möglichkeit des Bundes sollten den Workshops zur Koordination beigezogen werden.

Grundsätzlich ist das System dieser Workshops so zu verstehen, daß Ideen aus der Region selbst kommen sollen und weitestgehend auch auf dieser Ebene umzusetzen sind. Parallel zu den laufenden Arbeiten sollte ein Organisationsentwicklungskonzept erstellt werden, wofür ebenfalls EU-Strukturfondsmittel (für sogenannte technische Hilfen) anzusprechen sind. In einem Modulsystem könnte dieses Konzept folgende Phasen – mit Anpassungsmöglichkeiten auch innerhalb der Phasen – vorsehen: notwendige Arbeiten bis zum EU-Beitritt Österreichs, laufende Strukturförderung (1994 bis 1999, bei Ziel-2-Gebieten in zwei Phasen untergliedert: 1994 bis 1996 und 1997 bis 1999), Förderungen auf Grund der ab 2000 gültigen EU-Strukturfondsverordnung.

Eine möglichst unbürokratische Handhabung wäre für ein derartiges offenes und dynamisches System anzustreben.

Sobald ein/e Manager/in gemäß Punkt b eins eingesetzt ist, hat diese/r die Koordination zu übernehmen. Auf Grund der Ergebnisse in den einzelnen Bezirken soll der/die jeweilige Koordinator/in – nach einem Feedback bei den regionalen Mitarbeiter/inne/n in den Workshops – zusammenfassende, realistische Vorschläge für die in den jeweiligen regio-

nen Entwicklungsplan aufzunehmenden Projekte betreffend das Ziel-2- beziehungsweise das Ziel-5 b-Gebiet erstellen und der Landes- beziehungsweise Bundesregierung einen darauf basierenden regionalen Entwicklungsplan so rechtzeitig vorlegen, daß die Beschlüßfassungen darüber bis spätestens 31. Dezember 1994 erfolgen können.

Das ist der eine. Nein, Sie brauchen nicht zu erschrecken, er war sehr lang.

Der zweite Beschlußantrag der Abgeordneten Genaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Monika Kaufmann, Dr. Klausner, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend eine mehr arbeitsmarktpolitische Orientierung der Wirtschaftsförderung.

Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik bei der Vollziehung der Wirtschaftsförderung mehr Mittel für den Bereich der Arbeitsplatzschaffung beziehungsweise Risikokapital für Unternehmungsgründungen zur Verfügung zu stellen.

Ich glaube, daß dies ein ganz wichtiger Beschlußantrag ist. Ich bitte Sie, diese Beschlußanträge aufzunehmen in bezug auf die Zukunft der EU, unserer Wirtschaft und unserer gemeinsamen Arbeit. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 0.28 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (0.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren!

Ich werde mich besonders kurz fassen diesmal, weil ich glaube, daß das Thema Wirtschaft zum heutigen späten – oder sollte man sagen frühen – Zeitpunkt beileibe nicht mehr jenes Interesse finden kann, das es eigentlich verdienen würde.

Kollege Schleich, ich möchte nur sagen, das Wort Vollbeschäftigung ist in der derzeitigen Sprachregelung ein Fremdwort. Es gibt keine Vollbeschäftigung, aber deine Aussage „Vollbeschäftigung braucht eine starke Wirtschaft“ ist goldrichtig und wäre sehr zu begrüßen. Nur, wenn man eine starke Wirtschaft haben will, dann muß man dieser starken Wirtschaft auch Lebensmöglichkeiten geben. Und diese Lebensmöglichkeiten bedeuten: steuerliche Begünstigungen. Und wenn man schon eine Steuerreform durchführt, wie das vor kurzem gerade der Fall war, dann soll man nicht hergehen und bei nächstbesten Gelegenheit demjenigen, den man zur Förderung seiner wirtschaftlichen Potenz etwas als Gratifikation für seine Arbeit geben will, gleich wieder auf der anderen Seite in den Sack greifen, um es durch Gebühren und sonstige Erhöhungen nicht nur in demselben Ausmaße, sondern noch in wesentlich höherem Maße wieder herausnehmen. Damit werden wir keine starke Wirtschaftsform schaffen und somit auch nicht die Voraussetzung schaffen für eine Vollbeschäftigung. Im Gegenteil, wir werden also die derzeit triste Arbeitsmarktsituation noch verstärken. Soviel zur Vollbeschäftigung beziehungsweise zum Problem der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsplatzproblematik.

Ich möchte ganz kurz nur auf ein Thema eingehen, weil es mir wichtig erscheint, und das ist die SFG. Wobei es mir hier im wesentlichen um Gründerzentren geht. Wir haben in dem Versuch, die verschiedensten Institutionen, die sich mit Wirtschaftsförderung beschäftigen, im wesentlichen zu konzentrieren, zu reduzieren auf einen kleinen Bereich und haben also gesagt, diese Institutionen werden mit Geld ausgestattet, dotiert, wie man so schön sagt, um dann Wirtschaftsförderung auszuführen. Und es ist verblüffend zu sehen, daß von der relativ hohen Dotation, die man in diesem Bereich zur Verfügung gestellt hat, insgesamt gerade halt ein Viertel verwendet wurde. Und wenn man schon sagt, in einer Zeit wie jetzt, wo man – und dieses Argument haben wir in den vergangenen Monaten immer wieder gehört –, in einer schlechten Zeit soll man durchstarten, Defizit-spendung und so weiter. Dann muß ich sagen, gerade dort, wo wir das Instrument gehabt haben, ist es bei weitem nicht genützt worden. Ein Kritikpunkt.

Zweiter Kritikpunkt: Ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist und daß es uns nur zusätzliche finanzielle Kosten bringt, wenn wir bei jeder Ausgliederung, die wir durchführen, nicht einen Geschäftsführer haben, sondern überall zwei Geschäftsführer haben, damit einer dem anderen nach dem sogenannten Vieraugenprinzip auf die Finger schauen kann. Das ist nicht notwendig. Ich bin überzeugt davon, daß wir Kapazitäten haben, die durchaus in der Lage sind, solche Institutionen auch alleine zu führen. Und wenn man den Bestellrhythmus beziehungsweise auch die Kontrolle dieser Arbeit, die ja über Gesellschafterausschüsse, Aufsichtsräte und so weiter funktionieren, dann wird man das sehr gut in den Griff bekommen, und man kann einen Teil jener Kapazität, die diese zusätzlichen Arbeitskräfte kosten, durchaus einsparen und dem Zwecke zuführen, für den sie eigentlich gedacht sind, nämlich der Wirtschaftsförderung.

Und wenn man schon fördert, dann soll man bitte auch nicht nur als Erfolgserlebnis dann hineinschreiben, der hat soviel Geld bekommen und der hat soviel Geld bekommen und das kann man in verschiedenen Farben spielen dieses Spiel, man kann das auch in Blau machen, damit wir auch was haben davon und in Rosa und allen Farben. Sondern man soll bitte auch sagen, was man erwartet von dem Kapital, das man dort investiert. Und man soll auch bitte dazusagen und im nachhinein kontrollieren, wie dieses Geld gegriffen hat, wie diese Maßnahme gewirkt hat. Das ist sinnvolle Kontrolle, und das ist eigentlich jener Bereich, den wir von einer gezielten Wirtschaftsförderung erwarten.

Darüber hinaus ist es auch notwendig, jene Maßnahmen, die man in einem Gründerzentrum setzt und in einem anderen setzt, in einem Erfahrungsaustausch, vielleicht sogar in weiterer Folge in einer milden Form einer Vernetzung zu nutzen, weil man sonst ja nie in der Lage ist, Rückkoppelungen aus dem zu sehen, oder zu erkennen, was man anfangs eingeführt hat.

Und ich glaube, daß wir auf diesem Sektor die Frau Landeshauptmann bitten müssen und sie ersuchen, daß sie uns in diesem Bereich unterstützt und uns hilft, daß wir erstens diese Informationen bekommen, daß wir Instrumentarien schaffen, die dazu führen. Und ich bin überzeugt davon, daß wir dann die Mittel, die wir

einsetzen, auch sicherlich entsprechend verfolgen können und die Sinnhaftigkeit und die Wirkung – (Abg. Gennaro: „Achtung auf die Zeit!“) Herr Kollege, ich habe die blaue Karte gesehen – danke!

Ich komme zum Ende und möchte nur noch eines sagen: Erfolgskontrolle heißt, Gelder, die schwer verdient sind und die man mit einem Zweck einsetzt, auch erfolgreich einzusetzen, dann haben sie nämlich jenen Zweck erfüllt, den Betrieben zu helfen, die diese Hilfe gebraucht haben, und auch die Erfahrung gebracht, um zu erkennen, wo welche Maßnahmen wie greifen können! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 0.36 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr und erteile der Frau Landeshauptmannstellvertreter Klasnic das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (0.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, eine relativ kurze Antwort zu geben. Herr Kollege Vesko, ich kann Ihnen versprechen, daß von seiten der SFG sicher nicht mutwillig eine zu kurze Antwort gegeben wurde. Wir werden uns sehr bemühen, alle Fragen zu beantworten, erläuternd. Vor allem dort, wo sie Gründerzentren ansprechen, sei es jetzt das Gründerzentrum Liezen, Aichfeld-Murboden, St. Peter/Freienstein, Niklasdorf, Kapfenberg, Graz, Grambach, Radkersburg – all diese Projekte sind vorhanden –, wir werden sie liefern. Und es ist in Diskussion Wirtschaftspark Obersteiermark, aber auch eine grenzüberschreitende Frage mit dem Technologiepark Graz-Maribor und so weiter. Ich bin überzeugt, daß wir auch in dieser Frage zusammenkommen werden, nämlich darüber, was man verändern kann, wenn es etwas besser zu machen gibt, selbstverständlich. Zum zweiten darf ich versichern, auch hier in diesem Hohen Haus, daß ich alle verantwortlichen Damen und Herren, sowohl in der Förderungsgesellschaft als auch vor allem in der Wirtschaftsförderungsabteilung, bemühen. Manches gelingt nicht, ich sage bewußt, manches gelingt nicht, weil wir auch nicht die Möglichkeiten haben, aber es hat sich eigentlich vieles in den letzten Monaten oder in den letzten Jahren so umgesetzt, wie wir es uns gewünscht haben. Vor allem, daß die Unternehmer das Gefühl haben, gut betreut zu sein, eine Antwort zu bekommen, manchmal auch ein Nein zu bekommen. Das nimmt man zur Kenntnis, wenn man das Gefühl hat, das ist rechtzeitig gesagt, daß man sich einen anderen Weg suchen kann. Wir haben viel Arbeit vor uns, und es wird jetzt zum Beispiel, und ich weiß es, um 10.30 Uhr am Vormittag wird eine Wirtschaftsdelegation auf der Messe in Hannover sein, und wir werden versuchen, die Steiermark dort gut zu vertreten, weil wir sind mit diesem Schritt eigentlich schon in dem kommenden Europa drinnen. Und der Kollege Schleich hat Europa angesprochen, ich darf nur versichern, wie Sie uns die Regionalkonzepte aufgezählt haben beziehungsweise wo Sie die Wünsche deponiert haben, wir sind sehr weit, die Studien sind in Ausarbeitung. Die Studie, die für die östliche Obersteiermark erstellt wurde, ist eine Musterstudie für ganz Österreich, und es ist vor allem unter der Koordination des Herrn Prof. Rack, der von Herrn Landeshauptmann schon frühzeitig, nämlich vor

Jahren, eingesetzt wurde, gute Vorarbeit geleistet worden. Es haben alle Abteilungen mitgeholfen, aber ich glaube, es war auch besonders notwendig und wichtig, daß es da draußen in den Regionen angenommen wird, unterstützt wird und wir eben alle dabei helfen. Es muß uns einfach gelingen, den Menschen in unserem Land zu vermitteln, das Gefühl zu geben, daß sie Spitzenleistungen zu erbringen haben, und ich habe das bei dem Dienstleistungsbereich Tourismus vorher schon angesprochen, ich sage jetzt dazu, auch die technologische Spitzenleistung, auch etwas, das besonders in unserem Land gefragt ist, wo Forschung und Entwicklung dazugehören. Man muß allen Mut geben, das gilt nicht nur für die Jugend, das gilt auch für jene, die sich schon längere Zeit mit den Themen beschäftigen, weil auch die Erfahrung soll ihren Stellenwert haben. Und daß man von Spitzenleistungen dann motiviert ist und der Ehrgeiz geschürt wird, das ist richtig. Und Spitzenleistungen wollen wir auf allen Ebenen, in der Wirtschaft und im Sport. Um das so zu sagen, lieber Gerhard, daß wir einfach zusammen diese Spitzenleistung für die Steiermark erbringen wollen. Und warum ist die Wirtschaft eigentlich so interessiert, und, Frau Kollegin Kaufmann, ich muß schon etwas dazusagen – sie ist zwar momentan nicht da, aber das macht nichts –, Wirtschaft war immer nur Mittel zum Zweck, wenn man über die Europäische Union geredet hat. In Wirklichkeit muß man dazusagen, daß das Ziel auch ein zweites und ein großes ist, und das darf man nicht vergessen. Neben der Wirtschaft war das Ziel schon in der Präambel des EWG-Vertrages, daß durch den Zusammenschluß der Volkswirtschaften Frieden und Freiheit gewahrt werden. Das ist das wirkliche Ziel Europas, und das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Und man darf nicht nur über die monetäre Seite reden. Man muß darum reden, wie geht das Lebensgefühl, wie fühlt sich der einzelne noch zu Hause, ist sein Lebensraum gewahrt, hat er Heimat, hat er Existenz. Und das müssen wir den Menschen vermitteln, das ist unsere Aufgabe.

Und daß Österreich, und ich sage bewußt dazu, die österreichischen Arbeitnehmer und die österreichische Wirtschaft, jenen Stellenwert hat, das verdanken wir den Menschen unseres Landes. Und ich sage es bewußt für die Steirer, weil es unzählige Unternehmer sind. Und es könnten uns die Herren der Wirtschaftsförderung das bestätigen, und sie sagen es uns auch immer wieder, daß man Maschinen überall hinstellen kann, in jedes Land, aber es kommt auf die Menschen an, auf den Arbeitswillen, auf den Leistungswillen, auf die Qualität, auf das Wissen und auf das Können. Und darauf dürfen wir stolz sein. Diese Qualifikation und diese positiven Fähigkeiten sind bei uns in einem sehr großen Ausmaß vorhanden.

Wir freuen uns darüber, wir dürfen stolz darauf sein, weil es ist in unserem Heimatland. Und damit kann ich eigentlich auch schon zum Schluß kommen, weil die Hauptarbeit in den nächsten Wochen für viele von uns eine gemeinsame sein muß. Ich sage sehr bewußt dazu, weil es Alois Mock als ein Friedenswerk bezeichnet hat. Wir wollen und wir sollen in diesem Europa drinnen bleiben, drinnen sein, ja ganz dazugehören. Und das wird uns nur gelingen, wenn wir nach Europa schauen, nicht nur mit dem Kopf, sondern

wenn wir es auch mit dem Herzen spüren. Das brauchen wir alle, und das wünschen wir uns, und so hoffe ich, daß uns diese Arbeit vereint, daß wir mit viel Kraft in dieses Europa hineingehen. (Beifall bei der ÖVP. – 0.41 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor, der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurden sieben Beschlusanträge von Abgeordneten der SPÖ, und zwar betreffend: erstens: Landesbeteiligung an Tourismusprojekten; zweitens: Zusammenlegung von Tourismusgesellschaften; drittens: Förderung des Tourismusprojektes Eisenerzer Ramsau; viertens: stärkere Arbeitsplatz- beziehungsweise Wirtschaftsförderung; fünftens: Finanzierung der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt; sechstens: EU-Strukturfonds und siebentens: Mittel für die Landwirtschaft im Budget 1994.

Beschlusanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzu beziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist in allen sieben Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens: über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Korp und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 7; zweitens: über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7; drittens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Landesbeteiligung an Tourismusprojekten; viertens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Zusammenlegung von Tourismusgesellschaften; fünftens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Förderung des Tourismusprojektes Eisenerzer Ramsau; sechstens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend stärkere Arbeitsplatz- beziehungsweise Wirtschaftsförderung; siebentens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Finanzierung der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt; achtens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend EU-Strukturfonds und neuntens: über den Beschlusantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Mittel für die Landwirtschaft im Budget 1994.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Korp und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Landesbeteiligung an Tourismusprojekten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Zusammenlegung von Tourismusgesellschaften, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ebenso ersuche ich nun die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Förderung des Tourismusprojektes Eisenerzer Ramsau, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend stärkere Arbeitsplatz- beziehungsweise Wirtschaftsförderung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Finanzierung der Landwirtschaftlich-chemischen Versuchs- und Untersuchungsanstalt, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend EU-Strukturfonds, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Mittel für die Landwirtschaft im Budget 1994, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Gruppe 8, Dienstleistungen. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (0.45 Uhr): Die Gruppe 8, Dienstleistungen besteht aus folgenden Abschnitten und Unterabschnitten: Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude, Grundbesitz, Wohn- und Geschäftsgebäude, Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, Landwirtschaftsbetriebe, Weinbaubetriebe, Forstgüter, Forstgärten, Baumschulen, wirtschaftliche Unternehmungen, zusammengefaßte Unternehmen, Kongreßhäuser, sonstige wirtschaftliche Unternehmungen. Unter Berücksichtigung der dem Budgetentwurf beigelegten Abänderungsanträge ergeben sich in der Gruppe 8 folgende Gesamtsummen:

Ausgaben: 154,652.000 Schilling, Einnahmen: 70,194.000 Schilling.

Aus Anlaß der Beratungen am 12. April 1994 wurde zu dieser Gruppe folgender Minderheitsantrag gestellt:

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Schleich und Herrmann, betreffend Änderungen von Ansätzen der Gruppe 8. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 8 folgendermaßen abgeändert:

Steiermärkische Landesbahnen: Zuschußerhöhung um 3,4 Millionen auf 71,9 Millionen. Daher Erhöhung des Ansatzes „Aufnahme von Darlehen“ um 3,4 Millionen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme der Ansätze der Gruppe 8.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Der Berichterstatter verzichtet auch auf sein Schlußwort.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens: über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Schleich und Herrmann, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 8 und zweitens: über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 8.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Trampusch, Schleich und Herrmann, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 8, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 8 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle als Mitternachtsgymnastik die mehrheitliche Annahme fest.

Gruppe 9, Finanzwirtschaft. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (0.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, weist auf der Einnahmenseite 18.049,156.000 und auf der Ausgabenseite 8.273,941.000 aus. Dazu darf ich den mündlichen Bericht zur Kenntnis bringen. Der Finanzausschuß hat in seiner Sitzung am 12. April 1994 zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/6, über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan über Beschlußanträge beraten und zur Gruppe 9 nachstehenden Beschluß gefaßt.

Antrag: Der Hohe Landtag wolle zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/6, folgenden Beschlußantrag beschließen:

Zu Gruppe 9: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert:

Erstens: Den Beschluß des Landtages vom 1. März 1994, Bericht des Rationalisierungs-Ausschusses – sofern er das Budget 1995 betrifft –, in den Vorarbeiten zu diesem Budget einzuhalten.

Zweitens: Dem Landtag von den Vorbereitungsmaßnahmen (einschließlich der diesen Arbeiten zugrundegelegten Budgettrichtlinien) bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause zu informieren, so daß eine Diskussion im Landtag über diesen Bericht in der ersten Sitzung im Herbst möglich ist.

Drittens: Das Wirtschaftsforschungsinstitut mit einer Budgetanalyse (Kennzahlen, Bundesländervergleich und so weiter) einerseits und einer neuerlichen mittelfristigen Budgetvorschau auf der Basis der nunmehr zu ändernden budgetären Rahmenbedingungen (einschließlich der vom Landtag in seinem Beschluß vom 1. März 1994 empfohlenen Gesetzesänderungen) zu beauftragen.

Viertens: Bis zu Beginn der Herbstsession 1994 des Landtags einen Regierungsentwurf vorzulegen, in dem im Rahmen eines eigenen steirischen Haushaltsrechts die Grundlagen für ein modernes Budgetierungssystem geschaffen werden. Insbesondere müssen auch die Möglichkeit der Rücklagenbildung und die Ressortverantwortlichkeit für die Verwendung dieser Rücklagen geprüft werden.

Fünftens: Bis zu Beginn der Herbstsession 1994 des Landtags jene Maßnahmen darzulegen, die im Hinblick auf einen allfälligen EU-Beitritt, vor allem hinsichtlich der Frage der Landwirtschaft und der EU-Regionalförderung, zu treffen sein werden, verbunden mit entsprechenden Vorschlägen über deren Finanzierung.

Folgender Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Gross und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 9, wurde eingebracht:

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze der Gruppe 9 folgendermaßen abgeändert: Schaffung des Ansatzes 1/914004-7420, „Zuschuß an die Galsterbergalm Bahnen Ges. m. b. H. & Co. KG. zur Deckung des Betriebsabganges“ mit 4,5 Millionen Schilling; 7421, „Zuschuß an die Mariazeller Schwebbahnen Ges. m. b. H. zur Deckung des Betriebsabganges“ mit 10,4 Millionen Schilling; 7422, „Zuschuß an die Schilift Ges. m. b. H. Mürzsteg Nederalpl zur Deckung des Betriebsabganges“ mit 3,3 Millionen Schilling; 1/914008, „Zuführung an die Rücklage, Erwerb von Anteilen“ mit 86,183.000 Schilling; 1/914015, „Sondergesellschaftszuschuß an die AVG zur Erstellung von Raumverträglichkeitserklärungen“ mit 1,622.000 Schilling; Änderung des Ansatzes 2/925005-8490, „Ertragsanteile an indirekten gemeinschaftlichen Bundesabgaben“, Senkung um 20 Millionen Schilling auf 5,951.950 Schilling, daher Erhöhung des Ansatzes 2/982009-3450, „Aufnahme von Darlehen“ um 86,005.000 Schilling.

Ich ersuche um Kenntnisnahme. (0.53 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr. Nunmehr ist Frau Abgeordnete Minder am Wort.

Abg. Minder (0.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Budgetgruppe 9 möchte ich zwei Beschlußanträge bringen.

Beschlußantrag der Abgeordneten Minder, Gross, Vollmann, Trampusch, betreffend die Kindergartenbeihilfeverordnung, und möchte hierzu folgende Begründung abgeben:

Am 8. April 1992 haben die Landtagsabgeordneten der ÖVP mit der Einl.-Zahl 273/1 den Antrag gestellt, die Verordnung zur Kindergartenbeihilfe zu novellieren. Es wurde gefordert, sowohl den Rechnungsbetrag wie auch die Einkommensgrenzen in der Kindergartenbeihilfeverordnung anzuheben.

Ein im wesentlichen gleichlautender Antrag wurde am 25. Mai 1993, Einl.-Zahl 602/1, von Landtagsabgeordneten der SPÖ eingebracht. Der Kindergartenreferent Landeshauptmann DDr. Peter Schachner wäre bereit, diesem Ansuchen zu entsprechen und die Höchstbeihilfe auf 600 Schilling sowie die Einkommensgrenze zur Berechnung der zumutbaren Kindergartenaufwandsbelastung um 2000 Schilling zu erhöhen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnung zur Kindergartenbeihilfe, LGBl. Nr. 119/1974, in der Fassung LGBl. Nr. 7/1985, dahin gehend zu novellieren, daß die Höchstbeihilfe auf 600 Schilling und die Einkommensobergrenze zur Berechnung der zumutbaren Kindergartenaufwandsbelastung um 2000 Schilling erhöht wird.

Die daraus resultierende Bedeckung soll aus den „Allgemeinen Verstärkungsmitteln“ erfolgen.

Zum zweiten Beschlußantrag darf ich mitteilen, daß die SPÖ in der Gruppe 2 einen Antrag bezüglich Olympia eingebracht hat und die Abstimmung darüber bis zur Gruppe 9 zurückgestellt hat. Es ist uns in der Zwischenzeit gelungen, einen gemeinsamen Antrag aller drei Parteien zu formulieren.

Beschlußantrag der Abgeordneten Dörflinger, Dr. Maitz, Dipl.-Ing. Vesko, Trampusch, Dr. Frizberg und Mag. Bleckmann, betreffend die Durchführung einer Volksbefragung über Olympische Winterspiele in der Steiermark.

Begründung: Eine geplante Bewerbung des Bundeslandes Steiermark für die Durchführung Olympischer Winterspiele im Jahr 2002 soll einem breiten Meinungsbildungsprozeß unterworfen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

A. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, adäquate Unterlagen zur Klärung folgender Fragen dem Landtag vorzulegen:

Erstens: Welche Kosten erwachsen dem Land Steiermark a) durch die Bewerbung, b) sowie durch eine allfällige Durchführung von Olympischen Spielen? Zweitens: Welche Nachfolgekosten sowie welche Möglichkeiten der Nachfolgenutzung sind für die Olympischen Sportstätten zu erwarten? Drittens:

Welche konkreten Standorte werden für eine allfällige Durchführung von Olympischen Winterspielen tatsächlich in der Bewerbung vorgeschlagen?

B. Der Landtag wird zum Thema „Olympische Winterspiele in der Steiermark“ dann eine Volksbefragung verlangen, wenn die Steiermark als Austragungsort für Olympische Winterspiele 2002 bei der Vorentscheidung in Lausanne am 23. und 24. Jänner 1995 unter die letzten vier Kandidaten gereiht wird. Diese Volksbefragung wird jedenfalls rechtzeitig vor der endgültigen Entscheidung am 12. bis 16. Juni 1995 in Budapest erfolgen. Die Fragestellung wird auf Basis der nach Punkt 1a und 1b erfolgten Kostenberechnungen einvernehmlich festgelegt.

Ich darf dir, Herr Präsident, die beiden Anträge übergeben. (0.58 Uhr.)

Präsident: Ich danke sehr, Frau Abgeordnete.

Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 9 nicht vor.

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlußwort.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Volksbefragung über Olympische Winterspiele.

Weiters wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Kindergartenbeihilfeverordnung, eingebracht.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Gross und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 9; zweitens über den Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9; drittens über den Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Erstellung des Landesvoranschlages 1995; viertens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Volksbefragung über Olympische Winterspiele, und fünftens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Kindergartenbeihilfeverordnung.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Gross und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen der Gruppe 9, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zu den Ansätzen und Posten der Gruppe 9 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag des Finanz-Ausschusses, betreffend Erstellung des Landesvoranschlages 1995, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Volksbefragung über Olympische Winterspiele, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Kindergartenbeihilfeverordnung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Außerordentlicher Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (1.02 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Auf Grund des Mehrheitsbeschlusses im Finanz-Ausschuß soll der außerordentliche Haushalt Gesamtausgaben von 1.115.232.000 Schilling und Einnahmen in Höhe von 41.236.000 Schilling haben.

Dazu liegt ein Minderheitsantrag von Abgeordneten der SPÖ mit folgendem Text vor:

Im Landesvoranschlag 1994 werden die nachfolgenden Ansätze im außerordentlichen Haushalt folgendermaßen abgeändert:

Baukostenbeiträge: Erhöhung um 1.489.000 auf 8.128.000. Schaffung des Ansatzes „Beitrag an den steirischen Tennisverband“ mit 6 Millionen Schilling.

Änderung der Ansätze „Darlehen an Gemeinden“, Erhöhung um 500.000 auf eine Million Schilling. „Darlehen an sonstige Haushalte“, Erhöhung um 600.000 auf 1,6 Millionen Schilling. „Beiträge an Gemeinden“, Erhöhung um 3,5 Millionen auf 8,5 Millionen Schilling. „Beiträge an Wasserverbände und Wassergenossenschaften“, Erhöhung um 4 Millionen auf 14 Millionen Schilling. „Darlehen an Gemeinden“, Erhöhung um eine Million auf 2,4 Millionen Schilling. „Beiträge an Gemeinden“, Erhöhung um 1,7 Millionen auf 60.320.000 Schilling. „Beiträge an die Industrie und das Gewerbe“, Erhöhung um 6 Millionen auf 10 Millionen Schilling. „Beiträge an Wasserverbände und Wassergenossenschaften“, Erhöhung um eine Million auf 72.617.000 Schilling. „Beiträge an Wasserverbände und Wassergenossenschaften“, Erhöhung um eine Million auf 3 Millionen Schilling. Die Schaffung des Ansatzes „Ankauf von Liegenschaften“ im Bereich der Wirtschaftsförderung für industrielle und gewerbliche Nutzung mit 100 Millionen Schilling und die Erhöhung des Ansatzes „Aufnahme von Darlehen“ um 126.789.000 Schilling.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Gross und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen im außerordentlichen Haushalt, und zweitens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Trampusch, Gross und Dörflinger, betreffend Änderung von Ansätzen im außerordentlichen Haushalt, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zu den Ansätzen im außerordentlichen Haushalt ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heinz-Johann Glössl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Glössl: Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt zum Dienstpostenplan nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Dienstpostenplan ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker: Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan nicht vor.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters (Mündlicher Bericht Nr. 65), über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/6, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Dr. Kurt Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker: Ich verzichte auf die Wortmeldung. Ich danke sehr.

Präsident: Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Minderheitsantrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Gross und Schrittwieser, betreffend die Abänderung des Punktes 8 der

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, Einl.-Zahl 756/6, und zweitens über den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/6, über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Trampusch, Dr. Flecker, Gross und Schrittwieser, betreffend die Abänderung des Punktes 8 der Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan, Einl.-Zahl 756/6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/6, über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit liegt der Beschluß über den Landesvoranschlag 1994, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan vor.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 882/1, Beilage Nr. 85, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (1.11 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Es geht um das Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark. Es handelt sich dabei um eine Ermächtigung bis zu einem Betrag von 4 Milliarden Schilling mit einer Laufzeit von höchstens 15 Jahren. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 857/1, über den Ankauf von Grundstücken zu einem Gesamtkaufpreis von 1,066.450 Schilling für die Errichtung von Schülerparkplätzen der Landesberufsschule Bad Gleichenberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (1.12 Uhr): Es geht um die Regierungsvorlage über den Ankauf von Grundstücken für die

Errichtung von Schülerparkplätzen in Bad Gleichenberg – die Unterlage liegt schriftlich vor. Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Kauf der Grundstücke Trennstück 2 des Grundstückes 154/1 LN im Ausmaß von 475 Quadratmeter und das Trennstück 3 des Grundstückes 154/2 im Ausmaß von 1464 Quadratmeter, beide Grundbuch 62104 Bad Gleichenberg, im Gesamtausmaß also von 1939 Quadratmeter zum Preis von 550 Schilling pro Quadratmeter, also einem Gesamtkaufpreis von 1.066.450 Schilling, für die Errichtung von Schülerparkplätzen der Landesberufsschule Bad Gleichenberg wird genehmigt.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 862/1, betreffend die Genehmigung der Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 3 Millionen Schilling als Vorgriff auf das Budget 1994 zur Finanzierung der Fortsetzungsmaßnahmen des Bauvorhabens 411391 „In der Leiten“ während der Zeit des Budgetprovisoriums 1994.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (1.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem alle drei Tage lang die Möglichkeit hatten, diese Vorlage zu studieren, darf ich gleich den Antrag stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Zur Finanzierung der Fortsetzungsmaßnahmen des Bauvorhabens 411391 „In der Leiten“ wird als Vorgriff auf das Budget 1994 mit Anrechnung auf den Vorschlagsbetrag 1994 die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in der Höhe von 3 Millionen Schilling genehmigt.

Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 878/1, betreffend Grund- sowie Objektseinslösung Richard del Fabro, 8583 Edelschrott 214, für das Bauvorhaben „Stampf II“ der L 344, Modriacher Straße, und der L 343, Hirschegger Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (1.14 Uhr): Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- sowie Objektseinslösung Richard del Fabro unter sinnvoller Anwendung des Eisenbahnteilungsgesetzes 1954 durchgeführt. Die einzelnen Detail-

ziffern liegen Ihnen allen vor. Da hier eine Entschädigung über das Limit von einer Million im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Grund- sowie Objektseinslösung Richard del Fabro für das Bauvorhaben „Stampf II“ der L 344, Modriacher Straße, und der L 343, Hirschegger Straße, im Betrag von 1.956.184,68 Schilling zu Lasten der Budgetpost 1/611203-0020 wird genehmigt.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

7. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 853/1, der Abgeordneten Dr. Maitz, Mag. Rader, Dr. Frizberg und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Parteienförderungsgesetzes.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Eva Karisch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Karisch (1.15 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage enthält eine Novellierung des Parteienförderungsgesetzes. Sie sieht im Sinne des Rationalisierungsbeschlusses eine Verringerung der Ansprüche ab 1994 um 5 Prozent vor. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über den Antrag, Einl.-Zahl 851/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Maitz, Mag. Erlitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (1.16 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien hat in seiner Sitzung am 12. April 1994 über den Antrag, Einl.-Zahl 851/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Maitz, Mag. Erlitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark, beraten und Änderungen beschlossen.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle das im Antrag, Einl.-Zahl 851/1, ent-

haltene Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark, mit folgenden Änderungen beschließen:

Paragraph 3 Absatz 1 hat wie folgt zu lauten:

„(1) Die für die Tätigkeit der Historischen Landeskommission erforderlichen Finanzmittel werden aufgebracht durch a) eigene Einnahmen
b) Beiträge öffentlich-rechtlicher Körperschaften
c) Beiträge privater Rechtsträger“.

Präsident: Ich war von dieser Geschwindigkeit so überwältigt, ich danke Ihnen trotzdem.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark.

Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Franz Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend den Antrag, Einl.-Zahl 851/1, der Abgeordneten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Maitz, Mag. Erlitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark.

Zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über den Antrag, Einl.-Zahl 851/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Maitz, Mag. Erlitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark.

Begründung: Im vorliegenden Initiativantrag der Abgeordneten ist kein Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes vorgesehen. Durch die vorgesehene Änderung soll dieses Gesetz mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft treten.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Das Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark wird wie folgt abgeändert:

Paragraph 13 hat zu lauten:

„Paragraph 13, Inkrafttreten. Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

Abänderungsanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzu beziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden.

Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark, und zweitens über den Antrag des Herrn Berichterstatters.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hasiba, Dr. Klauser, Mag. Rader, Dr. Maitz, Trampusch und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend ein Gesetz über die Historische Landeskommission für Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Ich danke Ihnen allen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, für Ihre Mitarbeit.

Ich danke den Damen und dem Leiter des Stenographischen Dienstes. (Allgemeiner Beifall.)

Ebenso danke ich den Medien und den Mitarbeitern der Landtagspräsidialkanzlei mit Herrn Wirklichem Hofrat Dr. Heinz Anderwald an der Spitze. (Allgemeiner Beifall.)

Die Sitzung ist geschlossen. (1.18 Uhr.)